

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

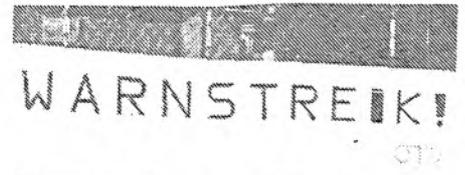
Politische Berichte



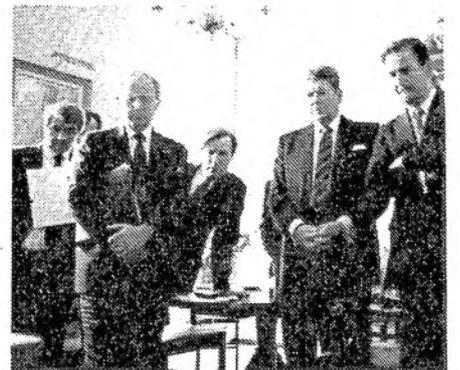
22. Februar 1986
Jg. 7 Nr. 4

G 7756 D

Preis:
2,50



Tarifabschluß öffentl. Dienst: Warnstreiks zeigten Wirkung – trotzdem schlimme Zugeständnisse Seite 8



USA/Space Shuttle: "Der nationale Konsens" ist: Weitermachen Seite 12



"Die westdeutschen Kommunisten bestimmen ihre Politik stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt – zur Programmdiskussion Seite 36

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des BWK · 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 73 76
Erscheint vierzehntäglich bei: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 02 21/51 74 57. Preis: 2,50 DM

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft

- Jahreswirtschaftsbericht:** Aufschwung bei Akkumulation und Kapitalexpert gefördert durch Vermögensbildung und Lohnsenkung... 4
- Arbeitsförderungsgesetz:** "Flexibilisierung" der Arbeitslosen 7
- Verfassungsschutz:** Initiative der Grünen gegen Geheimdienstgesetze..... 7
- Verschuldung:** Baker-Plan bereitet direkte Intervention der Imperialisten vor..... 8
Pfennige, verbunden mit Erpressung..... 9
- Öffentl. Dienst:** Warnstreiks zeigten Wirkung – trotzdem schlimme Zugeständnisse..... 10
Warnstreiks demonstrieren Möglichkeit zu großem Streik gegen dauernde Lohnsenkung..... 11

Auslandsberichterstattung

- USA/Space Shuttle:** "Der nationale Konsens": Weitermachen.. 12
- Südafrika:** Umschuldungsverhandlungen im Februar..... 13
- Haiti:** Das neokoloniale System ist angeschlagen..... 14
- Dänemark:** Ablehnung des "EG-Pakets" entfaltet sich..... 14
- Philippinen/Wahlen:** Zusammenschluß der besitzenden Klassen?..... 15
- Zimbabwe:** Am 1. Januar begann der erste Fünf-Jahres-Entwicklungsplan..... 15
- Internationale Meldungen..... 16

Aus Parteien und Verbänden

- Veröffentlichungen:**
Wie die Bildungspolitik der Reaktion bekämpfen?..... 18
Berufskrebs und Rauchen..... 18
"Die SPD in der Opposition"..... 18
"Da es nicht für alle reicht, springen die Armen ein!"..... 19
- Friedensbewegung '86:** Etwas mehr Kritik am BRD-Imperialismus wäre von Vorteil..... 19

Reportagen und Berichte regional

- Regionale Nachrichten..... 21

DGB-Aufruf: Bundesweite Protestaktionen zum § 116

Für den 6.3.1986, 13 Uhr, ruft der DGB bundesweit zu regionalen Protestaktionen gegen die Änderung des § 116 AFG auf. Die Bundesregierung ist sicher, daß zwei Wochen später ihre Parlamentsfraktionen den Gesetzentwurf beschließen werden.

Der Aufruf des DGB kritisiert den Zweck der Gesetzesänderung so: "Die Gewerkschaften sollen der Möglichkeit beraubt werden, Arbeitgebertabus auch in Zukunft durchbrechen und für die Arbeitnehmerinteressen erfolgreich kämpfen zu können". Der Aufruf tut so, als wolle die Reaktion nur offensive Forderungen unterbinden. Tatsächlich ist unter den Stichworten Flexibilisierung und Differenzierung das Roll Back gegen Arbeiterinteressen schon voll im Gang. Die Kapitalisten greifen tarifliche Positionen, die Bundesregierung greift gesetzliche Beschränkungen an. Es verspricht keinen Erfolg, Streikfähigkeit zu behaupten und in den Sachen, um die es geht, nachzugeben. Die Lohnforderungen müssen auf den Tisch, die Neuregelung der gesetzlichen Arbeitszeit mit der von Bange mann angekündigten Absicht der Freigabe des Sonntags muß runter vom Tisch. Alles andere führt auch nur dazu, daß nach einer Gesetzesänderung beim § 116 die SPD einen Bundestagswahlkampf für den "sozialen Frieden" anfängt, bei dem Arbeiterinteressen auf dem Altar des Wirtschaftswachstums geopfert werden. – (rok)

Rücktritt von Spee Antisemitismus gefördert

Freiherr von Mirbach Graf Spee (CDU), Bürgermeister der nieder-rheinischen Stadt Korschenbroich, hat seinen Rücktritt erklärt. Letzte Woche wurde der Kapitalist und Großgrundbesitzer mit Beifall und Ovationen seiner eigens mobilisierten CDU-Anhänger in der Ratssitzung begrüßt, in der SPD und Grüne den Antrag stellten, Spee solle zurücktreten wegen seiner Äußerung, für den "Ausgleich des Haushaltes" müßten "einige reiche Juden erschlagen werden." Die CDU-Ratsmehrheit lehnte den Rücktritt ab. Mit der inszenierten Beifallsbekundung und auch der Begründung, die jetzt das Rücktrittsschreiben enthält, wird der Angriff auf Menschen jüdischen Glaubens noch verschärft. Der Rücktritt erfolge, weil die wiederholte Verbreitung seiner Äußerung in der Presse geeignet sei, "Schaden für unser Land und die Stadt Korschenbroich zu bringen". Er wolle verhindern, "daß dieser Schaden eintritt und darüberhinaus das Versöhnungswerk zwischen Deutschen und Juden verletzt wird". Erst setzt man Volksverhetzung in die Öffentlichkeit und dann schützt man "unser Land" vor Schaden! Damit es überhaupt zu die-

sem Rücktritt kam, waren massive Proteste nötig, u.a. ein Schreiben der "Lagergemeinschaft Auschwitz/Freundeskreis der Auschwitzer" an Bundeskanzler Kohl, Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Düsseldorf, bei der neun Strafanzeigen vorliegen und zuletzt die Drohung der SPD-Ratsfraktion in Korschenbroich, an allen Rats- und Ausschußsitzungen nicht mehr teilzunehmen, solange Spee am Tisch sitze. Zum großen Teil waren diese Reaktionen erst zustande gekommen, nachdem die Jüdische Ge-



CDU deckt Antisemitismus von Graf Spee (Bild).

meinde die "Entschuldigung" von Spee nicht angenommen und Konsequenzen gefordert hatte. Ein mit der Überschrift "Juden sind keine Wachhunde" betitelter Kommentar in der jüngsten "Allgemeine(n) jüdische(n) Wochenzeitung" muß auch als an die Adresse der Antifaschisten gerichtet begriffen werden. "Überläßt man den Juden, den bitteren Teil des Erbes zu vermitteln, mit der dann naheliegenden Konsequenz, sich selbst in der Distanz zu halten ... und den Juden die Rolle des Anklägers zuzuschreiben?" – (düb)

Genscher eröffnet Sterbehilfedebatte

Unter Berufung auf den Artikel I des Grundgesetzes eröffnet der ehemalige FDP-Vorsitzende Genscher die Debatte in der FDP über "aktive Sterbehilfe". Artikel I enthält die Feststellung "Die Würde des Menschen ist unantastbar". Mit dem Bestreben, alle Spuren zu verwischen, fordert Genscher seine Parteifreunde auf:

"Es geht aber vor allem darum, zu einer Diskussion im Geiste des Artikels I des Grundgesetzes aufzurufen ... Unser Grundgesetz will einen pluralen Staat und eine plurale Gesellschaft, in der unter Beachtung der von ihm vorgegebenen Werte alle Auffassungen zur Geltung kommen können ... Aber unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung soll doch so sein, daß sie von allen diesen Gruppen, den großen Konfessionen genauso wie den kleineren Gruppen, akzeptiert werden

kann. Das gehört auch zum gesellschaftlichen Konsens . . ."

Damit ruft Genscher dazu auf, alle Auffassungen, auch solche, die für Sterbehilfe eintreten, auftreten und wirken zu lassen, solange dabei nur das Argument angeführt wird, es widerspräche der Würde des Menschen, wenn Todkranke z.B. "künstlich" am Leben gehalten würden, statt nach ihrem eigenen Wunsch sterben zu dürfen; er tritt dafür ein, daß von Quälerei gesprochen werden darf, wenn Verzweifelten die Mittel zum Selbstmord vorenthalten werden. Der Schritt von der Verbreitung solcher Auffassung zur Feststellung, daß, wer wolle, sich auch umbringen dürfe, ist kurz. Die Verantwortung wird so dem "Einzelnen" aufgelastet, ohne daß die Frage aufgeworfen wird, wer die Verantwortung für Lebensumstände trägt, die Leute zu verzweifelten Schritten treiben. Schließlich ist das Verfahren billiger als die lange Belastung von Versicherungskassen. Ob man das Menschenleben dann "unwürdig" oder "unwert" nennt – die tödliche Konsequenz ist dieselbe. – (uld)

SPD-Kanzlerkandidat Rau für Freilassung von R. Heß

"Versöhnen statt spalten", so lautet bekanntlich das Motto des Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten J. Rau für den Bundestagswahlkampf. Unter der Überschrift "Den Anstand wahren" veröffentlichte er kürzlich eine ganzseitige Zeitungsanzeige. Wie dies zu verstehen ist, hat er jetzt erneut verdeutlicht. Bei einer Pressekonferenz während seiner USA-Reise sprach sich "Bruder Johannes" für die Freilassung des "Führer"-Stellvertreters Rudolf Heß aus. Kurz zuvor hatte er sich bei Vertretern jüdischer Organisationen für antisemitische Äußerungen von CDU-

Politikern "entschuldigt" und gleichzeitig erklärt, er sei darüber "ratlos".

Rau hat damit als führender SPD-Politiker eine Forderung unterstützt, die in den letzten Jahren zu einem wichtigen Bindeglied zwischen faschistischen Organisationen von NPD bis FAP und Politikern vor allem der Unionsparteien bis hin zu Bundeskanzler und Bundespräsident geworden ist. Heß wurde als zweithöchster Kriegsverbrecher in den Nürnberger Prozessen 1946 zu lebenslänglicher Haft verurteilt, er ist eine Symbolfigur alter und neuer Nazis.

Die Bundespressestelle der SPD, die nichts Schriftliches zur Verfügung stellen wollte, versuchte bei einer telefonischen Anfrage abzuschwächen: Rau habe auf Journalistenfragen lediglich die in der "Weihnachtsansprache" formulierte Position des Bundespräsidenten unterstützt. Von Weizsäcker hatte die Forderung nach Freilassung von Heß mit "Barmherzigkeit" begründet. Dies macht Raus Äußerung nicht besser und unterstreicht nur, daß sein Wahlkampf auf "Versöhnung" mit der Reaktion zielt, auf eine große Koalition zumindest in Sachfragen, selbst gegen grundlegende antifaschistische Interessen.

Während es nach Pressemeldungen einen offenen Brief von Mitgliedern der SPD gegen Raus Äußerung gibt, beglückwünschte ihn die "Frankfurter Allgemeine" und erklärte die Forderung nach Freilassung des Faschisten Heß zum Bestandteil der "Gemeinsamkeit der Demokraten": "Raus Fürsprache für Heß in New York zeigt, daß es Gemeinsamkeit der Demokraten im westlichen Deutschland sehr wohl noch gibt." Die "Nationalzeitung" setzte unter der Überschrift "Raus wahre Vergangenheit" nach. Rau sollte daran erinnert werden, daß "Versöhnung" 1933 auch der SPD nichts nützte. – (wof)

Seehäfen: Gefordert wird eine Lohnerhöhung um 5,5% und für die Hafenfacharbeiter die LG VI 22

Krankenhaus: Taktgebundene Arbeit am Patienten? 22

Konfessionelle Häuser: Gegen Vertretungsrechte. 23

Bildungsurlaub: Lohnfortzahlung vom Arbeitsgericht abgelehnt 23

Heilbronn: "Beseitigung des Raketenstandortes" oder "Erweiterung aus Sicherheitsgründen". 24

DGB-Hessen: Forderungen für eine hessische Ausländerpolitik . . . 25

Mietpreise: CSU und FDP leugnen Wohnnotstand und Mietwucher 25

Kommunale Ausländerpolitik: Die Ansiedlung ausländischer Arbeitskräfte hatte die Steigerung der Produktivkraft zum Ziel. 26
Paßenzug gegen türkische Arbeiter. 27

Nachrichten aus der Arbeiterbewegung 28

Zensur an Schulen: Kultusministerium schränkt Koalitionsfreiheit der Lehrer ein. 29

Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge

DK-AK Naturwissenschaften: Dialektischer Materialismus und moderne Naturwissenschaften
Quantenmechanik und Philosophie 30
Quarks, Urstoff unserer Welt. 30
Evolution des Universums. 30
Kosmologie und Philosophie. 30
Die Welt der kleinsten Teilchen. . . 31

"Dialektik ohne Dogma": Der Zufall – Gesetzlosigkeit oder objektive Kategorie der Natur? 31

Physik und Philosophie: Der Materiebegriff von Engels und Lenin hat Bestand 32

Spezialberichte

Vorbereitung der 6. o. DK des BWK: Geplante Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen 1986/87. 34
"Die westdeutschen Kommunisten bestimmen ihre Politik stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt" – Überlegungen zur Programmdiskussion. 36

Titelbild: Asylbewerber, Linolschnitt – ulr, Bad Schussenried



Informationsveranstaltungen mit dem PAC: Zu der Veranstaltung mit dem UNO-Vertreter des PAC, Gora Ebrahim, kamen am 17.2. in Münster 32 Leute. 350 Leute nahmen an der Veranstaltung mit Johnson P. Mlambo, dem PAC-Vorsitzenden, am 18.2. in Hamburg teil. Dort wurden für eine Satz- und Datenfernübertragungsanlage für den PAC 5500,- DM gespendet, auf dem Spendenkonto sind bis zum 12.2. 3800,- DM eingegangen. – (uld)

Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung

Aufschwung bei Akkumulation und Kapitalexport gefördert durch Vermögensbildung und Lohndifferenzierung

Gegenwärtig bemüht sich die bürgerliche Propaganda, die Illusion aufkommen zu lassen, der wirtschaftliche Aufschwung in der BRD bewirke eine bessere Lage der lohnabhängigen Massen. Was das Herz (und vor allem den Geldbeutel) der Kapitaleigner erfreue – wachsende Auslastung der Anlagen und mögliche Kapazitätsausweitung – könne man bei den Lohnabhängigen als steigende Lohnsumme und Ausdehnung der Beschäftigung wiederfinden.

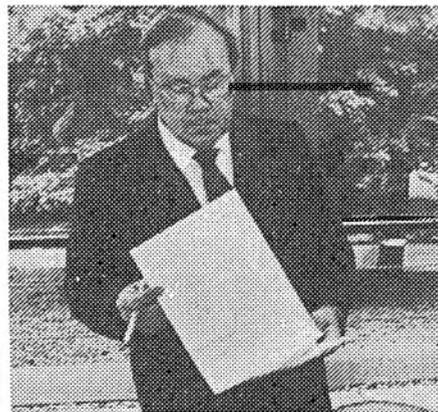
Wer sich als Arbeiter darauf verliebe, stünde am Ende getäuscht da: Niemand aus dem bürgerlichen Lager denkt daran, die beträchtlichen Verluste im realen Lohnniveau, die die Arbeiterbewegung in den letzten Jahren hinnehmen mußte, rückgängig zu machen. Vielmehr werden Vorbereitungen dafür getroffen, daß beim absehbaren Ende des Aufschwungs das für weitere Lohnsenkungen vorhandene tarifliche Ausgangsniveau der Löhne niedrig bleibt und jedes jetzt zugestandene Mehr an Kaufkraft an die Profitlage angebunden wird.

Wachstum durch mehr Inlandsnachfrage?

Die Bundesregierung malt in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 1986 – er enthält jeweils den propagandistischen und gesetzgeberischen Plan der Wirtschaftspolitik des laufenden Jahres – folgendes Bild der "wirtschaftlichen Perspektiven für 1986":

"Die Wachstumskräfte verlagern sich inzwischen zunehmend von der Auslands- zur Inlandsnachfrage. Der Aufschwung hat damit eine breitere

Basis... In den letzten beiden Jahren war die Expansion der Inlandsnachfrage deutlich hinter dem Anstieg des Bruttosozialprodukts zurückgeblieben; die Ausfuhren hatten sich überdurchschnittlich ausgeweitet, wozu die auch wechselkursbedingt verbesserte Wettbewerbsposition der deutschen Exporteure beigetragen hatte... Die Voraussetzungen für dynamische Unternehmensinvestitionen – neben den kurzfristigen Nachfrageaspekten für eine nachhaltige Verstärkung des Produktionspotentials und damit der künftigen Beschäftigungsmöglichkeiten unabdingbar – haben sich weiter verbessert... Erheblich günstiger als in den letzten Jahren sind 1986 die Voraussetzungen für eine verstärkte Ausweitung des



Im Jahreswirtschaftsbericht jetzt regierungsoffiziell: "Der Öffnungszeitrahmen des Ladenschlußgesetzes... soll erweitert werden."

Verbrauchs... Der Anstieg des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte wird sich 1986 erheblich beschleunigen, wozu vor allem auch die steigende Beschäftigung, die zu Jahresbeginn in Kraft getretene erste Stufe der Lohn- und Einkommensteuersenkung sowie die stärkere Anhebung der Sozialleistungen beitragen."

Also alles bestens? Oder wie es Bannemann ausdrückt, "die von der Bundesregierung immer wieder herausgestellte Kausalkette zwischen Erträgen, Investitionen und Beschäftigung hat sich eindrucksvoll bestätigt"?

Kapitalexportoffensive...

Die westdeutschen Kapitalisten haben die Arbeiter für die deutsche Wettbewerbsposition schufteten lassen (das, was etwas verschämt "wechselkursbedingter Vorteil" heißt). Die wachsenden Ausfuhren, von denen die Bundesregierung spricht, waren zu einem guten Teil nicht einfacher Warenexport, sondern Kapitalexport – z.B. Siemens vergrößert ein Zweigwerk in den USA, dann erscheint das als erhöhter Warenexport des Maschinenbaus in der BRD, woher die Ausrüstungsgegenstände stammen.

Auch weiterhin wird die Basis des wirtschaftlichen Aufschwungs des BRD-Kapitals die weltweite Kapitalexpansion bilden. Die vorhergesagte belebte Inlandsnachfrage soll gerade auf einer erneuten und verstärkten Kapitalexportoffensive beruhen: Neugründungen und Ausbau von westdeutschen Auslandsniederlassungen sorgen

Daimler-AEG-Fusion: Siemens kriegt was ab

Am 13.2. hat das Bundeskartellamt die Fusion von Daimler-Benz und AEG genehmigt. Damit steht dem Zusammenschluß der beiden Konzerne zum größten westdeutschen Monopol (Umsatz 1986: weit über 60 Mrd. DM) nichts mehr im Wege. International wird Daimler-Benz/AEG den US-Automobilkonzern Chrysler übertreffen und zu den fünf größten Automobilmonopolen der Welt gehören. In der BRD beutet Daimler-AEG 220000 Lohnabhängige aus und ist damit knapp vor Siemens auch der größte private Ausbeuter von Lohnabhängigen. Das Kartellamt hat seine Zustimmung mit Auflagen versehen: Daimler muß eine Beteiligung von ca. 9% an der Metallgesellschaft verkaufen, AEG seine Anteile an der Transformatoren-Union in Stuttgart, an der ESG elektronische Systemgesellschaft

mbH in München, an einer Videogerätegesellschaft sowie an der Eurosatellite Gesellschaft für Satellitentechnik mbH in München. An diesen Firmen soll Siemens interessiert sein. So kann Daimler sein Rüstungsgeschäft mit AEG ausweiten, und auch Siemens kann stärker bei Satellitenprogrammen einsteigen. – (rül)

"High-Tech auf deutsch": Der BDI ist begeistert

"Die deutschen Hersteller von computergesteuerten Werkzeugmaschinen (CNC-Maschinen) sind dabei, zumindest die westliche Konkurrenz abzuholen: Sie erreichen ebenso hohe Stückzahlen wie die Konkurrenten USA, Großbritannien und Frankreich zusammen." Das meldete Anfang Februar das Wirtschaftsinstitut des BDI (IWD) in Köln. Von 1980 bis 1984 konnten nach Angaben des IWD die westdeutschen Maschinenbaukapitalisten die Zahl der jährlich produzierten

CNC-Maschinen um 220% auf 10614 Stück steigern (z. Vgl. USA: 5811, Großbritannien: 2630, Frankreich: 1636 CNC-Maschinen). Nur die japanischen Kapitalisten übertrafen diese Stückzahlen mit 38036 neuen CNC-Maschinen. "High-Tech auf gut deutsch": Für die Lohnabhängigen bedeutet der zunehmende Einsatz solcher CNC-Maschinen weitere Schichtarbeit und Flexibilisierung, Lohnsenkung und Intensivierung der Arbeit. – (rül)

Sonntagsarbeit: NGG und KAB gegen Blüms Pläne

Die Gewerkschaft NGG hat gegen Blüms Vorstöße zur Ausweitung der Sonntagsarbeit protestiert. In der "Welt am Sonntag" hatte Blüm kürzlich wieder seinen Arbeitszeitgesetzentwurf propagiert: starre Arbeitszeit sei passé, auch Sonntags. NGG-Vorsitzender Döding sandte darauf ein Protestschreiben an Blüm. Der Vorsit-



Die Regierung schwärmt von der "ordnungsstiftenden Funktion der Tarifautonomie", meint Gefolgschaftsdenken und betreibt dazu die Einschränkung des Streiks.

für wachsende Nachfrage im Maschinenbau, die dort Kapazitätsausbau ermöglichen oder ein weiterer Grund für die erhöhte Inlandsnachfrage, um beim Beispiel zu bleiben: Die Siemens-Tochter liefert jetzt mehr Computer zum Vertrieb in die BRD. Und schließlich führt all das zur Belebung der Nachfrage nach Arbeitskraft und dadurch vermittelt, aber stets abhängig vom Erfolg des Kapitals in der auswärtigen Konkurrenz, zu erhöhter Kaufkraft bei den Lohnabhängigen.

Aus dem Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung geht hervor, daß die Fortsetzung der welt- und insbesondere europaweiten Kapitalexporthoffensive der westdeutschen Imperialisten die Leitschnur für die Wirtschaftspolitik abgeben soll.

... durch "Stärkung der Eigenkapitalbasis"

Unter dem Titel "Stärkung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen" und "weiterer Ausbau der Vermögensbildung" berichtet die Bundesregierung über gesetzgeberische Maßnahmen, die allesamt den Zweck haben, die Kapitalsumme, mit der die BRD-Imperialisten gegen ihre Konkurrenten antreten können, zu erhöhen. Dabei soll insbesondere der geldbesitzende "Mittelstand" in das Geschäft verwickelt und zur ersehnten Begeisterung für den BRD-Expansionismus geführt werden.

Bereits im Bundestag von der Regierung eingebracht ist das Gesetz über "Unternehmensbeteiligungsgesellschaften". "Mit diesem Gesetz", so schreibt der Wirtschaftsminister, "soll mittelständischen Unternehmen, für die der Schritt an den Aktienmarkt bisher kaum möglich war, die Beschaffung haftenden Kapitals erleich-

tert werden. Hierbei übernehmen die Unternehmensbeteiligungsgesellschaften die Funktion des Bindegliedes zwischen kapitalsuchendem Unternehmen und dem anlagesuchenden Publikum." Entsprechend dem "Bauherren-Modell" nun die Möglichkeit der Geldanlage in riskante "High-Tech"-Unternehmen, wobei durch Änderung des Vermögensbildungsgesetzes auch vermehrt Lohngehälter in solche Anlageformen gezogen werden sollen.

Weitere Vorhaben der Bundesregierung, um "die Anlagemöglichkeiten des Vermögensbildungsgesetzes noch stärker auf das Produktivkapital zu konzentrieren": Während der sechsjährigen Sperrfrist dürfen Aktien verkauft werden, wenn gleichzeitig eine andere gekauft wird. GmbH-Geschäftsanteile werden in die Kataloge der geförderten Vermögensbeteiligungen aufgenommen.

Ebenfalls bereits als Entwurf (diesmal des Bundesrats) existiert das Gesetz zur "Verbesserung der Rahmenbedingungen für institutionelle Anleger". Damit werden bisher bestehende Verbote für "riskante" Kapitalanlagen von Versicherungen aufgehoben, vor allem Kapital aus den Lebensversicherungen könnte dann nicht nur wie bisher in Aktiengesellschaften fließen, sondern auch den als "mittelständischen" GmbHs gegründeten jungen, dynamischen Unternehmungen zur Blüte (oder bei Geldentzug zur sicheren Pleite) verhelfen.

Die Bundesregierung beabsichtigt weiter, in einem Entwurf eines "Börsenzulassungsgesetzes mittelständischen Unternehmen auch den unmittelbaren Zugang zum Aktienmarkt durch die Einrichtung eines neuen geregelten Marktabschnittes mit geringeren Publizitätsansprüchen zu erleichtern" — je weniger aus der Bilanz

zende der Katholischen Arbeitnehmerbewegung, Alfons Müller, reagierte: "Ich kann nicht glauben, daß die Bundesregierung bereit ist, unsere Arbeitsschutzgesetze so zu ändern, daß auch am Sonntag mehr gearbeitet werden kann." (WdA, 13.2.86 — rül)

Kindergeld: Reaktionäre Klage der Steuerzahler

Der Bund der Steuerzahler verlangt eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gegen das geltende Kindergeldgesetz. Stein des Anstoßes sind dem Steuerzahlerbund die 1983 von der Regierung Kohl als angeblicher "sozialer Ausgleich" eingeführten Einkommensobergrenzen. Danach wird das Kindergeld z.B. für Familien mit einem Kind ab 33 720 DM Jahreseinkommen, mit zwei Kindern ab 41 520 DM usw. schrittweise verringert. Diese Einkommensgrenzen sollen wieder fallen. Der Steuerzahlerbund wünscht durch die

Beseitigung dieser Einkommensgrenzen das "Ordnungsprinzip" im Steuer- und Sozialrecht gestärkt, zu deutsch: Wer reich ist, dem wird gegeben, wer arm ist, dem wird genommen. Man erinnert sich an das Schicksal der Kohl'schen "Investitionsabgabe": Diese wurde per Gerichtsbeschluß kassiert. Dasselbe, so der Steuerzahlerbund, soll nun das Verfassungsgericht mit den Einkommensgrenzen beim Kindergeld machen. Zwei dafür nötige Vorlagen liegen schon vor: Sozialgerichte aus Trier und Lüneburg haben eine Verfassungskontrolle beantragt. — (rül)

"Rumänien-Deutsche hungern und frieren"

Mit dieser Meldung wartete "Bild am Sonntag" am 9.2. auf. Der Bund der Vertriebenen hatte in München durch seinen Geschäftsführer Huber verkündet: "300 000 Rumänien-Deutsche leben am Rand des Hungertods ...

Milch, Fleisch, Wurst gibt's kaum noch, Zimmertemperaturen in den Krankenhäusern nur um 12 Grad." Am Ende seiner Ausmalung des Elends der "Rumänien-Deutschen" rief der Bund der Vertriebenen zu Spenden auf das Konto des "Verband der Deutschen im Ausland" auf. Der "Verband der Deutschen im Ausland" hat eine lange und schmutzige Tradition, angefangen mit der Förderung deutscher Kolonialeroberungen. Zur Zeit des Faschismus wirkte der VDA als verdeckt arbeitende Auslandsorganisation der NSDAP. Seine Funktionäre waren an zahllosen Verbrechen des deutschen Faschismus in den besetzten Ländern Osteuropas beteiligt. Heute wirkt Erich Mende, der frühere FDP-Vorsitzende, als VDA-Vorsitzender. In den vergangenen Jahren trat der VDA selten in Erscheinung. Das soll sich ändern, um die revanchistische Hetze der Vertriebenenverbände gegen die Staaten Osteuropas zu stärken. — (rül)



"Zukunftsorientierte Ausbildungs- und Arbeitsmarktpolitik" sei ein weiteres Ziel der Wirtschaftspolitik 1986. Da können dann z.B. Lehrlinge in aussichtlosen Berufen nach der Ausbildung als Teilzeit-Umschüler mit "Teilunterhaltsgeld" mit gleichzeitiger Teilzeitbeschäftigung bei irgendeinem Kapitalisten anfangen.

zu veröffentlichen ist, umso leichter fällt die Spekulation.

Schließlich sollen auch weitere Steuersenkungen "die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen verbessern". Der Jahreswirtschaftsbericht nennt als zu senkende bzw. abzuschaffende Unternehmensteuern: die Körperschaftsteuer, die betriebliche Vermögensteuer, Gesellschafts- und Börsenumsatzsteuer sowie die Gewerbesteuer.

"Beschäftigungsorientierte Tarifpolitik": auch gut fürs Eigenkapital!

Die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung stützt die Expansionsbestrebungen des BRD-Kapitals und will dessen Schlagkraft gegen die Konkurrenz erhöhen. Wer wird von dieser Seite ein Nachgeben gegenüber der Arbeiterbewegung erwarten?

Unter dem Titel "Beschäftigungsorientierte Tarifpolitik" kann man im Jahreswirtschaftsbericht denn auch lesen:

"Wichtig ist es . . . , das beschäftigungspolitisch mittelfristig Erreichbare nicht durch zu hohe, vom Verteilungsspielraum her kurzfristig durchsetzbare Lohnsteigerungen in Frage zu stellen . . . Hinsichtlich der Lohnstruktur ist die Bundesregierung . . . der Auffassung, daß eine stärkere Differenzierung der Löhne und Gehälter nach Sektoren, Qualifikationen und Regionen ein spürbarer Beitrag zur Verbesserung der Gesamtbeschäftigung sein kann. Stärkere Differenzierung und Flexibilität erleichtern den Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage am Arbeitsmarkt und vergrößern den Verteilungsspielraum."

Das könnte direkt aus dem Jahresbericht der Bundesvereinigung der Ar-

beitgeberverbände stammen. Allgemein geht es der Regierung um die direkte Kettung der Lohnabhängigenexistenz an den Verlauf der Kapitalakkumulation. Konkret bei den Löhnen heißt das, "Ausschöpfung des Verteilungsspielraums" nicht in Tarifverträgen, sondern regional, nach Branchen und betrieblich je nach Geschäftserfolg differenziert und wenn möglich nicht bar, sondern als Anteilsschein des Arbeitnehmers am Produktivermögen.

Risiken sieht die Bundesregierung allerdings auch: Daß die Kapitalisten zu Lohnsteigerungen gezwungen werden, die den "Verteilungsspielraum" für Flexi und Differenzierung einschränken.

Quellenhinweis: Jahreswirtschaftsbericht 1986, Bulletin, Nr. 11/86; CDU, Deutschland-Union-Dienst, 6.2.86 – (alk)

Schlesische Jugend gegen "Polonisierung" Schlesiens

Am 15.2. feierte die Schlesische Jugend in Bonn ihr 35-jähriges Bestehen. Zahlreiche Regierungspolitiker, Strauß, Dregger, Mischnick, Bundestagspräsident Jenninger und der Vorsitzende der "Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte" (IGfM) Dr. Gnauck gratulierten. Die Schlesierjugend ist eines der Verbindungsglieder zwischen Konservativen und Faschisten und vertritt dies auch offen. Das hielt den niedersächsischen Kultusminister Oschatz nicht im mindesten ab, die Festrede zu halten. Innenminister Zimmermann betonte, daß die Schlesierjugend "sich zur Heimat ihrer Vorfahren bekennt und sich ihr verpflichtet fühlt". Für den JU-Vorsitzenden Böhr leistet die Schlesierjugend "einen Beitrag zur Identität der Deutschen" – für die JU gehört revanchistische Propaganda

großdeutscher Aggressionsbestrebungen eben zur deutschen "Identität". Dr. Gnauck von der IGfM schließlich propagierte offen die neuerliche "deutsche" Besiedlung Schlesiens: "Nur ein friedliches Nebeneinander und Miteinander von Deutschen und Polen in Schlesien kann in einem Europa freier Völker Bestand haben". – (rül)

Befreiungskampf ist "kriminelle Gewalttätigkeit"

In der Begründung für die Ablehnung eines Antrags der GRÜNEN im Bundestag, die Kohleimporte aus Südafrika zu stoppen, erklärte die CDU/CSU/FDP-Ausschußmehrheit: Jede Sanktion widerspräche dem "freien Weltmarkt", außerdem würden "friedliche Konfliktlösungen" erschwert, denn "eine Verstärkung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten aus der nun schon zwei Jahre andauernden wirtschaftlichen Rezession in der Repu-

blik Südafrika würde die sich ausbreitende kriminelle Gewalttätigkeit nur weiter entfachen". Solche Kennzeichnung des Befreiungskampfes in Südafrika/Azania war auch aus den Reihen der Unionsfraktionen im Bundestag lange nicht mehr zu hören. Mit der Festschreibung, die von der FPD im Ausschuß mitgetragen wird, steht fest, daß für die Regierungsfraktionen jegliche Unterstützung Südafrikas erlaubt ist. (Bundestagsdrucksache 10/4757 – uld)

Neuer Personalausweis und "Schleppnetz fahndung"

Am vergangenen Montag einigten sich die Sprecher der drei Koalitionsparteien darauf, daß das Gesetz über den fälschungssicheren Personalausweis, einen neuen Paß gleicher Art sowie eine Änderung der Strafprozeßordnung unverändert in Kraft treten soll. Damit tritt auch die polizeiliche Möglichkeit zur sogenannten

Arbeitsförderungsgesetz "Flexibilisierung" der Arbeitslosen

Am 1.1.86 trat das 7. Änderungsgesetz zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG) in Kraft. In der bürgerlichen Presse als Verbesserung für die Arbeitslosen gepriesen, enthält es tatsächlich Verschlechterungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für die wachsende Zahl der Langzeitarbeitslosen, die Arbeitslosenhilfe beziehen. Künftig wird die Arbeitslosenhilfe nach drei Jahren Arbeitslosigkeit nach dem tariflichen, bzw. wenn kein Tarif existiert, nach dem ortsüblichen Lohn für eine Beschäftigung berechnet. Dies wird alle Arbeitslosen treffen, die vor ihrer Arbeitslosigkeit übertariflich bezahlt wurden oder einen ausreichenden Lohn nur durch Überstunden erreichen konnten.

Es gab eine solche Möglichkeit der "Herabbemessung" des der Berechnung von Arbeitslosenhilfe zugrunde liegenden Entgeltes auch vor der Änderung des AFG, von DGB und Arbeitsloseninitiativen als "Arbeitslosenhilferutsche" seit längerem bekämpft. Noch im Juni 1985 lag dem Bundesrat ein "Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Arbeitslosen vor sozialem Abstieg" der SPD-Landesregierung von NRW vor, der ausdrücklich auch die "Herabbemessung" ausschließen wollte (s. "Politische Berichte" 16/85). Die jetzigen Verschlechterungen hat die SPD dennoch keiner öffentlichen Kritik unterzogen, ebensowenig die Grünen.

Vor der Einführung des §136, Abs. 2b AFG mußte das Arbeitsamt in jedem Einzelfall nachweisen, daß das bisherige Entgelt nicht mehr zu erzielen ist. In der Praxis bedeutete

dies, daß fast nur dann herabgemessen wurde, wenn der Arbeitslose wegen einer ruinierten Gesundheit die alte Tätigkeit nicht mehr ausüben konnte und dies amtsärztlich festgestellt war. Erfolgt Herabmessungen mit der Begründung, das Entgelt sei auf dem Arbeitsmarkt nicht mehr zu erzielen, wurden diese Entscheidungen im Klageverfahren häufig aufgehoben. Die Neuregelung enthebt die Arbeitsämter der Beweispflicht in jedem Einzelfall.

Ein Beispiel: Fensterputzer arbeiten zumeist im Akkord und verdienen dann um 3000 DM brutto, der Tariflohn für gelernte Gebäudereiniger in NRW beträgt aber lediglich 13,27 DM oder 2295,71 DM im Monat. Nach drei Jahren Arbeitslosigkeit wird nach neuem Recht die Arbeitslosenhilfe auf der Grundlage vom Tariflohn berechnet, der knapp 700 DM unter dem alten Lohn liegt. Der Verlust an Arbeitslosenhilfe beträgt in diesem Fall für einen ledigen Arbeitslosen 197,60 DM, für einen verheirateten Arbeitslosen mit Kind 252,20 DM im Monat.

Ebenso kann die Zumutbarkeitsanordnung in ganz anderer Weise gegen die Arbeitslosen eingesetzt werden. Nach §6 der Zumutbarkeitsanordnung kann ein Arbeitsloser eine Beschäftigung ablehnen, wenn das Nettoarbeitsentgelt den Arbeitslosengeldsatz bzw. Arbeitslosenhilfesatz unterschreitet. Wenn die Arbeitslosenhilfe nach tariflichen Entgelten berechnet wird, so liegt die zumutbare Bezahlung der Arbeitskraft unter dem Tarif. Somit können alle Nichtgewerkschaftsmitglieder in untertarifliche Beschäftigungen gepresst werden. Nur Gewerkschaftsmitglieder können eine solche "Zumutung" nach §16 AFG ablehnen, da das Arbeitsamt am Zustandekommen von Arbeitsverhältnissen zu tarifwidrigen Bedin-

gungen nicht mitwirken soll, wenn ihr die Tarifgebundenheit von Arbeitnehmern oder Arbeitgebern bekannt ist.

Auch in anderen Punkten sind die Regelungen des AFG "flexibilisiert" worden: So gibt es heute sechs verschiedene Sperrzeitenlängen, von zwei Wochen – nämlich dann, wenn es ein Arbeitsloser ablehnt, eine auf vier Wochen befristete Stelle anzunehmen – bis zu zwölf Wochen. Die Bezugsdauer für Arbeitslosengeld wurde weiter nach Beitragszeit und Lebensalter gestaffelt von 76 Tagen bis zu zwei Jahren für Arbeitslose, die über 57 Jahre alt sind und sieben Jahre Beiträge gezahlt haben. Insgesamt gibt es jetzt 13 verschiedene Bezugslängen von Arbeitslosengeld.

Wenn die "Herabbemessungen" im Laufe des Jahres durchgeführt sind, wird dies auch dazu führen, daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger steigt. Schon heute können viele Arbeitslosenhilfeempfänger nur mit zusätzlicher Sozialhilfe auskommen.

Quellenhinweis: 7. AFG-Änderungsgesetz, Bundestagsdrucks. 10/3923, 10/4211 – (syb)

Verfassungsschutz

Initiative der Grünen gegen Geheimdienstgesetze

Bei den Geheimdiensten hört der Parlamentarismus auf, darin sind sich alle staatstragenden Parteien einig. So ist es verdienstvoll und unterstützenswert, daß sich die Grünen gegen ungeheuerliche Spitzel- und Agententätigkeit wenden, auch wenn sie ihre Opposition ausschließlich aus Verfassung und parlamentarischen Rechten begründen. Die Fraktion der Grünen in Baden-Württemberg fordert die Lan-

"Schleppnetzfahndung" in Kraft. Die FDP hatte in letzter Zeit den Eindruck erweckt, sie opponiere gegen diesen Teil des Pakets. "Schleppnetzfahndung" bedeutet, daß die Polizei Personenkontrollen großen Stils durchführen darf und alle dabei gewonnene Daten speichern darf, bis sich "alle Verdachtsmomente" erledigt haben. "Verdachtsmomente", zumal gegen mögliche Staatsfeinde, erlöschen bekanntlich nie. Die Polizei erhält damit die Aufgabe, die Dateien aller Geheimdienste künftig durch alle irgendwo gewonnenen Daten beständig anzureichern. So werden Konzentrationslager vorbereitet. Selbst der Richterbund hatte am 7.2. die Gesetze als "gefährlich und verhängnisvoll" kritisiert und die Weitergabe aller Daten an die Geheimdienste wie die Verwischung von polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Kompetenzen in den geplanten Gesetzen kritisiert. – (rül)



Mit einem "Hagener Manifest", das zum Kampf für die 35-Stunden-Woche, gegen die geplante Änderung des § 116 AFG und für das Verbot der Aussperrung aufruft, endete am 16.2. der Parteitag der Grünen in Hagen. IGM-Vorstandsmitglied Hans Janßen (Bild) rief die Delegierten zum gemeinsamen Kampf für das Streikrecht auf. Wenn die SPD bei der Bundestagswahl die absolute Mehrheit verfehle, sei er "lieber für eine Koalition mit den Grünen, als weiterhin diese arbeitnehmerfeindliche Regierung zu tolerieren." – (rül)

desregierung auf, dem Landesamt für Verfassungsschutz zu untersagen, Mitgliedschaft bzw. Funktion in einer nicht verbotenen Partei zu speichern; vorhandene Daten seien zu löschen. Der Innenminister solle darlegen, welche Daten über Grüne beim Verfassungsschutz gespeichert sind, und was mit diesen Daten gemacht wurde. Wir dokumentieren im folgenden aus der Pressekonferenz, in der die Grünen ihren Antrag begründeten:

* "Wer schützt uns vor dem Verfassungsschutz?"

Als die Grünen bei den Landeshaushaltsberatungen für den Haushalt 1985/86 die völlige Streichung der Gelder für den sog. Verfassungsschutz, bzw. die Umwidmung dieser Gelder vom 'Landesamt für Verfassungsschutz' zugunsten der Bekämpfung der Umwelt- und Wirtschaftskriminalität forderten, waren wir uns noch nicht über die gesamte Dimension der Aktivitäten und der Pläne des beamteten Verfassungsschutzes bewußt. Auf Grund der unterschiedlichsten Enthüllungen, Veröffentlichungen und sonstigen Erkenntnissen zeigte sich in der Zwischenzeit, daß unsere damalige Forderung nach Abschaffung der Ämter für Verfassungsschutz voll und ganz berechtigt war ...

* Was heißt überhaupt verfassungsfeindlich?

... An Stelle eines Streits über die politisch richtige Lösung wird in der Bundesrepublik die politische Auseinandersetzung gerne mit der MeBlatte 'Verfassung' ausgetragen, die nationales Über-Ich und Identifikationsmerkmal des 'guten Deutschen' ist ... Wird die MeBlatte von der Regierung mit Hilfe des beamteten Verfassungsschutzes angelegt, so ist die Festlegung völlig willkürlich und nicht nachzuvollziehen ...

* Neue Kompetenzen für den sog. Verfassungsschutz

Die Forderung nach Auflösung der Ämter für Verfassungsschutz gewinnt besondere Bedeutung im Hinblick auf die geplanten Neuregelungen in den Geheimdienstgesetzen ... Mit diesen Regelungen, welche teilweise für das LAfVerSch gelten sollen und ansonsten wohl im LVerSchG übernommen werden sollen bzw. müssen, werden die Verfassungsschutzämter zu Super-Überwachungsbehörden, die keiner effektiven parlamentarischen oder anderweitigen Kontrolle unterworfen werden.

... Die Aufgabe der Grünen wird es deshalb in der nächsten Zeit sein, aufzuzeigen, daß der geheim operierende beamtete Verfassungsschutz dem Demokratieprinzip schon in der Grundkonzeption widerspricht, und daß bei der konkreten Praxis der Verfassungsschutzämter verfassungsrechtliche Prinzipien und insbes. Grundrechte mißachtet werden ..."

Quellenhinweis: Die Grünen im Landtag, Presseinformation, 5.2.86 - (alk)

Verschuldung

Baker-Plan bereitet direkte Intervention der Imperialisten vor

Nach einer vor dem Jahreswechsel veröffentlichten Statistik der OECD über die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer, der RGW-Staaten und der VR China belief sich die Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer zum 31.12.1984 auf 889 Mrd. \$. 55% dieser Schulden, nämlich 485 Mrd. \$, entfallen auf Verpflichtungen gegenüber Banken der imperialistischen Länder, 13% der Schulden machen Exportkredite und andere staatlich garantierte Kredite an Entwicklungsländer aus; die Verpflichtungen gegenüber IWF, Weltbank und anderen multilateralen Institutionen machen 12,5% der Gesamtschuld aus. Von 1983 auf 1984 nahmen die Bankkredite an Entwicklungsländer lediglich um 2% zu, die übrigen privaten Forderungen an Entwicklungsländer - z.B. Anleihen - gingen sogar um 4% zurück. Die Gesamtschuld der Entwicklungsländer stieg gegenüber 1983 um gerade 3,3%, nachdem sie in den

kann gegenwärtig keine Rede sein. Zwar sind aus Bankierskreisen immer wieder Erfolgsmeldungen zu hören wie die des Chairman der US-Großbank Citicorp: "In bemerkenswert kurzer Zeit haben sich viele lateinamerikanische Länder auf neue wirtschaftliche Realitäten eingestellt. Das Ausmaß der abgetragenen Schulden im Rahmen der Gesamtverschuldung der Entwicklungsländer ist höchst eindrucksvoll." Doch zum Jahreswechsel 1985/86, als die imperialistischen Banken Bilanz über das abgelaufene Geschäftsjahr zogen, hieß es z.B. auf den Hauptversammlungen der Schweizer Großbanken: Die Verschuldungssituation der Entwicklungsländer habe sich 1985 weiter verschlechtert. Die Bankiers messen einen Schuldner bekanntlich nicht an der Höhe seiner Schuld, sondern an seiner Fähigkeit, die Schulden zu bedienen. Und damit ist es trotz gegenteiliger Botschaften schlecht bestellt: Immer



Militär in Peru: Die sozialdemokratische Regierung Perus hat angekündigt, den Schuldendienst auf 10% der Exporteinnahmen zu begrenzen.

70er Jahren mit Jahresraten von 10% bis 15% geradezu explodiert war.

Für 1985 liegen noch keine Gesamtzahlen vor. Doch dürfte, wie aus den Daten über einzelne Entwicklungsländer hervorgeht, die Gesamtverschuldung kaum noch gestiegen sein.

Ist der gebremste Anstieg der Auslandsverschuldung ein Zeichen der wirtschaftlichen Konsolidierung der Entwicklungsländer? Sind diese Länder nicht mehr gezwungen, Kapital auf den imperialistischen Finanzmärkten zu borgen, um auch nur die allernotwendigsten Importe finanzieren oder fällige Tilgungen für ausstehende Kredite leisten zu können? Davon

weniger Entwicklungsländer können ihren laufenden Zinsverpflichtungen nachkommen, geschweige denn fällige Tilgungen leisten.

Das OPEC-Land Nigeria, das mit 22 Mrd. \$ bei den Banken in der Kreide steht - größtenteils handelt es sich um kurzfristige Kredite -, hat für 1986 angekündigt, den Schuldendienst auf 30% seiner Exporterlöse zu begrenzen. Das wären - unter Zugrundelegung der alten Rohölpreise - ca. 3,5 Mrd. \$ für den Schuldendienst. Dagegen sind 1986 an Zins- und Tilgungszahlungen allein für mittelfristige Verbindlichkeiten 4 Mrd. \$ fällig. Die Wirtschaftspresse handelt den "Fall

Baker-Plan: Pfennige, verbunden mit Erpressung

Seit Ende der 70er Jahre griff die US-Regierung die Kreditvergabe durch Weltbank und der Weltbank assoziierte regionale Entwicklungsbanken zunehmend schärfer an. Kernpunkte der Kritik: Es würden Kredite an Länder der Dritten Welt vergeben, die ihre Ökonomie planwirtschaftlich organisiert hätten; außerdem fließe das Geld nicht in den privaten Sektor, sondern diene in den meisten Fällen zur Finanzierung staatlicher Großprojekte. Die USA ließen den Drohungen Taten folgen und verweigerten die von Weltbank bzw. regionalen Entwicklungsbanken angestrebten Kapitalerhöhungen. Sie drehten den Geldhahn zu. Parallel dazu gingen die USA daran, zusammen mit ihren imperialistischen Verbündeten zunehmend schärfere Auflagen bei der Mittelvergabe von Weltbank usw. durchzusetzen. Im Ergebnis gingen zeitweilig die Ausleihungen von Weltbank und regionalen Entwicklungsbanken zurück, während diese Institutionen gleichzeitig über steigende Zinssätze Profite in Rekordhöhe realisierten.

Die seit 1982 periodisch auftretenden "Schuldenkrisen", ausgelöst dadurch, daß einzelne Schuldnerländer wie Mexiko oder Argentinien auf den privaten Kapitalmärkten keinen Kredit mehr bekamen und ihre bevorstehende Zahlungsunfähigkeit erklären mußten, trafen vor allem die US-Großbanken, die an lateinamerikanische Länder etwa 80 Mrd. \$ ausgeliehen hatten. Das Zusammenwirken von Großbanken wie auch den Zentralbanken der imperialistischen Länder verhinderte Bankenzusammenbrüche, die ansonsten den inter-

nationalen Kapitalmarkt und gleichzeitig den Wert des Dollar erschüttert hätten. Die seitdem praktizierte Lösung des Schuldenproblems: Durch Mobilisierung von neuem Geld für die zahlungsunfähig gewordenen Länder eine Fortsetzung des Schuldendienstes sicherzustellen. Natürlich wird ein schlechter Schuldner dadurch nicht besser: Deshalb haben die Bankiers immer wieder die Notwendigkeit betont, 1) durch planmäßige Umschuldungen den Schuldenberg zu konsolidieren, 2) die imperialistischen Staaten direkt in die Sicherung der Kredite einzuspannen, 3) die private Kreditvergabe an Entwicklungsländer über IWF und Weltbank zu koordinieren, 4) zur Aufrechterhaltung des imperialistischen Weltmarkts den Zufluß neuer Kredite an Entwicklungsländer nicht völlig versiegen zu lassen, 5) endlich wirksam in die Ökonomien der Entwicklungsländer einzugreifen.

Die Imperialisten hatten dabei im Auge, die Entwicklungsländer noch mehr auszupressen und dazu alle "Investitionshemmnisse" in den Entwicklungsländern – also Steuerregelungen, Zölle, Mindestlöhne, staatliche Ex- und Importkontrollen, staatliche Unternehmen usw. – zu beseitigen.

Im Oktober 1985 auf der Tagung des IWF in Seoul stellte US-Finanzminister Baker dieses Programm vor:

"1) Die Hauptschuldnerländer verfolgen, unterstützt vom Währungsfonds und den Entwicklungsbanken, an der Spitze die Weltbank, eine Wirtschaftspolitik, die Wachstum fördert, die Zahlungsbilanz verbessert sowie auch die Inflation eindämmt;

2) Der Währungsfonds behält seine zentrale Rolle, und zwar in Verbindung mit verstärkten Darlehen zur Struktur Anpassung durch die multila-



Demonstration in Argentinien: Die Regierung hat – nach anfänglichen Weigerungen – den IWF-Erpressungen nachgegeben.

teralen Entwicklungsbanken.

3) Geplant sind ferner verstärkte Ausleihetätigkeiten der privaten Banken, um die Strukturanpassung zu erleichtern."

Die Reaktionen auf den Baker-Plan waren auch unter den Imperialisten geteilt: Während die US-Großbanken die Initiative begrüßten, u.a. weil Baker vorwiegend lateinamerikanische Länder und damit die Hauptschuldner der US-Banken als Empfänger des "Geldsegens" identifiziert hatte, blieben die europäischen Großbanken reserviert – sie wollen eindeutige staatliche Garantien bei weiterer Kreditvergabe. Die Entwicklungsländer lehnten in Seoul den Plan rundheraus ab. Der ihnen angebotene "Geldsegen": 29 Mrd. \$ – 9 Mrd. von der Weltbank, der Rest von privaten Banken – auf drei Jahre verteilt. Doppelt soviel lieferten 1984 allein die lateinamerikanischen Staaten netto bei ihren Gläubigern ab.

Nigeria" als kommenden Prüfstein für die Tauglichkeit des Baker-Plans. Peru sollte 1985 allein 3,7 Mrd. \$ an Zinsen zurückzahlen gegenüber einem Gesamtwert der Exporterlöse von etwa 3,5 Mrd. \$.

Es kann also keine Rede davon sein, daß es – nach den Spektakel um die "Schuldenkrise" 1982 und dem prophezeiten, aber nicht eingetretenen Bankenkraus aufgrund der Zahlungsunfähigkeit Mexikos und anderer hochverschuldeter lateinamerikanischer Länder – den US-amerikanischen, japanischen und westeuropäischen Großbanken zusammen mit dem IWF inzwischen gelungen ist, die Schulden der Entwicklungsländer soweit zu konsolidieren, daß eine regelmäßige Bedienung der Schuld gewährleistet ist. Zwar haben die Imperialisten erreicht, die meisten hochverschuldeten Entwicklungsländer – hauptsächlich in Lateinamerika – in Umschuldungsverhandlungen zu pressen und dabei

noch tiefere Eingriffe in die Ökonomien der betroffenen Länder durchzusetzen. Und zunächst gescheitert sind alle Versuche, über die Bildung eines Kartells der Schuldnerländer die Erpressungen von IWF und Banken abzuwehren und ein Schuldenmoratorium oder gar eine Schuldenstreichung zu erzwingen. Nur kurzfristig ist also ein reibungsloser Abtransport des in den Entwicklungsländern produzierten Reichtums gesichert: Schon 1984 mußten die in der "Cartagena-Gruppe" zusammengeschlossenen lateinamerikanischen Staaten nach Verrechnung mit allen Kapitalzuflüssen 55 Mrd. \$ an ihre Gläubiger überweisen – um den Preis des Hungerdaseins immer größerer Teile der Bevölkerung und der Stilllegung und Vernichtung von Produktionskapazitäten und der Entblößung von allen Ressourcen, die eine langfristige Wirtschaftsentwicklung ermöglichen.

Absehbar muß diese nie dagewesene

Auspöwerung und Deindustrialisierung der Entwicklungsländer, darunter insbesondere der sog. "Schwellenländer", neue Krisen hervorrufen. Eine Konjunkturabschwächung in den USA z.B., erneut steigende Zinsen oder – im Fall von OPEC-Ländern wie Mexiko oder Nigeria – fallende Ölpreise lassen das Kartenhaus der ordnungsgemäß bilanzierten Kredite und der erwarteten Zinsen und Tilgungen erneut zusammenbrechen. Für diesen Fall sieht der Baker-Plan die Verbürgung der imperialistischen Staaten für notleidend gewordene Kredite an Entwicklungsländer vor. Damit steht dann die direkte Intervention der imperialistischen Staaten in den Schuldnerländern auf der Tagesordnung. Quellenhinweis: NZZ, div. Ausgaben; Far Eastern Ec. Review, 10.10.85; Wirtschaftswoche, div. Ausgaben; OECD: "Statistics on external indebtedness, Paris 1985; MSZ, 11/85 – (wom)

Tarifabschluß im öffentlichen Dienst

Warnstreiks zeigten Wirkung – trotzdem schlimme Zugeständnisse

Die bürgerliche Öffentlichkeit nimmt den Tarifabschluß im öffentlichen Dienst zum Anlaß, Hoffnungen auf die Möglichkeit einer Versöhnung zwischen der lohnabhängigen Bevölkerung und der Regierung zu wecken. BILD kommentiert: "Ein dickes Lob der ÖTV und Innenminister Zimmermann. Im Schnitt 4,1 Prozent mehr für den Öffentlichen Dienst: Das ist was." Tatsächlich konnten die Warnstreikaktionen den vollen Umfang der Pläne Zimmermanns zur Einkommensenkung verhindern, und für viele Beschäftigte bedeutet die Tarifierhöhung nach sechs Jahren dauernder Lohnsenkungen erstmals eine – allerdings äußerst geringe – reale Erhöhung ihrer Einkommen. Aber ein Anschluß an das reale Einkommensniveau von 1980, der möglich gewesen wäre, wie die Schlagkraft der Warnstreiks bewiesen hat, wurde verhindert, und der geschäftsführende Hauptvorstand (gHV) der ÖTV machte schlimme Zugeständnisse gegenüber Zimmermanns Bestrebungen, die gedrücktesten Beschäftigten im öffentlichen Dienst in den Dreck zu treten.

Untersucht man die Frage, um wieviel besser sich die Beschäftigten im öffentlichen Dienst aufgrund des Tarifabschlusses und der Steuerreform Anfang 1986 gegenüber Anfang 1985 stehen, ergibt sich an Beispielen folgendes Bild:

Eine Pflegehelferin, 23 Jahre, keine Kinder, verheiratet; Kr.I, Ortszuschlag Stufe 2; Steuerklasse IV,0 erhält aufgrund des Tarifabschlusses und der Steuerreform 4,11% mehr Nettoeinkommen. Zieht man die Preissteigerungsrate für 1985 von 2,0% ab, bleibt eine Verbesserung von 2,11% oder 32,70 DM.

Dieselbe Rechnung ergibt für eine Krankenpflegehelferin, 26 Jahre, 2 Kinder; Kr.III (Dauernachtwache), Ortszuschlag Stufe 4 (halbiertes Verheiratetenzuschlag); Steuerklasse IV,2 eine Verbesserung von 2,48% oder 56,65 DM.

Die Pflegedienstleitung eines Großklinikums hingegen, 45 Jahre, 3 Kinder, verheiratet; Kr.XII, Ortszuschlag Stufe 5; Steuerklasse III,3 verbessert sich um 3,68% oder 131,60 DM.

Die vereinbarten strukturellen Verbesserungen hängen einerseits von der Höhe des Einkommens ab, andererseits von der Familiengröße. Die einkommensabhängigen Strukturverbesserungen, die Erhöhung der allgemeinen Zulage im einfachen Dienst von 40 DM auf 67 DM und die Erhöhung des Urlaubsgeldes im einfachen und mittleren Dienst von 300 DM auf 450 DM sind nicht dynamisiert. Anders hin-

gegen bei den familienbezogenen Strukturverbesserungen! Die Vereinheitlichung des Kinderanteils im Ortszuschlag auf 115,80 DM ist in die Ortszuschlagstabelle eingearbeitet, und dieser wird bei künftigen Einkommenserhöhungen automatisch erhöht. Nach dem Tarifabschluß wird der Ortszuschlag (Tarifklasse II) für Beschäftigte mit einem Kind nur um 27,69 DM und bei 2 Kindern um 35,55 DM erhöht. Bei drei Kindern hingegen beträgt die Erhöhung 101,35 DM und bei vier Kindern 122,10 DM. Entsprechend werden von der überdurchschnittlichen Erhöhung des Kinderanteils im Ortszuschlag fast ausschließlich die höheren Einkommen profitieren, die überhaupt erst eine größere Kinderzahl ermöglichen. Die Wirkung der gesamten strukturellen Veränderungen wird deshalb sein, daß die Ein-



Dr. Wulf-Mathies tätigte einen schnellen Abschluß, der schlimme Zugeständnisse beinhaltet.

kommensdifferenzierung vergrößert anstatt verkleinert wird. Aufgrund der Dynamisierung der familienbezogenen und Nichtdynamisierung der einkommensbezogenen Strukturkomponenten wird diese Differenzierung auf Dauer sogar noch wachsen.

Eine weitere Hinterhältigkeit verbirgt sich hinter zusätzlichen besonderen Anhebungen des Kinderanteils im Ortszuschlag für die niedrigsten Einkommen für das 2. und jedes weitere Kind um 20 DM bis 40 DM. Diese Erhöhungen sollen nicht gelten "für Kinder, für die das Kindergeld aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen abweichend von § 10 Bundeskindergeldgesetz bemessen wird". Damit werden u.a. türkische Beschäftigte, deren Kinder im Ausland leben, von dieser Erhöhung ausgenommen. Zim-

mermann hat hiermit erreicht, daß seine reaktionäre Ausländerpolitik in einem Tarifvertrag verankert und damit eine DGB-Gewerkschaft zum Helfershelfer dieser Politik gemacht wurde.

Alleinerziehenden Elternteilen, die neu in den öffentlichen Dienst eintreten, wird der Ortszuschlag direkt gekürzt. Bisher erhalten sie den Verheiratetenzuschlag im Ortszuschlag. Durch Übernahme einer ab 1.1.1986 geltenden Regelung des Beamtenbesoldungsgesetzes sollen sie als "Ledige" zurückgestuft werden, wenn ihnen "Mittel" (z.B. Waisenrente) zur Verfügung stehen, die einen bestimmten Betrag überschreiten. In der Tarifklasse II ergibt das eine Kürzung um 105,30 DM gegenüber altem Recht.

Genauso schlimm sind die Auswirkungen des Tarifabschlusses für Auszubildende in der Krankenpflege, die nach dem 1.1.1986 mit ihrer Ausbildung beginnen. Zimmermann wollte ihre Ausbildungsvergütung je nach Ausbildungsjahr von 288,66 DM bis 433,42 DM kürzen. Die ÖTV hat Kürzungen um 100,54 DM bis 153,16 DM

zugestimmt und sich darauf eingelassen, daß diese Ausbildungsvergütungen bis mindestens Ende 1988 nicht erhöht werden.

Allein die verschiedenen Gemeinheiten des Abschlusses wären Grund genug gewesen, diesem Abschluß nicht zuzustimmen und für den Streik zu mobilisieren. So aber hinterläßt der Abschluß große Probleme und Aufgaben. Notwendig sind wirksame Schritte gegen ein Entlohnungssystem, das derart auf die Förderung der gutsituierten Familie ausgerichtet ist, und Schritte, die die Ausbildungsvergütung erneut auf dem alten Standard an die Anfangseinkommen anbinden, sonst wird die Absenkung der Anfangseinkommen nächste Folge der schlimmen Zugeständnisse sein.

– (kar)

Warnstreiks demonstrieren Möglichkeit zu großem Streik gegen dauernde Lohnsenkungen



Die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe und der städtischen Fuhrämter erwiesen sich erneut als schlagkräftige Waffe der ÖTV. (Bild: Heidelberg)



Stuttgarter Bühnenarbeiter streiken für Strukturverbesserungen.

Krankenhausbeschäftigte beteiligen sich erstmals seit langem direkt an den Streikaktionen. In der Wäscherei des Landeskrankenhauses Schleswig beteiligten sich ca. 70 bis 80 Beschäftigte an einem halbstündigen Warnstreik. Im Kreiskrankenhaus Uelzen streikten von 8 bis 9 Uhr die Anästhesie und Beschäftigte des OP. Drei der vier OP-Säle standen still. Am Städtischen Krankenhaus und der Uni-Klinik Groß-Hardern in München trafen sich auf dem Krankenhaushof jeweils rd. 100 Ärzte, Krankenschwestern und -pfleger und Verwaltungsangestellte, um gegen die Kürzung der Ausbildungsvergütungen zu protestieren. Im Krankenhaus Schwabing führte der Fahrdienst einen Warnstreik durch. Dort beteiligten sich 500 an einer Streikversammlung. (Bild: Hannover)



Krankenpflegeschüler/innen beteiligen sich an den Warnstreiks der ÖTV. Erstmals seit Jahren kommt es zu Streikaktionen in Krankenhäusern. Trotzdem stimmt die GTK der ÖTV der Absenkung der Ausbildungsvergütung um 100 bis 150 DM zu.



Feuerwehrlaute, denen der Dienstherr auf Grundlage des Beamtenrechts das Streikrecht bestreitet, beteiligen sich am Warnstreik in Hannover.



Warnstreiks bestätigen Bereitschaft für einen großen Streik.

USA/Space Shuttle

"Der nationale Konsens" ist: Weitermachen!

Eigentlich hätte es der Glanzpunkt von Reagans TV-Show "Bericht über die Lage der Nation" am gleichen Abend werden können: Eine Lehrerin, ein ganz normaler Bürger, als Astronaut im All. Was sie dort zu tun gehabt hätte außer Tagebuch-Schreiben ist nicht bekannt und scheint auch niemanden zu interessieren. Statt der geplanten Rede legte Reagan Trauer auf. In einer kurzen Ansprache im Fernsehen appelliert er an das Zusammengehörigkeitsgefühl, an den Pioniergeist, und erklärt: "Es wird mehr Shuttle-Flüge und mehr Shuttle-Mannschaften geben und, ja, mehr Freiwillige, mehr Zivilisten, mehr Lehrer im All."

Das gleiche Lied am nächsten Tag in der Presse. Die "New York Times" sieht aus, als wäre der dritte Weltkrieg ausgebrochen. Die ganze Frontseite und weitere neun Seiten nur Shuttle, Shuttle, Shuttle. Der Evangelist Billy Graham darf verkünden, "daß eine Tragödie wie diese uns zusammenbringt fast wie die Ereignisse von Pearl Harbour." Die Herren Abgeordneten und Senatoren bekunden im Kongreß ihre unverminderte Unterstützung für das Weltraumprogramm. Kritik am Shuttle-Programm, an dessen militärischer Ausrichtung oder an der bemannten Weltraumfahrt ist offensichtlich unamerikanisch in solchen schweren Zeiten.

Vor dem ersten Satelliten im Welt-raum – Sputnik I, 4.10.1957 – hatte die USA keine zivile Weltraumbehörde. Während die Eisenhower-Regierung noch überlegte, wie dem unerhörten technischen Vorstoß der Sowjetunion zu antworten sei, sandte die Sowjetunion wenige Wochen danach Sputnik II ins All, mit der Hündin Laika an Bord. Sputnik I und II waren als Beitrag der Sowjetunion zum Internationalen Geophysikalischen Jahr (IGJ) deklariert, das 1952 für die Jahre 1957 und 1958 festgelegt worden war. Satelliten für wissenschaftliche Aufgaben in Erdumlaufbahnen zu bringen, war ein offizielles Ziel des IGJ.

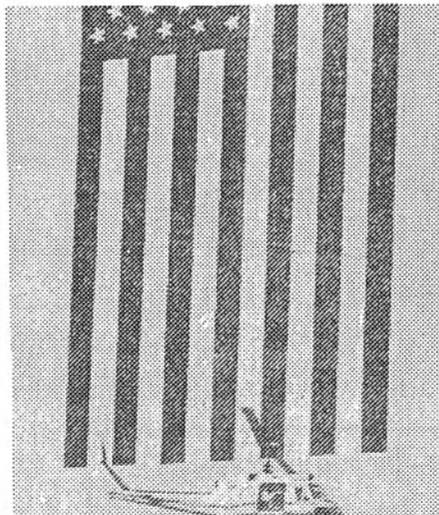
1955 wurde das US-Verteidigungsministerium mit einem Satellitenprogramm beauftragt. Dieses Projekt ging an die Marine. Die US-Armee hatte 1957 zwar schon Raketen, die einen Satelliten hätten ins All schießen können. Jedoch sollte der "zivile" Beitrag zum IGJ nicht die Entwicklung von Interkontinentalraketen beeinträchtigen und auch nicht als Teil der Rüstung erscheinen. Nach dem "Schock" der beiden Sputniks aber beauftragte der US-Verteidigungsminister am 8.9.1957 die Armee, einen Satelliten ins All zu bringen, was am 1.2.

1958 geschah.

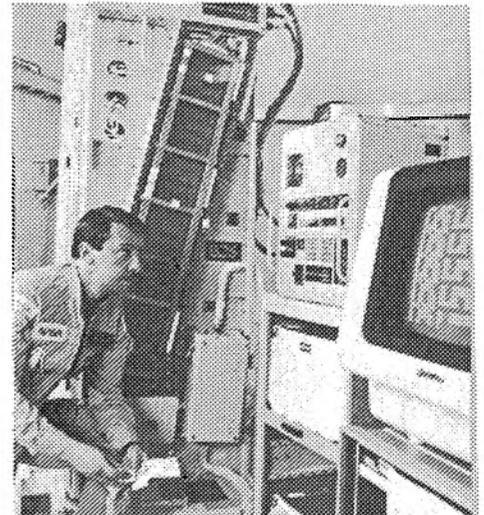
Die Debatte um die Gründung der NASA (National Aeronautic and Space Administration) war Anfang 1958 noch in vollem Gange. Zwei Gründe sollen bei Präsident Eisenhower den Ausschlag gegeben haben für eine zivile Einrichtung. Zum ersten hatte Eisenhower sofort nach dem Weltraumerfolg der Sowjetunion Verhandlungen über ein Abkommen für die friedliche Nutzung des Weltraums eingeleitet. Die Vergabe der Weltraumforschung an eine Militärbehörde schien also nicht angebracht. Zum zweiten soll Nelson Rockefeller, ein politischer Abgelegter des Rockefeller-Erdölimperiums, zu einer Zivilbehörde geraten haben. Die Stimmungsmache im Lande – Amerika wieder an die Vorfront im All zu bringen – ließ erwarten, daß auf diese Weise mehr und längerfristig zusätzliche Steuermittel in großer Höhe flüssig gemacht werden könnten, die letztendlich dem Militär und der Industrie zugutekommen würden. Ende 1958 wurde das Nationale Luft- und Raumfahrtgesetz verabschiedet und damit die NASA gegrün-

det. Politisches Prestige und militärische Interessen haben die NASA zum Laufen gebracht und am Laufen erhalten. Den Entschluß, das Mondlandungsprogramm in die Tat umzusetzen, soll Präsident Kennedy 1961 nach seinem mißglückten Invasionsversuch Kubas gefaßt haben. Nixon hat 1971 das Shuttle-Programm in Gang gesetzt, nachdem 1969 die Finanzierung der bemannten Raumfahrt aus innen- und außenpolitischen Gründen (Wirtschaftskrise, Vietnamkrieg) endgültig aus dem Militärhaushalt gestrichen worden war.

Die NASA hat 1972 das Shuttle mit Wirtschaftlichkeit begründet. Die Kosten, um Nutzlast in erdnahe Umlaufbahnen zu bringen, würden von 2300 Dollar auf 350 Dollar je Kilogramm fallen. Bei 779 Flügen bis 1990 und 30 Tonnen Nutzlast je Flug würde das einen Gewinn von 16 Mrd. Dollar bringen. Abgesehen davon, daß die maximale Nutzlast des Shuttle jetzt bei 15 Tonnen liegt und die Zahl der Flüge, 50 pro Jahr, nicht drin ist, hat nur das Militär Lasten von 3, 5 und mehr Tonnen in erdnahe Umlaufbahnen, etwa 1000 km hoch, zu bringen: Spionagesatelliten, Killersatelliten und seit neuester Zeit große Laser und Teilchenbeschleuniger für Experimente für ihr "SDI"-Programm und irgendwann einmal vielleicht Gefechtsstationen gegen Interkontinentalraketen.



"Heldengedenken": Ein Hubschrauber mit einem Kranz an Bord, der über der Absturzstelle des Shuttles abgeworfen werden soll. Rechts: Ein von der NASA finanziert Versuch zur Verbesserung der Reinheit von Drogen mit Hilfe der Schwerelosigkeit.



det.

Schon vor Gründung der NASA beschloß Präsident Eisenhower im August 1958, Pläne der Armee für die Entwicklung bemannter Weltraumfahrt zurückzuweisen zugunsten der noch zu gründenden zivilen Weltraumbehörde. 1960 transferierte die Armee wesentliche Teile ihres Raketen-teams zur NASA. Pläne für den Flug zum Mond – das Apollo-Programm – wurden ausgearbeitet. Unter Eisenhower jedoch wurden die Mittel nicht bereitgestellt.

1985 hat sich das Pentagon seine Kontrolle über das Shuttle-Programm vom Präsidenten schriftlich geben lassen: Mindestens 35% der Shuttle-Flüge rein militärisch und absolute Priorität bei Termenschwierigkeiten.

Nachrichtensatelliten, die wichtigste kommerzielle Nutzung des Welt- raums, müssen in geostationäre Umlaufbahnen, 36000 km hoch, gehoben werden, damit ihre Umlaufzeit 24 Stunden ist und sie synchron mit der Erdumdrehung fliegen. Die effektive Nutzlast des Shuttle ist dann nur ein

paar Tonnen. Das ist weniger als die Kapazität der Saturn-Raketen des Apollo-Programms. Für wissenschaftliche Experimente sind auch fast nur erdferne Bahnen von Interesse und die Lasten sind, bis auf das Weltraumteleskop, gering.

Neuartig am Shuttle sind das große Volumen des Laderaums und daß Ladung aus dem Weltraum zurückgebracht werden kann. Aus der vielgepriesenen Fabrik im All ist bisher noch nichts geworden. Schwere Metallgegenstände 1 000 km hoch zu heben, um sie dort ohne Schweißen und Hitze zu verbinden: viel zu teuer. Gegenwärtig wird untersucht, inwieweit die Schwerelosigkeit die Ausbeute und den Reinheitsgrad bei der Herstellung von Drogen erhöhen kann (Bild). Ähnliche Versuche laufen zur Herstellung reinerer Materialien und in größeren Durchmessern für die elektronische Industrie. Typisch ist jedoch, daß Fortschritte in den erdgebundenen Produktionsverfahren schon erreicht

haben, was die Tests an Bord des Shuttle erst zeigen wollen. NASA jedenfalls hat außer dem Militär wenige Kunden, und zahlende schon gar nicht. Im Gegenteil: NASA finanziert nicht nur die kommerziellen Experimente, sondern auch Forschung zur Auffindung von "zivilen" Projekten fürs Shuttle.

Für die bemannte Weltraumfahrt hat das Shuttle-Programm bisher noch keine Rechtfertigung geliefert. Das Pentagon nimmt Erschwernisse in Folge des Personentransports – ohnehin zu 70% Militärpersonal – in Kauf, wenn anders die Propaganda nicht möglich ist.

Das Space-Shuttle-Programm wird eines Tages im SDI-Programm aufgehoben. Auf politischer und technologischer Ebene ist aber der Unterschied zwischen beiden Programmen groß. Das Shuttle-Programm hat technologisch nicht sehr viel über den Stand des Apollo-Programms hinaus entwickelt. Das SDI-Programm dagegen er-



Staatstrauer wie beim Tod eines Staatsoberhauptes

fordert und enthält viel Grundlagenforschung und die Erforschung und Entwicklung neuer Technologien. Dennoch hat Reagan sein "Star Wars"-Programm 1983 offen militärisch präsentiert und begründet. Vergleicht man das mit den Verkleidungskünsten der Space-Shuttle-Propaganda 1973, dann erkennt man, welche politischen Fortschritte die Reaktion gemacht hat.

Quellenhinweis: Arthur Levine, The future of the US-space-program, 1975; Nature, 19.5.1972 – (ger, her)

Bemannte Raumfahrt ist besonders teuer

Teuer ist die bemannte Raumfahrt zuallererst für die Mannschaft, die allein aus Gründen der Propaganda auf ein Pulverfaß von 1700 Tonnen hochexplosiven Treibstoffs gesetzt wird und so ihr Leben riskiert. Und teuer für den Steuerzahler war die Entscheidung von 1972, eine wiederverwendbare bemannte Raumfähre auf Raketenbasis – das Space Shuttle – zu bauen. Über 60 Mrd. \$ verschlang die NASA von 1972 bis 1985.

Bei einer Mehrstufenrakete, deren abgestoßenen Teile am Ende in der Atmosphäre verglühen, ist die erste Stufe, in der Nutzlast verstaut ist, relativ leicht. Um die Rückkehr zur Erde zu überstehen, muß die Raumfähre ziemlich festgebaut sein, muß sie für den Gleitflug Flügel haben, Leitwerk, Fahrgestell usw. Dazu kommen noch die Druckkabine, die Einrichtungen für die Mannschaft, Sicherheitsschotts etc. Das Gewicht der Shuttle, etwa 80 t, geht bei gleicher Antriebsleistung von der Nutzlast ab. So kommt es, daß die Nutzlast des Shuttles selbst für erdnahe Umlaufbahnen nur 15 t beträgt, bei einem Startgewicht von rd. 2000 t. Die Saturn 5-Rakete für das Apollo-Programm hatte bei 2900 t Startgewicht eine Nutzlast von 120 t.

Niemals zuvor waren Feststoffraketen oder Wasserstoff für die Starttriebwerke eines bemannten Flugkörpers verwendet worden wegen der Unkontrollierbarkeit und Gefährlichkeit. Dazu kommt, daß die NASA ständig die Wandstärke der Feststoffraketen reduziert hat, um Gewicht zu sparen und die Nutzlast auf die ursprünglich versprochenen

30 t hochzudrücken.

Das Militär hat eine eigene Palette von Raketen 80% der militärischen Satelliten soll das Shuttle in die Umlaufbahn bringen. Die restlichen 20%, darunter die wichtigsten Spionagesatelliten, sollen mit den verlässlicheren Titan-Raketen hochgeschickt werden. Die Luftwaffe hat über 70 Raketen, die Spionagesatelliten von ein bis zwei Tonnen in erdnahe Umlaufbahnen bringen können, und zwölf Raketen, die ebenso schwere Nachrichtensatelliten in geostationäre Umlaufbahnen bringen können oder drei bis vier Tonnen Last in niedrige Umlaufbahnen. Letzten Februar hat Präsident Reagan den Auftrag für zehn Titan-34-D-7-Raketen autorisiert, mit dem das Militär seine schwersten Spionage-Satelliten und SDI-Geräte von 5 t hochschießen kann.

Die Konkurrenz wittert Chancen

Blühende Geschäfte für die Ariane werden angekündigt. "Business week" sieht billigere Anbieter: Die Sowjetunion und China. Womit angedeutet wird, daß die Ariane ein alter Hut ist, den man von der Stange kaufen kann. In der Tat, in den USA bietet die Firma Transbase Carriers Satellitenlifts mit Delta-Raketen an, von denen sie 17 bei McDonnell Douglas bestellen will. Viel gerühmt wird die Weisheit der europäischen Staaten, sich aus der bemannten Weltraumfahrt rausgehalten zu haben. Das kann wohl nur der Sowjetunion zugebilligt werden. Die Weisheit der westeuropäischen Imperialisten dürfte eher auf Kapitalmangel beruhen.

Quellenhinweis: Business week, 12. und 17.2.86

Südafrika

Umschuldungsverhandlungen im Februar

Über die Umschuldung der Auslandsschulden Südafrikas verhandeln am 20.2.1986 30 Gläubigerbanken in London mit dem Vermittler Südafrikas, Leutwiler, vormals Präsident der Schweizerischen Nationalbank und heute Aufsichtsratsvorsitzender von Brown, Boveri & Co.

Nach der Verhängung des Ausnahmezustandes am 20.7.1985 hatte die Regierung am 27.8. die Einstellung aller Wertpapier- und Devisentransaktionen bekanntgegeben und am 1.9. ein Moratorium, d.h. die einseitige Einstellung aller Rückzahlungen von kurzfristigen Auslandsschulden, die bis zu diesem Termin fällig wurden, insgesamt 14 Mrd. Dollar bei Auslandsschulden von knapp 24 Mrd. Dollar insgesamt. Das Verlangen Südafrikas, für diese Summe einen Aufschub bis 1990 sowie die Umwandlung in mittelfristige Verpflichtungen zu erreichen, lehnten die Gläubigerbanken ab, da die südafrikanische Regierung keine vorzeigbaren Fortschritte bei der Stabilisierung der inneren Lage und der Herstellung der für imperialistische Geschäfte nötigen Sicherheit gegenüber der schwarzen Wider-

standsbewegung vorzuweisen hatte.

Das Verhandlungspaket, mit dem Leutwiler antreten will, umfaßt eine Verlängerung des Moratoriums für rund 10 Mrd. Dollar Auslandsschulden bis 31.3. 1987, eine vierteljährliche Kreditrückzahlung von 5% und eine rückwirkende Aufstockung der Kreditmarke ab August letzten Jahres.

Obwohl die bürgerliche Presse ständig hervorhebt, daß Südafrika bereits zweimal einen Überschub bei der Handelsbilanz erreichte, sind sich alle Beteiligten über die kritische Lage klar. Die Gold- und Devisenreserven Südafrikas, die bis Mitte 1985 auf 2 Mrd. Dollar zusammenschmpften, hätten zwar zusammen mit dem Leistungsbilanzüberschub ausgereicht, um die Zahlungen aus Zins- und Dividendenverpflichtungen zu leisten und einen monatlichen Nettokapitalabfluß von 400 Mio. Rand zu verkraften, nicht mehr jedoch für die Rückzahlungen. Diese Lage ist unausweichliche Folge der kolonialen Wirtschaftsstruktur, die auf dem landwirtschaftlichen Raubbau einerseits und dem mit abnehmender Produktivität betriebenen Bergbau, hauptsächlich Gold, unter höllischen Arbeitsbedingungen für die schwarzen Arbeiter andererseits und insgesamt auf dem Raub des Landes des Volkes von Azania beruht.

In dieser Lage der südafrikanischen Regierung Luft zu verschaffen, bedeutet, es ihr zu überlassen, auch durch das Mittel faschistischer Herrschaft das Vertrauen ihrer Gläubiger wiederherzustellen.

Quellenhinweis: Handelsblatt, 20.1. bis 14.2. 86; Europa Archiv 23/85; Politische Berichte 16/85 - (anl)

Haiti

Das neokoloniale System ist angeschlagen

Duvalier mußte abtreten. Die USA als größter Handelspartner und Gläubiger Haitis stellten das Fluchtflugzeug; Frankreich, Nr. 2 hinter den USA, ehemalige Kolonialmacht und EG-Treuhänder für Haiti, stellte den Fluchttort. Mit der Einsetzung einer Militärjunta soll die neokoloniale Herrschaft aufrechterhalten werden. Die Gefahr einer US-amerikanischen Intervention - wie die Besetzung Haitis zwischen 1915 und 1934 - bleibt bestehen. Dies um so mehr, als sich mit der Militärjunta die Verhältnisse nicht einfach stabilisieren lassen und sich eine dem Imperialismus ergebene, einflußreiche bürgerliche Opposition derzeit noch nicht anbietet.

Die Imperialisten haben brutalste neokoloniale Verhältnisse auf Haiti geschaffen. Das Jahresdurchschnittseinkommen liegt bei ca. 250 US\$! Die

Hälfte der Bevölkerung ist arbeitslos oder arbeitet saisonal. Der Lohn für acht- bis vierzehnstündige Arbeit am Tag liegt bei 1,5 US\$ und nicht selten drunter. Hohe Kindersterblichkeit, katastrophale Wohnverhältnisse, Unterernährung und eine nur 40-jährige Lebenserwartung sind charakteristisch für die 90% Analphabeten von ca. sechs Millionen Haitianern (eine weitere Million flüchtete ins Ausland; Zehntausende arbeiten in der Dominikanische Republik).

Beherrscht wird das Land vom imperialistischen Finanzkapital, allen voran das US-amerikanische. Diese bewirtschaften riesige Plantagen für den Export. In den größten Betrieben des Landes schufteten 60000 Arbeiter für die Weiterverarbeitung von importierten Halbfabrikaten. Haiti nannte sich der Welt größter Baseballproduzent. Die Imperialisten hatten für Hunderte von Millionen US\$ lohnintensive Produktionsbereiche nach Haiti ausgelagert. Die Rohstoffe des Landes beuten die Imperialisten in eigener Regie aus: Bauxit die USA, Braunkohle die BRD, Kupfererz Frankreich und die USA usw. Auf haitischer Seite profitierten von der imperialistischen Ausbeutung die Sippe Duvalier (das im Ausland angelegte Vermögen soll 200 Mio. US\$ betragen) und einige Zehntausend im Verwaltungs- und Unterdrückungsapparat.

Anfang der 80er Jahre reorganisieren sich 48 Gewerkschaften illegal und gründen einen neuen Dachverband. Jahr für Jahr steigt die Streikfähigkeit trotz Verbote, Folter und trotz der Androhung der Todesstrafe für jeden als Kommunist verdächtigen Menschen. Die Kommunistische Partei (PUCH) und andere linke Organisationen organisieren in den ländlichen Gebieten eine Guerilla. Linke und sozialdemokratische Kräfte gründen eine gemeinsame Massenorganisation. Unter dem Druck zunehmender Massenaktionen wenden sich die Kirchen von Duvalier ab. Am 17.01.86 wird ein Generalstreik organisiert. Kleine Geschäftsleute unterstützen diese Aktion und schließen ihre Geschäfte. Bis zu 90% der Schüler und Studenten boykottieren den Unterricht. Insbesondere die Jugendlichen aus den Slums der Städte beteiligen sich an den Auseinandersetzungen mit der Staatsgewalt. Die private Söldnertruppe und die Armee ist schon fast in Auflösung begriffen und Teile bereits entwaffnet. Der für Mitte Februar angekündigte mehrtägige Generalstreik besiegelt das Ende Duvaliers. Auf einer Massendemonstration von 50000 Menschen am letzten Wochenende werden der Rücktritt der Junta und soziale Maßnahmen gefordert.

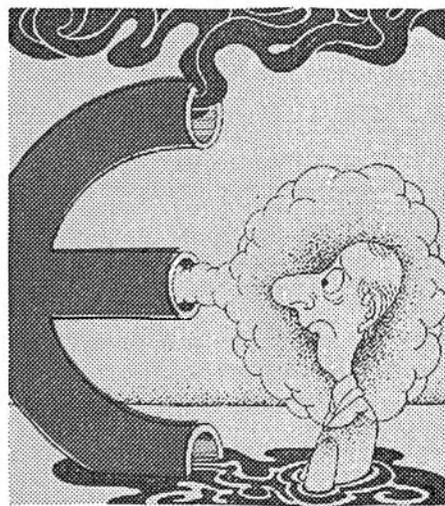
Quellenhinweis: Neues Deutschland, NZZ, Le Monde, versch. Ausg. - (sie)

Dänemark

Ablehnung des "EG-Pakets" entfaltet sich

Unter großem Zeitdruck mußte das dänische Parlament über das sogenannte "EG-Paket" (EG-Strukturmaßnahmen: Änderung der Römischen Verträge) abstimmen. Die Regierungschefs hatten auf dem Luxemburger EG-Gipfel im Dezember festgelegt, bis zum 27.1. müsse das dänische Parlament darüber abgestimmt haben. Ebenfalls nur einen Monat beträgt die Frist für die Volksabstimmung. Dies soll noch einmal betonen, in welcher Kürze sich die Dänen ein Bild zu diesem "EG-Paket" bilden sollen.

Von bürgerlicher Seite wird ein Ver-



"Die EG schadet Europas Umwelt". Karikatur aus "Politiken" vom 8.2.

wirrspiel betrieben. Zum einen zerrt Schlüter in dieser Situation als Erpressung Geheimpapiere ans Licht, in denen steht, daß Dänemark in eine tiefe Krise geraten würde, falls es aus der EG austräte. Auch eine Verstimmung der anderen Länder bei einer Ablehnung des EG-Pakets könne Nachteile für die dänische Wirtschaft bringen. Gewisse Vorrechte, die Dänemark bisher genieße, seien in Gefahr. Zum anderen wird behauptet, Dänemark könne im Bereich der Arbeits- und Umweltschutzpolitik einfach weiter seine eigene Politik machen. Dieser Bereich, der in der Ablehnung des "EG-Pakets" die wohl größte Rolle spielt, soll nun durch folgenden Zusatz als "Zugeständnis" gewürdigt werden: "Schutzmaßnahmen, die in der Gemeinschaft ... angenommen werden, verhindern nicht, daß die einzelnen Mitgliedsstaaten strengere Schutzvorkehrungen aufrechterhalten oder einführen, die mit diesem Vertrag vereinbar sind."

Zu diesem Punkt heißt es in einer Broschüre der "Volksbewegung gegen die EG": "Beachte den letzten Satz: 'die mit diesem Vertrag vereinbar

sind'. Das macht in Wirklichkeit den ganzen Zusatz wertlos. Weil es der Gerichtshof ist, der bestimmt, was mit dem Vertrag vereinbar ist. Im übrigen gilt die Bestimmung nur für Sachen, die nichts mit dem inneren Markt zu tun haben."

Erfreulich ist, daß die Sozialdemokraten das "EG-Paket" ablehnen und dazu auch in der Praxis beitragen. Führende Sozialdemokraten liefern in der Presse besonders im Bereich des Arbeits- und Umweltschutzes gute Argumente dagegen. Die Regelungen, um die es heute schon konkret geht: Dänemark hat schärfere Bestimmungen für Lärmschutz, für Umgang mit Asbest, für den Gebrauch von organischen Lösungsmitteln. Es besteht Deklarierungszwang bei der Einführung chemischer Produkte.

Die Kritik an den anderen Punkten des "EG-Pakets" ist wenig entwickelt. In Fragen der Außenpolitik wird z.B. von der DKP nur kritisiert, daß dadurch die Zusammenarbeit mit den nordischen Ländern gestört würde. Am Punkt der gemeinsamen Forschung kritisiert die "Volksbewegung gegen die EG", daß diese zumeist nur den großen Betrieben zugute käme, und davon habe Dänemark wenige.

Der LO-Gewerkschaftsdachverband hat es abgelehnt, eine Stellungnahme für oder gegen das "EG-Paket" zu empfehlen. Das will er den einzelnen Gewerkschaften überlassen. 14 Einzelgewerkschaften hatten sich bis zum 12.2. bereits zu einem klaren Nein entschlossen. Sie vertreten mehr als die Hälfte aller Gewerkschaftsmitglieder. Wieder sind es die Gewerkschaften der Nicht-Facharbeiter – der SiD und die Frauengewerkschaft –, die am radikalsten sind und mit finanziellen Mitteln die Ablehnungskampagne unterstützen. Quellenhinweis: Politiken; "Vejen mod Unionen. En gennemgang af Den europæiske Fælles Akt", Folkebevægelsen mod EF, Februar 1986; Land og Folk, 24.1.1986. – (wiw)

Philippinen

Wahlen: Zusammenschluß der besitzenden Klassen?

Noch liegen die Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen nicht vor, aber in jedem Fall werden sie gefälscht sein. Noch hat das philippinische Scheinparlament weder Diktator Marcos noch Frau Aquino zum Wahlsieger erklärt, aber US-Präsident Reagan hat schon den Ausweg aus dem Widerspruch zwischen der Marcos-Clique und der um Frau Aquino gescharten, um den Wahlsieg womöglich betrogenen Opposition vorgezeichnet: Er sprach von einem Zwei-Parteien-System, das sich herausgebildet habe, und davon, daß die Lager zusammen-

arbeiten müßten. Marcos nur für eine Übergangszeit Präsident? Daß die Philippinen de facto eine US-Kolonie sind, hat die Wahlfarce erneut belegt: Die USA hatten zu den Wahlen gedrängt, um Marcos zumindest für eine Übergangszeit eine Legitimation zu schaffen, gleichzeitig die Marcos-Nachfolge vorzubereiten und die besitzenden Klassen der Philippinen wieder gegen die besitzlosen Klassen und ihre Organisationen zusammenzuschließen. Rechtzeitig vor den Wahlen schlossen Weltbank und IWF die Verhandlungen über Umschuldung und Sanierung der philippinischen Wirtschaft ab und genehmigten Marcos ein Haushaltsdefizit, doppelt so hoch wie beantragt. Auslandsgelder konnten wieder fließen, und Marcos hatte für den Kauf von Wählerstimmen ca. 500 Mio. \$ zur Verfügung. Gleichzeitig drängte neben der katholischen Kirche und dem reaktionären Laienorden OPUS DEI die US-Botschaft auf den Philippinen – von der Opposition nie dementiert – Frau Aquino zur Kandidatur. US-Presse und Senatoren überwachten die Wahlen; und die Organisation NAMFREL, die die Bürger-

kontrolle über die Wahlen gewährleisten sollte, ist sowieso eine CIA-Gründung. Verrechnet hatte sich die US-Regierung allenfalls in der Breite der Ablehnung der Marcos-Diktatur und der jetzt entstandenen Patt-Situation. Marcos vertrat das Lager der Kompradoren und der Großgrundbesitzer nebst der gesamten Klientel, die vom Marcos-Regime profitiert. Frau Aquino, deren Familie selbst Großgrundbesitzer hat, stand für die Interessen der nationalen Bourgeoisie, deren Geschäfte durch die Ausplünderung des Landes bedroht sind, und die Interessen der Mittelklassen in der Städten. Die KP und die NDF hatten zum Wahlboykott aufgerufen, weil die Wahl an der US-Marcos-Diktatur nichts ändere und weil Frau Aquino in den letzten Monaten wesentliche Positionen der Anti-Marcos-Bewegung – Räumung der US-Basen, Bodenreform, Zusammenarbeit mit der KP und der Guerilla – aufgab.

Quellenhinweis: Liberation, Zeitschrift der NDF v. 31.1.86; Ang Bayan, Organ der KP der Philippinen, 10/85; Time, 16.12.85; SZ, div. Ausgaben – (wom)

Zimbabwe

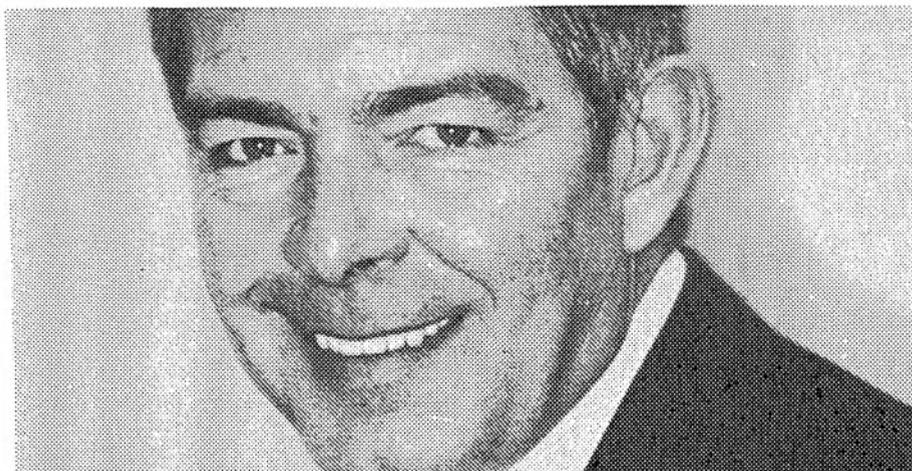
Am 1. Januar begann der erste Fünf-Jahres-Entwicklungsplan

Zimbabwes Ministerpräsident Mugabe hat in seiner jüngsten Neujahrsansprache, in Ansprachen auf der Commonwealth-Konferenz und auf der Konferenz der Frontstaaten angekündigt, daß Zimbabwe sein vorsichtiges Verhalten zu Sanktionen und Boykottmaßnahmen gegen Südafrika ändern werde. Zimbabwe hatte sich – wie die anderen Frontstaaten – bei Abstimmungen in der UN enthalten bzw. nicht an ihnen teilgenommen, weil die

aus der kolonialen Geschichte stammende Abhängigkeit Zimbabwes von Südafrika groß ist. Nahezu alle Export- und Importgüter muß Zimbabwe durch Südafrika transportieren. Daß die Regierung Zimbabwes jetzt ihre Position ändert, hängt nicht nur mit dem Aufschwung des Befreiungskampfes in Azania zusammen, sondern vor allem mit einer erfreulichen Stabilisierung der wirtschaftlichen Lage in Zimbabwe. Der Finanzmini-



Mpduzi – eines der ersten neuen Dörfer, das nach dem Umsiedlungsprogramm für arme schwarze Bauern entstanden ist.



Das obige Glanzfoto widmete die österreichische Zeitschrift "Profil" dem neuen Generaldirektor der verstaatlichten VOEST AG. Gleich drei Westdeutsche wurden neu in den Vorstand berufen. Lewinsky war seit 1969 im Vorstand, seit 1978 Generaldirektor der Deutschen Mobil AG, Hamburg. Er erhält ein Grundgehalt von 3 Mio. Schilling pro Jahr (ca. 420.000 DM), hinzu kommt ein "erfolgsabhängiger Gehaltsbestandteil" von ca. 30 % und diverse Aufsichtsratsvergütungen. Die beiden anderen neuen westdeutschen Manager sind: L. Bogdandy von den Klöckner-Werken als Hüttenchef und E. Volkmar von der Maschinenfabrik Krantz als Finaldirektor. — (rua)

PLO fordert Korrektur der UN-Resolution 242

Nach fünftägigen "Gesprächen der letzten Chance" zwischen Arafat und König Hussein von Jordanien ist die gemeinsame palästinensisch-jordanische Friedensinitiative Anfang Februar gescheitert. Jordanien hatte die PLO zur Annahme der UNO-Resolutionen 242 und 338 aus dem Jahre 1967 als "Eintrittspreis" für eine internationale Konferenz drängen wollen. Sie beinhalten die Anerkennung Israels, fordern die Räumung "besetzter arabischer Gebiete" und die Lösung des "Flüchtlingsproblems". F. Kaddumi, Leiter der Politischen Abteilung der PLO, hat die USA aufgefordert, für eine Korrektur dieser strittigen Reso-

lutionen zu sorgen und das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes aufzunehmen. — (bar)

Zinn: Imperialisten haben Preis um über 30 % gedrückt

Die Londoner Metallbörse kündigte an, den Zinnhandel Mitte März wieder aufzunehmen. Seit Oktober 1985 sank der Zinnpreis von über 8000 Pfund Sterling auf durchschnittlich 5400 pro Tonne. Die imperialistischen Verbraucher leben "von der Hand in den Mund" und quetschen buchstäblich den letzten Pfennig aus dem Markt. In den Produzentenländern hören die Pleiten nicht auf. In Indonesien übernahm jüngst die Preussag AG eine weitere Zinnmine. Bolivien kündigt Massenentlassungen an. — (sie)

Indien: Preiserhöhungen zurückgenommen

Die indische Bundesregierung unter R. Gandhi mußte vergangene Woche drastische Preiserhöhungen für Erdölprodukte und Flüssiggas wieder um bis zu 40 % zurücknehmen. Preiserhöhungen bei Grundnahrungsmitteln wie Weizen und Reis wurden vorerst von der Regierung nicht zurückgenommen.

Um laufende Kredite zu tilgen und das ehrgeizige Modernisierungsprogramm der Regierung zu sichern, hat Finanzminister Vishwanath Pratab Singh kurz vor Verkündung des Bundeshaushaltes 1986/87 am 20. Februar die Preiserhöhungen verfügt. Dem Staatshaushalt hätten so rund 800 Mio. Rupien (ca. 175 Mio. DM) zur Verfügung gestanden.

Die Opposition und Teile der regierenden Kongreßpartei reagierten mit heftigen Protesten. Fünf Parteipräsidenten aus anderen Bundesstaaten und der Ministerpräsident des volkreichsten Unionsstaates Uttar Pradesh waren nach Neu-Delhi gereist und hatten öffentlich gegen die verfügten Preiserhöhungen Stellung bezogen. Die Kongreßpartei steht wegen schwerer Wahlverluste bei Nachwahlen (vor allem in der Industriestadt Bombay) unter starkem Druck.

Die Opposition kündigte Proteste an, da die Rücknahme nicht ausreichend sei (vor allem bei Reis und Weizen). Die elf größeren indischen Oppositionsparteien wollen zu einem landesweiten Generalstreik gegen die Preiserhöhungen aufrufen. Der Generalsekretär der Janata-(Volks-)Partei erklärte, der Generalstreik werde noch in diesem Monat vor Verabschiedung des Haushaltes stattfinden. — (cog)

ster Chidzero erklärte:

"Unsere hohe Abhängigkeit vom Handel, sowohl mit Südafrika als auch mit der übrigen Welt, macht deutlich, daß Zimbabwes Wirtschaft empfindlich ist für Entwicklungen auf diesen Märkten und verletzlich durch alle Aktionen, die die Handelsbeziehungen unterbrechen. Aber das bedeutet nicht, daß die Wirtschaft zusammenbrechen würde."

Wesentliche Bedingung für diesen Umstand ist, daß im Verlauf der letzten fünf Jahre vor allem auf dem Land, in den Regionen der schwarzen Bauern, beträchtliche Fortschritte erreicht wurden. Die von den weißen Siedlern in unfruchtbare Regionen gezwängten Bauern haben nach der Befreiung mit der Errichtung eines Straßennetzes, dem Brunnenbau, dem Bau von Schulen, Gesundheitseinrichtungen und der Errichtung landwirtschaftlicher Kooperativen schnelle Fortschritte gemacht. Inzwischen

produzieren die Bauern dieser Regionen nicht nur für ihren eigenen Unterhalt, sondern sie haben im letzten Jahr einen Überschuß von 60000 Tonnen Getreide, vor allem Mais, an staatliche Aufkaufgesellschaften verkauft. Sie produzierten damit bereits knapp die Hälfte des Getreides, das für den Verkauf in den Städten und für den Export zur Verfügung steht. Dieser Produktionserfolg kam nur zum Teil durch eine gute Regenzeit zustande. Bereits im Jahr 1984, einem Jahr mit extremer Trockenheit, in dem die weißen Großfarmer erhebliche Produktionseinbußen hatten, konnten die kleinen Bauern ihre Produktion steigern und ca. 30000 Tonnen an den Staat verkaufen. Und das heißt, die schwarzen Bauern von Zimbabwe sind auf dem Weg, sich aus eigener Kraft ernähren zu können, das Land ist nicht auf die Produktion der weißen Großfarmer angewiesen, die im wesentlichen für den Export pro-

duzieren.

Damit hat Zimbabwe ein bedeutendes Ziel, das Bestandteil des ersten Entwicklungsplans war, erreicht. Mit dem 1983 veröffentlichten Plan wollte die ZANU vor allem die Beseitigung der Zerstörungen aus dem jahrelangen Bürgerkrieg erreichen und Bedingungen für eine gerechte und gleiche Entwicklung der ländlichen Regionen zu schaffen, unter anderem die Produktivkraft der Bauern in den ehemaligen "Stammesgebieten" zu erhöhen.

Zu Beginn dieses Jahres ist der erste Fünf-Jahres-Entwicklungsplan in Kraft getreten. Ministerpräsident Mugabe beschrieb die Absichten, die die ZANU mit diesem Plan verfolgt, in seiner Neujahrsansprache:

"Der Fünf-Jahres-Nationale Entwicklungsplan zielt darauf ab, Fortschritte im Aufbau der Wirtschaft auf einer Langzeit-Basis zu erreichen, entlang eines sozialistischen Weges. Nur durch einen gut gearbeiteten, um-

Portugal: Soares gewinnt die Stichwahl

Die Stichwahl um die Präsidentschaft in Portugal am 16.2. gewann der Führer der Sozialistischen Partei, Mario Soares. (Das genaue Ergebnis lag noch nicht vor.) Soares, der im ersten Wahlgang mit 25,5% deutlich hinter dem Kandidaten der Rechten, dem Christdemokraten Freitas do Amaral mit 46,6% lag, verdankt seinen Sieg der Unterstützung durch die Kommunistische Partei, die 18% der Wähler stellt. "Eine Wahl zwischen Pest und Cholera" nannte der Vorsitzende Cunhal diese Entscheidung. – (sie)

US-Reaktionäre pöppeln Savimbi

Wie ein Staatsbesuch wurde Jonas Savimbi, Führer der angolanischen Guerillaorganisation Unita, am 29.1. von Außenminister Shultz empfangen. Am gleichen Tag Audienz bei Kriegsminister Weinberger und dem Vorsitzenden der Stabschefs, Admiral Crowe. Weinberger habe Savimbi gesagt, er hoffe, daß der Kongreß "angemessene Unterstützung" geben werde. Am nächsten Tag Empfang bei Präsident Reagan, der Savimbi als "Freiheitskämpfer" bezeichnet und 15 Millionen Dollar Hilfe für Unita angelündigt hat. Es folgen Pressekonferenzen und Einladungen, u.a. bei der Amerikanisch-Kubanischen Nationalstiftung, dem Amerikanischen Unternehmerinstitut, bei der "Heritage-Foundation", einem der Hauptpropagandisten von SDI. Kurzum, Savimbi ist bei allen Erzreaktionären zu Gast. Leider gehört zu seinen Gastgebern auch der AFL/CIO. "Antikommunist" ist das Zauberwort, das alle Türen öffnet. Nicht berichtet wird über die Protestdemonstrationen gegen Savimbi. Gegen den Besuch haben außerdem der

Congressional Black Caucus protestiert, ein Zusammenschluß schwarzer Kongreßabgeordneter, und 500 Afrikaspezialisten von Universitäten in 38 Bundesstaaten haben eine Petition unterschrieben. – (her)

US-Haushalt 1987: Wunschliste der Reaktion

Der von Präsident Reagan am 5.2. vorgelegte Haushalt für 1987 sieht Ausgaben von 994 Mrd. US\$ vor, 1,4% mehr als im Vorjahr. Um 6,2% soll der Militärhaushalt steigen, das wären dann etwa 28% vom Gesamthaushalt oder 282 Mrd. Dollar. Als Reagan sein

Amt 1981 antrat, war der Anteil der Militärausgaben 23,2%. Für 1991 sind 32,6% geplant. Die Sozialversicherung zu kürzen, in die die Versicherten einzahlen, wagt sich Reagan noch nicht. Eine Ausgabensteigerung von 6,1% ist vorgesehen. Da Militär und Sozialversicherung knapp 50% des Haushalt ausmachen, bleiben für die andere Hälfte nur Kürzungen übrig. Sollten sich die Wirtschaftsvoraussagen der Regierung nicht bewahrheiten, kann man immer noch das Gesetz zur "Reduzierung des Defizits" für weitere Streichungen im sogenannten sozialen Netz anwenden. – (ger)



Rund 10000 Oberschüler haben am 7. Februar in Mailand gegen die Bildungspolitik der italienischen Regierung demonstriert. An einem gleichzeitigen Schulstreik in der oberitalienischen Metropole beteiligten sich – selbst nach Angaben der Schulbehörde – 50% der Schüler. Im Mittelpunkt des Aufrufs standen die Jugendarbeitslosigkeit und der Kampf gegen das Haushaltsgesetz. Letzteres hatte – wegen der darin vorgesehenen drastischen Erhöhungen der Schul- und Prüfungsgebühren – im Herbst die "neue Schülerbewegung" ausgelöst. Inzwischen hat die Regierung in dieser Auseinandersetzung zwei schwere parlamentarische Niederlagen erlitten: Die Opposition setzte im Parlament eine Änderung des Haushaltsgesetzes durch, nach der die vorgesehenen Gebührenerhöhungen durchschnittlich um zwei Drittel reduziert und um ein Jahr verschoben werden. Und der Haushalt der Erziehungsministerin Falucci, die vor kurzem nur knapp einem Mißtrauensantrag wegen ihres klerikalen Erlasses zur Teilnahme am Religionsunterricht entgangen war, wurde in der Kammer abgelehnt. – (ulg)

fassenden Plan können wir unsere Wirtschaft in einer Weise rekonstruieren und re-orientieren, die sie mehr an den Bedürfnissen der Gesellschaft ausrichtet. So zielt der Plan, vorrangig vor den Zielen hoher und stabiler Wachstumsraten und der Entwicklung aller Sektoren und im Interesse unseres Volkes, darauf, die Eigentumsverhältnisse und die Produktionsverhältnisse der bestehenden Wirtschaft zu ändern, eine Strategie, eine nationale und sozialistische Wirtschaft zu schaffen.

Das bedeutet, daß das Verhältnis, in dem die Produktion Zimbabwern und dem Staat gehört, fortschreitend erhöht werden soll, und in der gleichen Zeit, in der wir dabei Fortschritte machen, werden wir ein Produktionssystem aufbauen, mit dem wir uns aus eigener Kraft erhalten können . . ."

Der Gesamtplan wird nicht schnell veröffentlicht werden, denn er besteht aus einer Vielzahl regionaler

Pläne, die von Dorf- und Distriktkomitees erarbeitet worden sind, und einem zentralen Teil, der vor allem die auswärtigen Wirtschaftsbeziehungen, und die Eigentumsverhältnisse in der Bergbau- und verarbeitenden Industrie betrifft.

Richtung des Plans ist, die Abhängigkeit Zimbabwes vom Weltmarkt zu beseitigen. Er enthält Vorhaben, kleine ländliche Industrien aufzubauen, und ein Elektrifizierungsprogramm für 55 Agrardistrikte, in denen regionale Wasser- oder Windkraftwerke gebaut werden sollen.

Ein Schwerpunkt ist die Fortführung des Umsiedlungsprogramms, daß die durch koloniale Zwangsumsiedlungen überfüllten früheren "Stammesgebiete" entlasten, den Landmangel der schwarzen Bauern mildern und den Einfluß der kapitalistischen weißen Farmer zurückdrängen soll. Bisher sind 60000 Familien umgesiedelt, das ist nur ein Teil der insgesamt 150000

Familien, die auf Land, das ehemals weißen Farmern gehörte, angesiedelt wurden. Etwa die Hälfte der Familien sind in den letzten beiden Jahren umgesiedelt worden, nachdem die Regierung dazu übergegangen ist, weißen Farmern Land, das sie brach liegen ließen, zwangsweise abzukaufen. Ebenfalls solle Landarbeiter, die auf weißen Großfarmen arbeiten und siedeln, in das Umsiedlungsprogramm einbezogen werden.

Informationsminister Shamuvarira charakterisierte die Absichten der ZANU: "In den fünf Jahren der Unabhängigkeit haben wir die politische Macht konsolidiert. Die nächsten zehn Jahre werden davon bestimmt sein, die ökonomische Macht zu erringen." Quellenhinweis: Herold v. 1.1.86; Financial Gazette v. 29.11.85; African Business, November 1985; Chr. Reichert, Das neue Zimbabwe, Gesellschaft im Übergang, Bonn 1984 – (uld)

* Veröffentlichungen *

Wie die Bildungspolitik der Reaktion bekämpfen?

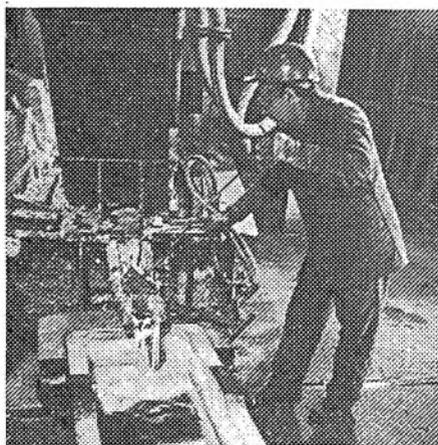
Die der GEW nahestehende Max-Traeger-Stiftung hat ein Gutachten zur Bilanz der Bildungsreform und über Folgerungen für die künftige Bildungspolitik in Auftrag gegeben, welches jetzt vorliegt. Die Autoren glauben, daß die Bildungsreform lediglich "steckengeblieben" sei und fühlen sich deren Zielen weiterhin verpflichtet. Leider haben sie die berufliche Ausbildung in ihre Untersuchung nicht mit einbezogen. So können sie nicht umfassend darstellen, wie die Ausbildung einfacher Arbeitskraft seit Beginn der Bildungsreform verbilligt und verschlechtert wurde. Die Gutachter weisen aber irmerhin nach, daß die Einführung der Gesamtschule als vierte Regelschule die Auslese weiter verschärft habe und durch Konkurrenz und Mittelentzug die Ausstattung und Ausbildung an Hauptschulen weiter verschlechtert habe.

Als von der Reaktion angestrebtes Bildungsziel kritisieren die Autoren folgende Entwicklung: verstärkte Elitusbildung im dreigliedrigen Schulsystem, Verschlechterung der Qualifikation der unteren Ausbildungsgänge, mehr Arbeitsteilung. Schließlich sehen die Gutachter die Gefahr, daß durch Einsatz von Computern, Bildschirmtext usw. versucht werden könnte, Bildung völlig zu privatisieren. Das Ergebnis wäre ein "freier Bildungsmarkt" ohne jegliche Ausbildung für die einfache Arbeitskraft und mit allen Möglichkeiten zur Elitebildung. Gegen solche Absichten ist die Forderung nach Fortsetzung der Bildungsreform hilflos. (Bildung für das Jahr 2000, Max-Traeger-Stiftung, rororo, 189 S., 8,80 DM — clm)

Berufskrebs und Rauchen

Dr. A. Manz arbeitet seit über 30 Jahren als Betriebsarzt bei den Hamburger Gaswerken (HGW). Mit den ungünstigen Arbeitsbedingungen, den hohen Leistungsanforderungen und den Besonderheiten gesundheitlicher Schicksale bei Ofenblockarbeitern hat er sich seither beschäftigt. Die Häufigkeit von bösartigen Geschwülsten (insbesondere der Atemwege und des Harntraktes) bei diesen Arbeitern hat er auf die Arbeitsbedingungen zurückgeführt und diesen Zusammenhang mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit bewiesen, wie dies methodologisch mit den heute bekannten Verfahren statistischer und epidemiologischer Beweisführung nicht besser belegt werden kann. Zurückreichend bis 1900 wurden von allen Betriebsangehörigen das Sterbealter und die Todesursache erhoben und

nach Gruppen geordnet: Arbeiter, die mindestens ein Jahr am Ofenblock gearbeitet haben; andere gewerblich tätige oder tätig gewesene Beschäftigte der HGW; Angestellte im Büro, die während ihres gesamten Arbeitslebens hauptsächlich im Büro- und Verwaltungsdienst beschäftigt waren. Die Untersuchung (1983) bewies jedenfalls, daß 25jährige Ofenblockarbeiter eine um 3,4 Jahre geringere Lebenserwartung haben als Büroangestellte und eine um 2,1 Jahre geringere als die sonstigen Arbeiter; daß die Ofenblockarbeiter viel häufiger an Krebs erkranken und daran sterben. Im Verhältnis zu den "sonstigen Arbeitern" hätten 89,4 Krebstodesfälle erwartet werden müssen (SMR = standardisierte Sterberate), tatsächlich



Berufliche Gefährdung durch Teerstoffe gibt es bei den Kokereien, heute vor allem in der Stahlindustrie, beim Straßenbau und in etlichen Zweigen der chemischen Industrie.

sind aber 177 Ofenblockarbeiter daran gestorben. Von den Bürobeschäftigten hätten — gemessen nach der Todesrate bei den "sonstigen Arbeitern" — 83,6 Krebstodesfälle erwartet werden müssen, aber nur 43 sind daran gestorben. Bei den Atemwegskarzinomen ist der Unterschied noch deutlicher: Bezogen auf die "sonstigen Arbeiter" stehen bei den Ofenblockarbeitern 19,29 zu erwartenden 68 eingetretene Todesfälle gegenüber, während bei den Büroangestellten von den zu erwartenden 18,61 Todesfällen nur 9 eintraten.

Um den Kritikern, die alles aufs Rauchen schieben wollen, Genüge zu tun, hat Dr. Manz in diesem Jahr eine Fortführung seiner Forschung vorgelegt unter Einbeziehung der Rauchgewohnheiten. "Insgesamt zeigen die Ergebnisse, daß sich die Variable 'Arbeitsplatz' wesentlich deutlicher auf die Krebshäufigkeit auswirkt als das Tabakrauchen". So faßt der Autor die statistischen Ergebnisse zusammen.

Die Ofenblockarbeiter rauchten am meisten und waren auch die stärksten

Raucher. Aber "das mit dem Arbeitsplatz verbundene Krebsrisiko (ist) bereits so groß, daß es durch Tabakrauchen nicht bzw. nur noch unmaßgeblich vergrößert werden kann. Es mündet außerdem in ein 'Sättigungsniveau' der Krebshäufigkeit. Dieses Niveau ist durch zusätzliche Exposition nicht noch weiter zu steigern, es wird aber auch offenbar durch (Zigaretten-)Rauchen allein in dieser Höhe nicht erreicht." Bereits nach sechs Monaten steigt das Krebsrisiko enorm, bei älteren Arbeitern schneller als bei jüngeren und nach zwei Jahren Arbeit am Ofenblock ist das Ausmaß des Krebsrisikos erreicht, welches durch weitere Belastung nicht erhöht werden kann.

Der Autor hebt hervor, daß allgemein Raucher mit größerer Wahrscheinlichkeit an Atemwegskarzinom sterben als Nichtraucher, aber nur bei der Gruppe der "sonstigen Arbeiter", bei welchen eine berufliche Belastung mit krebserregenden Stoffen nicht ausgeschlossen werden kann, ist dieser Unterschied statistisch signifikant. Aber selbst bei dieser Gruppe erweisen sich die vom Arbeitsplatz ausgehenden Einflüsse und nicht das Rauchen als maßgeblich für die Krebshäufigkeit. "Dieses ist gleichzeitig das wesentliche Ergebnis der vorliegenden Untersuchung", weil die selbst mäßige Exposition gegenüber krebserzeugenden Stoffen — neben chemischen und physikalischen Schädlichkeiten sind auch andere beruflich bedingte Faktoren wahrscheinlich — auch bei mäßigen Rauchern sich erheblich schädlicher auswirkt.

"Der Einfluß dieses Faktors (des Rauchens, d.V.) auf die Krebshäufigkeit wird nach den hier vorliegenden Beobachtungen im Schrifttum vermutlich oft überschätzt. Eine solche Überbewertung verhindert die Erkennung gleichrangiger oder sogar noch höher zu bewertender Faktoren." (Prof. Dr. med. habil. A. Manz, Rauchgewohnheiten und Berufskrebs, 1986 — sul)

"Die SPD in der Opposition" — Politik und Perspektive

Das gleichnamige Taschenbuch von Kurt Schacht, 1985 im Verlag Marxistische Blätter erschienen, behandelt drei Jahre SPD-Oppositionspolitik in Bonn. Es ist gerichtet an diejenigen, die nach Ende der Schmidt-Regierung vor der Notwendigkeit standen, eine Strategie gegen die "Wende-Regierung" und für die "Einleitung eines Weges zu demokratischem und sozialem Fortschritt" zu entwickeln. Der Verfasser hat dabei die Vorstellung von einem Bündnis von Sozialdemokraten, Kommunisten, Grünen, fortschrittlichen Liberalen gegen die christlich-liberale Bundesregierung. Die sozialdemokratische Politik und ihre Perspektive überprüft Schacht an folgenden Punkten:

Sicherheitspolitik und Verhältnis zur Friedensbewegung; Wirtschafts- und Sozialpolitik; demokratische Rechte und Freiheiten; die organisatorische Situation der SPD; Antirechtskoalition oder große Koalition?; Aktions-einheit von Sozialdemokraten und Kommunisten; Neues Grundsatzprogramm der SPD.

Eingangs wird die Schmidt-Regierung, als nicht gegen das Monopolkapital und für die arbeitende Bevölkerung tätig, gewürdigt. Kurt Schacht sieht in der Haltung der SPD zur "Aufrüstung und Friedensbewegung", zur "35-Stunden-Woche-Kampagne", zur "Umweltpolitik" zum Teil positive Ansätze des Bündnispolitik. Als "fragwürdig" und als "nicht positiv" werden Tendenzen in der SPD ausgemacht, die auf eine Stärkung Westeuropas und der BRD gegenüber der NATO und dem Warschauer Pakt hinauslaufen. Schärfer kritisiert der Verfasser zum Beispiel die Haltung der SPD zur "Nationalen Frage", da diese der DDR ihre Anerkennung nach wie vor verweigern. In der Wirtschaftspolitik wird hervorgehoben, daß die SPD-Position auf eine Konkurrenzstärkung des westdeutschen Kapitals zielt. Obgleich viel nützliches Material zusammengetragen wird, grundsätzlich fehlt die Aufklärung über die Absichten und Tätigkeiten der Reaktion. Der Verfasser ist eher bemüht, auf dem Hintergrund der DKP-Oppositionspolitik die Bündnismöglichkeiten mit Teilen der SPD auszuloten. — (sie)

"Da es nicht für alle reicht, springen die Armen ein!"

Mit diesem Zitat von Ernst Bloch zieht der Bundesverband der Arbeiterwohlfahrt in seiner Broschüre der "Sozialstaat als Zielscheibe — Aussagen von Betroffenen" ein Gesamtfazit der Politik der christlich-liberalen Bundesregierung. Im Herbst 1983 beschloß die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt eine bundesweite Aktion "Für Solidarität und soziale Gerechtigkeit — gegen eine Ellenbogengesellschaft und gegen Sozialabbau". 1984/85 folgten Flugblattaktionen. Die AWO-Broschüre dokumentiert auf jeweils einer Seite eine Regierungs-Maßnahme, auf den jeweils folgenden Seiten kommen die "Betroffenen" zu Wort. Einige tausend Menschen schrieben an die AWO oder protestierten auf ihren Veranstaltungen. Die Kritik an der Politik der Bundesregierung leitet die AWO aus ihren "Grundsätzen" ab: Gegen soziales Unrecht, Vorrang für für kommunale und staatliche Verantwortung für die Erfüllung des Anspruchs auf soziale Hilfen, Erziehung und Bildung usw.; aber sie bleibt vergangener und künftiger SPD-Politik verbunden: "Zugegeben: Jede Regierung mußte und muß sparen." — (sie)

Friedensbewegung '86 und Bundestagswahlen '87

Etwas mehr Kritik am BRD-Imperialismus wäre von Vorteil

Inzwischen gibt es einige Beschlüsse, Resolutionen, Initiativen und Vorschläge, in denen die Kräfte der Friedensbewegung ihr Vorgehen und ihre politischen Forderungen für dieses Jahr manifestiert haben. Alle diese Bestrebungen berühren auch die Frage des Eingreifens in die Bundestagswahlen 1987. Zum einen fand am 1. und 2. Februar eine Aktionskonferenz der Friedensbewegung in Bonn statt, zum anderen ist am 12./13. April in Köln ein Kongreß "Frieden mit der NATO?" geplant (siehe dazu auch Pol. Ber. Nr. 3/86, S. 3). Die Mitglieder der baden-württembergischen GRÜNEN werden auf ihrer Landesversammlung am 8./9. März in Freudenstadt über die Forderung nach dem Austritt der BRD aus der NATO diskutieren. Andreas Zumach, Mitglied der Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, hat einen Vorschlag ausgearbeitet mit drei Kriterien und einem Forderungskatalog für das Eingreifen der Friedensbewegung in die Bundestagswahlen. Zu nennen ist an dieser Stelle auch die Diskussion innerhalb der DKP und der Friedensliste, zu Gunsten der GRÜNEN auf eine eigene Kandidatur zu den Bundestagswahlen zu verzichten bei etwaiger Kandidatur einzelner Mitglieder der Friedensliste auf offenen Listen der GRÜNEN. Zu den verschiedenen Bestrebungen im einzelnen:

— Unter dem Motto "Frieden braucht Bewegung" beschlossen rund 700 Teilnehmer der bundesweiten Aktionskonferenz der Friedensbewegung, nach einjähriger Pause in diesem Herbst wieder eine bundesweite Demonstration durchzuführen. Die

Demonstration soll am 11. Oktober in Hasselbach/Hunsrück stattfinden. Dort werden ab März dieses Jahres die ersten Cruise Missiles stationiert. In dem Aufruf zur Demonstration und Kundgebung heißt es u.a.:

"Wir fordern: 1. keine Beteiligung unseres Landes an Erforschung und Entwicklung von Weltraumwaffen — und Raketenabwehr — hier und überall. Sie schützen niemand und bringen die Atomwaffen nicht aus der Welt.

2. Pershing II und Cruise Missiles müssen alle wieder weg! Der Bundestag muß den Stationierungsbeschluß aufheben!

3. Statt die Bundeswehr weiter mit offensiven Waffen aufzurüsten, muß der Rüstungshaushalt gesenkt werden.

4. Wir fordern, den Einfluß der Militärs auf unser Leben zurückzudrängen, den Militärdienst zu kürzen, die illusionäre Zivilschutzplanung zurückzunehmen und das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nicht länger einzuschränken.

5. Wir fordern, Rüstungsexporte zu beenden und sich der Unterdrückung von Völkern der 'Dritten Welt' entgegenzustellen. Alle chemischen Kampfstoffe sind zu vernichten. Alle Atomwaffentests sollen gestoppt werden."

In Bezug auf die Bundestagswahlen äußern sich die Autoren des Aufrufs wie folgt: "Im Jahr vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag müssen Weichen gestellt werden. Sorgen wir dafür, daß keine Regierung mehr den Willen der Bevölkerung übergehen kann. 1986 muß zum Jahr des Friedens werden." In diesem Aufruf findet sich nicht einmal mehr zwischen den Zei-



Bundesdeutsche Panzergrenadiere. — Nach wie vor ist das bundesdeutsche Heer und seine konventionelle Potenz kaum Gegenstand der Kritik, obwohl es das einzig adäquate Mittel für die imperialistische Kriegspolitik der BRD ist.

len eine wirkliche Kritik an der Bundesrepublik als einem imperialistischen Staat und der Bundesregierung als einem Gremium, in dem imperialistische Politik formuliert, beschlossen und durchgeführt wird. Nirgends ist die Koalitionsregierung unmittelbare Adressatin der Kritik. Beim großen Ratschlag am 16./17.6.85 in Köln war diese Kritik deutlicher. Zudem wurde in einer gesonderten Resolution zum Revanchismus die völkerrechtliche Anerkennung der DDR gefordert (siehe dazu auch Pol. Ber. 13/85, S. 3). Zum Revanchismus und zu den Grenzen findet sich im Demonstrationsaufruf kein Wort. Unseres Wissens sind die Beschlüsse vom vergangenen Sommer aber nicht aufgehoben.

– Auf dem Diskussions-Kongreß "Frieden mit der NATO?" am 12./13. April sollen in elf Arbeitsgruppen (AG) folgende Themen behandelt werden:

AG 1 – Geschichte und Funktion der NATO als Instrument westlicher Globalpolitik

AG 2 – BRD in der NATO: Biedermann oder Brandstifter?

AG 3 – "Europäisierung": Abkoppelung von den USA oder Stärkung der NATO?

AG 4 – BRD/Westeuropa: Das kleinere Übel für die 3. Welt?

AG 5 – Die NATO als innere Ordnungsmacht?

AG 6 – Die NATO – Reaktion auf eine Bedrohung?

AG 7 – Widersprüche innerhalb der NATO: Ansatz für die Friedensbewegung?

AG 8 – Alternativkonzepte zur herrschenden Sicherheitspolitik und die NATO-Frage

AG 9 – Muß die BRD raus aus der NATO?

AG 10 – Militärisch-industrieller Komplex

AG 11 – Widerstandsperspektiven

Die Themen der Arbeitsgruppen sind nützlich, um die Front gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD und der NATO zu stärken. Die gehäufte Formulierung von Themen in Frageform signalisiert, wie wenig verbreitet deren politischer Inhalt in der Friedensbewegung ist. Nicht wenige der Initiatoren erhoffen sich, mit diesem Kongreß Einfluß auf die innerparteiliche Diskussion der GRÜNEN zu diesem Thema zu nehmen. Insbesondere, was die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO angeht. Vertreter der GRÜNEN nehmen als Beobachter an diesem Kongreß teil. In der Tat zeichnen sich innerhalb der GRÜNEN ganz rechte Entwicklungen zu diesem Thema ab. Der bayerische Landesverband der GRÜNEN hat die Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO abgelehnt. In der Diskussion der GRÜNEN im Bundestag am 21. Januar wurde insbesondere von den Koalitionsanhängern gegen die Forderung polemisiert. Stellvertretend sei

Schily zitiert: "Ich bin dagegen, daß wir als paktfreies Land existieren. Innerhalb der NATO gibt es Widerstandsmöglichkeiten." Und weshalb er dagegen ist, hat er auch erwähnt: "Das Szenario, das sich ergeben würde, wenn die BRD tatsächlich aus der NATO austreten würde und dann einseitig als blockfreier Staat dastünde, hat sich wohl niemand richtig ausgemalt." (zitiert nach "taz", 23.1.) Mit Verlaub, das könnte auch der Todenhöfer gesagt haben. Nahrung bekommt diese Linie noch durch die Auseinandersetzung um eine Koalition mit der SPD. Was die NATO anbelangt, hat der "sicherheitspolitische Experte" der SPD, Karsten Voigt, die Linie ausgegeben: "Die Zustimmung der Grünen zur Mitgliedschaft in der NATO (ist) Vorbedingung für jede Regierungs- und Koalitionsmöglichkeit der Grünen auf Bundesebene." (zitiert nach taz, 23.1.)



Kriegsminister Wörner wird sich in seiner Kriegs- und Aufrüstungspolitik wohl kaum vom Grundgesetz in die Schranken weisen lassen, wie Thilo Weichert das zu glauben scheint.

– Auch auf der baden-württembergischen Landesversammlung der GRÜNEN in Freudenstadt am 8./9. März wird es eine Auseinandersetzung um diesen Punkt geben. Mehrere Mitglieder der GRÜNEN, darunter Landes- und Bundesvorstandsmitglieder und ein Mitglied aus dem Bundeshauptausschuß, haben einen Antrag an die Landesmitgliederversammlung formuliert. Darin heißt es einleitend: "GRÜNE Friedenspolitik muß in den Monaten des (Vor-)Wahlkampfes pointiert die eigenen Ziele und Inhalte darstellen und diese klar in Abgrenzung zum Friedensgerede der SPD den Wählerinnen und Wählern nahebringen. GRÜNE und unabhängige Friedenspolitik sollte bis zu den Bundestagswahlen deutlich machen:

1. Die NATO ist nicht reformierbar. Der NATO-Austritt ist daher das einzige realistische Ziel.

2. Substanzielle Abrüstungsschritte

muß jede Bundesregierung unmittelbar nach ihrer Amtsübernahme zur Durchführung bringen, wenn sie uns nicht zum Gegner haben will.

3. Nicht geschicktes Taktieren im Parlament, sondern das Wiederanwachsen des außerparlamentarischen Widerstands ist der einzig wirkungsvolle Weg zum Frieden."

Die Strömung innerhalb der GRÜNEN, die für den Austritt der BRD aus der NATO kämpft, und die Gruppierungen, die sich um die politische Entwicklung der GRÜNEN in diese Richtung bemühen, haben gefährliche Begründungsschwächen. Beispielhaft dazu sei Thilo Weichert, MdL der GRÜNEN in Baden-Württemberg, zitiert: "Wer den Erhalt unserer verfassungsmäßigen Ordnung (Grundrechte, Friedensgebot) will, muß für einen Austritt aus der NATO sein. Der bisherige Konsensus der NATO-Treue bei bundesdeutschen Politikern ist Aus-

druck unbewältigter Vergangenheit. Noch immer am Vorwurf deutschen faschistischen Weltmachtsstrebens leidend, will man sich und der Welt nicht eingestehen, daß die Bundesrepublik schon lange wieder imperialistische Weltmachtspolitik betreibt." Weshalb sollten die politischen Kader der Bourgeoisie, die, wenn überhaupt noch, höchstens unter der Niederlage des "deutschen faschistischen Weltmachtsstrebens" leiden und heute aktiv die imperialistische Politik der betreiben, sich eben diese nicht eingestehen wollen? Aber wie das eben so ist – beim politischen Taktieren kommt eben hin und wieder auch die Logik unter die Räder. Alles in allem käme etwas mehr Kritik der BRD und die offen formulierte Absicht, diese in ihrer imperialistischen Politik schwächen zu wollen, der Bewegung zugute gerade auch im Hinblick auf die Bundestagswahlen. – (thk)

Asylbewerber beenden Hungerstreik

Göttingen. 14 Tage haben sich die Asylbewerber im Lager "Hotel Astoria" im Hungerstreik befunden, in dessen Verlauf zwei Asylbewerber im Krankenhaus behandelt werden mußten, eine Demonstration mit 250 Teilnehmern fand statt und der Stadtrat mußte seine Tagesordnung ändern und über die Lage der Asylbewerber als ersten Tagesordnungspunkt sprechen. Außerdem wurde kurzfristig die Ausländerbehörde von Jugendlichen besetzt. Letzten Samstag fand nun eine Feier der Asylbewerber statt: Sie erreichten einen Kompromiß gegen die Landesregierung, wonach sie die Sozialhilfe in Gutscheinen bekommen, mit denen sie in allen Göttinger Geschäften einkaufen können. Vorher war es ihnen nur möglich, im lagereigenen Laden einzukaufen; was bei ALDI 50 DM kostet, kostet dort 78 DM. Der Kompromiß wurde erreicht, nachdem es im Lager für Asylbewerber in Hannover und anderen Orten zu Sympathiekundgebungen für den Hungerstreik kam. Die neue Regelung muß noch für die anderen Lager in Niedersachsen durchgesetzt werden. Weitere Forderungen: Bargeld und Abschaffung des Arbeitsverbots. — (kek)

FAP-Landesparteitag nur heimlich durchführbar

Lüneburg. Am 8.2.86 wollte die faschistische FAP in Bevensen (Kreis Uelzen) ihren niedersächsischen Landesparteitag durchführen, um die Landtagswahlen vorzubereiten. Provokativ hatte der FAP-"Gauleiter" V. Heidel noch am 4.2. in der örtliche Presse verkündet, daß der Parteitag wie geplant ablaufe. Das mißlang. Etwa 600 Antifaschisten demonstrieren am 8.2. in Bevensen. Aufgerufen hatten u.a. Antifa-Gruppen aus Niedersachsen und Hamburg, VVN Niedersachsen und Hamburg, die Grünen, Volksfront, BWK, DKP, KPD, GIM, SAG, die GEW Kreis Lüneburg und der antifaschistische Arbeitskreis Lüneburg. Auf der Kundgebung forderten alle Redner, daß die FAP gemäß Artikel 139 GG aufgelöst und weder die FAP noch die NPD zu den Landtags- und Kommunalwahlen zugelassen wird. Die Landesregierung wurde wegen ihrer zahlreichen programmatischen Übereinstimmung mit den Faschisten und der darauf beruhenden Duldung und Förderung von Faschisten aller Schattierungen angegriffen. Die FAP verletzte ihren Parteitag kurzfristig und in offensichtlicher Absprache mit der Polizei in die Nähe von Hameln, nachdem die Versuche, die Aktionseinheit zu spalten, gescheitert waren. Dort erfüllte sie die von der Landesregierung geforderten Wahlformalitäten. Die Aufgabe, eine FAP-Kandidatur zu verhindern, bleibt. — (thr)



Köln. Gegen eine für westdeutsche Polizeibeamte organisierte Reise nach Südafrika, die u.a. die Besichtigung von Polizei-Ausbildungslagern vorsieht, richtete sich der Protest in mehreren Städten. Bild: Köln, Demonstranten behinderten die Weiterfahrt des Flughafenzubringerbusses. Die Gruppe junger Polizisten in der Polizeigewerkschaft, Köln, verurteilte diese Reise. — (gba)

Über 500 bei DISK- Solidaritätsveranstaltung

Essen. Über 500 türkische, kurdische und westdeutsche Gewerkschafter nahmen am 15.2. an einer Veranstaltung zum 19. Jahrestag der Gründung des verbotenen türkischen Gewerkschaftsverbandes DISK teil. Die von der Initiative Solidarität mit den Demokraten in der Türkei organisierte Veranstaltung wurde von den Essener Ortsvorständen von IG Metall, IG DruPa, HBV, Holz u. Kunststoff und GEW unterstützt. Der GEW-Landesvorsitzende Hammelrath (NRW) und der SPD-Europaparlaments-Abgeordnete Sakellariou griffen zwar die Politik der türkischen Regierung an, vermieden es jedoch im Gegensatz zum Veranstaltungsauftritt, die Wirtschafts- und Militärhilfe der BRD anzugreifen. Kemal Daysal vom DISK-Hauptvorstand forderte zu stärkerer Unterstützung des Kampfes für die Wiederherstellung gewerkschaftlicher und politischer Rechte, für die sofortige Beendigung der Folter und der Unterdrückung des kurdischen Volkes auf. — (wof)

Türkische Jugendliche an Hamburgs Bürgermeister

"Wir werden beleidigt, mißachtet, unmenschlich behandelt, ermordet. Von 'unserem' Bürgermeister haben wir bisher kein einziges Wort gehört. Anlässlich der Verletzung eines Skinheads durch eine Gruppe türkischer und deutscher Jugendlicher haben Sie eine Botschaft an uns sogar auf türkisch verfaßt. ... Sie fordern uns auf, den Frieden in Hamburg zu wahren. Welchen Frieden? ... Haben Sie nicht selber diesen Frieden, von dem Sie reden, zerstört? Haben Sie uns nicht mit der Forderung 'entweder kehren sie zurück oder werden sie Deutsche!' das Recht auf unser Leben hier abgesprochen? Wir denken nicht daran zu-

rückzukehren, leben hier und wollen hier leben. Aber wir können keine Deutschen werden, Herr von Dohnanyi. Unsere Haare sind schwarz, unsere Sprache ist anders und unsere Kultur ist verschieden. Deutscher zu sein kann nicht die Voraussetzung sein, um hier leben zu können." (Auszug Offener Brief, — mek)

WAA-Demonstration ohne Vermummungsverbot?

Wackersdorf. Für den letzten Faschingsamstag riefen die WAA-Gegner zu einer Anti-WAA-Demonstration und Kundgebung in Faschingskostümen auf. Das zuständige Landratsamt hatte die Demonstration mit der Einschätzung genehmigt, die "Faschingsmaskerade dient nicht dem Zweck des Sich-unkenntlich-machens im Sinne des Vermummungsverbots". Das Bayerische Innenministerium unterstellte, daß im Schutz der Maskerade Straftaten begangen werden sollten und wies das Landratsamt deshalb an, einen neuen Bescheid mit der Auflage zu erlassen, daß keine Masken und keine Schminke eingesetzt werden dürfe. Die Demonstrations-Veranstalter erhoben dagegen Klage beim Regensburger Verwaltungsgericht. In einer Eilentscheidung bestätigte dieses den ersten Bescheid mit der Begründung, der zweite Bescheid hätte nur mit "Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung" begründet werden können und bei Anfrage an die Polizei hätten aber keine Erkenntnisse vorgelegen über zu erwartende "Ausschreitungen", deswegen— so das Gericht— könne man den Veranstaltern nicht zuerst Vertrauen schenken, um es ihnen dann wieder zu entziehen. Außerdem beriefen sich die Regensburger Richter auch auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, das die Behörden zu versammlungsfreundlichen Genehmigungen anhalte. — (uth)

Seehäfen

Gefordert wird eine Lohnerhöhung um 5,5% und für Hafenfacharbeiter die LG VI

Die Gewerkschaft ÖTV hat den Lohn-tarif für die Seehäfen zum 31.3.86 gekündigt. Zum gleichen Termin wurde auch der Eingruppierungsvertrag gekündigt. Die Bundestarifkommission der ÖTV Abteilung Seehäfen hat folgenden Vorschlag gemacht:

1. Die Löhne und Gehälter der jeweiligen Lohn- und Gehaltsgruppen sollen ab 1. April 1986 um 5,5% erhöht werden.

2. Die schichtbezogenen Zuschläge sowie die Nachtarbeitszuschläge sollen entsprechend angehoben werden.

3. Die Laufzeit soll 12 Monate betragen.

4. Der Hafenfacharbeiter soll in die Lohngruppe VI eingruppiert werden (+ 0,33 DM/Std.)."

Auf der Funktionärskonferenz in Hamburg am 31.1.86 wurden nur aus

beiter-Lohn" an alle Hafentarbeiter zu zahlen, die die Prüfung zum Hafenfacharbeiter bestanden haben. Schon jetzt ist es den Hafenskapitalisten ein Dorn im Auge, daß sie für "einfache", schwere und dreckige Arbeit LG III (14,62 DM) immer dann LG V/I (16,06 DM) zahlen müssen, wenn diese Arbeit ein Hafenfacharbeiter ausführt. In den Hafenbetrieben wurde die brutale Heruntergruppierung bereits jetzt für viele durch ihren Hafenfacharbeiterbrief gestoppt. (Jeder Hafentarbeiter kann, gesichert durch Tarifvertrag, die Ausbildung zum Hafenfacharbeiter machen).

Die sonst übliche Hetze der Hafenskapitalisten gegen "zu hohe" Lohnforderungen bleibt aus. Stattdessen veröffentlicht die Bildzeitung am 17.1.86 die Forderungen des Unternehmens-



zwei Betrieben Beschlussfassungen vorgetragen. Lager- und Speditionsgesellschaft forderte 7%. Vom Gesamthafenbetrieb wurde 7% aber mindestens 100 DM netto für jeden gefordert, was etwa 7% mindestens 150 DM entspricht. Von einem Vertreter der Hamburger Hafen- und Lagerhaus AG wurde auf den Nachholbedarf hingewiesen, insbesondere auch auf die Runtergruppierungen bei vielen Hafenbetrieben innerhalb der letzten beiden Jahren. Der Sprecher bekräftigte die Bereitschaft der HHLA-Kollegen für die Forderungen einzutreten und den Beschluß des HHLA-Aufsichtsrates, dieses Jahr keine Lohnerhöhung zu zahlen, zu Fall zu bringen.

Die Forderung nach Höhergruppierung des Hafenfacharbeiters wird breit unterstützt, weil dadurch die Kapitalisten gezwungen sind, "Vorar-

verbandes Hafen Hamburg zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und hat dazu auch gleich Hafentarbeiter befragt. Die Forderungen:

– Sieben-Tage-Woche, 36 Stunden statt bisher 38,5 Stunden

– Statt 3 Schichten zu 7,66 Stunden am Tag 4 Schichten zu 6 Stunden

– Arbeit an Sonn- und Feiertagen soll Pflicht werden und wie werktags bezahlt werden

– Die Zahl der Überstunden soll dadurch verringert werden.

Fast alle Antworten der befragten Hafentarbeitern laufen darauf hinaus, daß sie keineswegs am Wochenende und in der Nacht ohne Zuschläge arbeiten wollen.

In Wirklichkeit ist die Arbeit am Wochenende und in der Nacht verhaßt und auch oft nicht durch Zuschläge zu erkaufen. Viele Hafentarbeiter wollen

zum freien Sonntag auch noch den Sonnabend immer frei haben. Gegenwärtig muß an jedem 3. Sonnabend gearbeitet werden.

Warum kommt aber die Springer-Presse jetzt drauf, die Arbeitszeitsvorschläge der Kapitalisten breitzutreten, obwohl die Arbeitszeit überhaupt nicht verhandelt wird? Es soll ein Handel vorbereitet werden, bei dem die Hafenskapitalisten ihrer langjährigen Forderung nach Einführung der Conti-Schicht näherkommen. Durch die Lohnsenkungen der letzten Jahre ist mehr Lohn ganz dringend nötig. Die Gewerkschaft ÖTV könnte also eine dringend nötige Lohnerhöhung auf dem Wege des Verhandels erreichen, wenn sie Bereitschaft zum Entgegenkommen bei der Arbeitszeit signalisiert.

Doch davor kann nur gewarnt werden. Beispiele aus anderen europäischen Häfen zeigen, daß die Hafenskapitalisten für die Einführung der Conti-Schicht viel bezahlen, dafür die Arbeitskraft jedoch mehr ausnutzen. Die 2,5 Stunden weitere Arbeitszeitverkürzung hätten die Kapitalisten mehr als doppelt wieder reingeholt, dadurch, daß die Schichten bis auf die letzte Minute ausgearbeitet werden. Die Hafentarbeiter brauchen eine Lohnerhöhung, diese darf aber nicht durch Zugeständnisse in Richtung Ausdehnung der Arbeit in der Nacht und am Wochenende erkaufte werden. – (obj)

Krankenhaus

Taktgebundene Arbeit am Patienten?

Hannover. Eine orthopädische Spezialklinik mit ca. 500 Betten:

Seit Jahren kämpfen die Beschäftigten der Krankengymnastikabteilung um mehr Stellen. Zunehmend werden Patienten mit schwersten Krankheitsbildern, mit Mehrfachbehinderungen, operiert und behandelt. Zugleich wurde die Verweildauer in den letzten fünf Jahren drastisch gesenkt und die Auslastung der Klinik um 4 % auf 98,4% gesteigert. Es bleiben durchschnittlich gerade noch 15 Minuten pro Patient zur Behandlung übrig. 18 bis 20 Patienten müssen von einer Krankengymnastin pro Tag einzelbehandelt werden. Viele dieser Patienten bedürfen zeitaufwendiger Behandlungen, aber die Zeit fehlt.

Verschiedene Berechnungen hat die Abteilung, unterstützt vom Betriebsrat, der Klinikleitung vorgelegt zur Begründung der Forderung nach mindestens vier zusätzlichen Stellen. Die Forderungen wurden zuletzt abgelehnt mit der Begründung, daß die Krankengymnastinnen statistisch nachweisen müßten, daß sie so schlechte Behandlungen machen. Ein

neuer Leistungsnachweisbogen wurde vorgelegt, indem die verschiedenen Leistungen mit Zeitvorgaben versehen sind: Gangschulung 10 min. und 20 min., Einzelbehandlung 20 min. und 30 min., Atemtherapie 10 min., etc. Sollte sich nach längerer Zeit der Erfassung, somit auch der Arbeit nach diesen Vorgaben, herausstellen, daß die leitenden Ärzte und Patienten mit dieser Arbeit nicht zufrieden sind, dann könne an Stellenerhöhung gedacht werden, so die Klinikleitung. Gegenüber den Kassen in den Budgetverhandlungen allerdings würden diese Leistungen ohne Unterschied den Kassen vorgelegt.

Die Kassen freilich werden voll des Lobes über solche Leistungsfähigkeit sein, ähnliches von anderen Krankenhäusern verlangen und gar nicht daran denken, Stellenerhöhungen zu zahlen, weil plötzlich Patienten unzufrieden sind. Ein durchsichtiges Manöver:

– Die Überstunden ließen sich abbauen, denn "wer will beweisen, daß es erforderlich war, 30 min. beim Patienten zu sein"? Überstunden, die nicht nachweislich erforderlich waren, waren "individuellen Grundes" und sollen von der Klinikleitung nicht mehr anerkannt werden.

– Wenn das bei den Krankengymnastinnen durchgeht, warum nicht bei den Ärzten und letztlich, nach ausgereifter stationenbezogener Kosten- und Leistungsrechnung beim Pflegepersonal? – (las)

Konfessionelle Häuser

Christliche Gemeinschaft statt Vertretungsrechte

Flensburg. Die Krankenhausversorgung in Flensburg wird im wesentlichen durch die evangelische Diakonissenanstalt und das katholische St.-Franziskus-Hospital bestritten.

Nachdem sich die Nonnen aus Personalgründen 1981 aus dem Franziskus-Hospital zurückgezogen haben, wurde eine neue Verwaltungsleitung eingesetzt mit dem Ziel, das Haus aus den roten Zahlen herauszuführen und es als katholischen Vorposten im Norden zu erhalten. Das neue Krankenhausfinanzierungsgesetz und die Bundespflegeverordnung bieten nach Aussage des Verwaltungsdirektors, Prinz von Thurn und Taxis, jetzt verschiedene Möglichkeiten, "eine Mark zu machen".

Umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen in den letzten drei Jahren haben den Druck auf das Personal enorm verschärft. Durch ein Tablettensystem wurden die Küchenfrauen auf den Stationen abgeschafft und den Schwestern die Arbeit des Essenverteils aufgebürdet. Die Neuorganisation von Stationen und die damit verbundenen Bau- und Sanierungsarbeiten

schaffen zusätzliche Belastungen. Die Wäscherei wurde aufgelöst und an eine private Firma vergeben. Im Schreibbüro wurde auf Schreibautomaten umgestellt. Über EDV werden jetzt Patientenverweildauer und Diagnose untersucht.

Gleichzeitig werden verstärkte Anstrengungen unternommen, um die Arbeit in einem konfessionellen Krankenhaus als christlichen Dienst und tätige Nächstenliebe zu verbrämen. Ein Krankenhauseelsorger mit einem Schwarm von Laienhelfern wurde eingestellt, Mitarbeiterandachten eingeführt und in Fortbildungsveranstaltungen die Ziele des Trägers, des Malteser-Ordens erläutert. – Alles mit bescheidener Resonanz.

Was durch ideologische Arbeit nicht zu erreichen ist, versucht die Verwaltungsleitung durch rigide Überwachung der Einhaltung katholischer Doktrinen bei den Mitarbeitern zu erzwingen. So werden keine Mitarbeiter eingestellt, die nicht einer christlichen Konfession angehören. Erklärtermaßen sollen bei gleicher Qualifikation katholische Mitarbeiter bevorzugt werden. Heiratet ein geschiedener katholischer Beschäftigter wieder, so soll dies ein Kündigungsgrund sein. Einem Oberarzt wurde unter fadenscheinigen Gründen gekündigt, da sein stadtbekanntes Privatleben katholische Lebensregeln verletzte. Besonders die ÖTV ist dem Verwaltungsleiter ein Dorn im Auge. Einem Mitarbeitervertreter sollte wegen seiner Unterschrift unter einem ÖTV-Flugblatt gekündigt werden, weil es Unwahrheiten über das Franziskus-Hospital enthalte. Mitteilungen der ÖTV können erst nach langwierigen Streitereien ausgehängt werden.

Während die Doktrin der dienenden christlichen Gemeinschaft, die für ihre Mitglieder wie eine Familie sorgt, in der evangelischen Diakonissenanstalt recht gut zu funktionieren scheint, ist nach dem Weggang der Nonnen im Franziskus ein ideologisches Vakuum entstanden. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist seitdem gestiegen. – (kas)

Bildungsurlaub

Lohnfortzahlung vom Arbeitsgericht abgelehnt

Bielefeld. Das Arbeitsgericht Bielefeld hat die Klagen von 15 Beschäftigten von Miele, Gütersloh, und Westfalia auf Lohnfortzahlung nach dem Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz für Nordrhein-Westfalen zurückgewiesen. Die Kläger hatten eine viertägige Veranstaltung der IG Metall "Neue Technologien – Was wird mit unserer Arbeit" besucht. Begründung des Arbeitsgerichtes für die Ablehnung: Der IG Metall-Kreisverband

sei nicht berechtigt, als Träger von Bildungsmaßnahmen aufzutreten, selbst wenn die Veranstaltung im Sinne des Gesetzes anerkannt ist. Bisher war rechtlich völlig unstrittig, auch bei Betriebsrats- oder Vertrauensleutkörper-schulungen, daß der DGB-Landesverband Seminare von den Kreisverbänden der Einzelgewerkschaften durchführen lassen kann.

Laut Gesetz sind in NRW Arbeitnehmer an fünf Tagen im Jahr für "berufliche und politische Weiterbildung" unter Fortzahlung des Lohns von der Arbeit freizustellen. Die "politische Weiterbildung" dabei hat die Kapitalisten



Bildungsveranstaltung – so gefällt es den Kapitalisten.

listen geärgert. So erklärte der Unternehmensverband Gütersloh zu dem Urteil: "Die Firmen Miele und Westfalia bemühen sich in vorbildlicher Weise um betriebliche Aus- und Weiterbildung. Das Arbeitnehmerweiterbildungsgesetz bezweckt eine allgemeine Weiterbildung; Veranstaltungen, die überwiegend einzelbetrieblichen Zwecken dienen, sind ausschließlich ausgenommen." Miele bietet, natürlich außerhalb der Arbeitszeit, von Koch- über Schweiß- und Englischkursen bis hin zur Einführung in die NC-Anlagentechnik ziemlich alles an, was im Interesse der Miele-Kapitalisten liegt.

Der Unternehmensverband NRW hat im Oktober 1985 seinen Mitgliedsfirmen empfohlen, nur unbezahlten Urlaub zu gewähren. Letztes Jahr hat er Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingereicht. Bisher mit dem Thema beschäftigte Arbeitsgerichte haben mit Hinweis auf die Klage die "Frage der Verfassungsmäßigkeit der Lohnfortzahlungspflicht" (Arbeitsgericht Iserlohn) die Entscheidung dem BuVerfG überlassen. Bis das Urteil des BuVerfG raus ist, haben die Kapitalisten bei gewerkschaftlichen Veranstaltungen nun mit dem Bielefelder Urteil zunächst einmal eine gute Stütze.

Quellenhinweis: Neue Westfälische, 10., 14.1.86; Stadtblatt 3/86. – (bes)

Gemeinderatssitzung in Heilbronn

"Beseitigung des Raketenstandortes" oder "Erweiterung aus Sicherheitsgründen"

Heilbronn. Als Folge des Pershing II-Unfalls am 11.1.85 auf der Raketenbasis Waldheide (3 Tote und 16 Verletzte) und der damit verbundenen Empörung (vgl. Pol. Ber. 10/85) faßte der Gemeinderat am 24.1.85 folgenden einstimmigen Beschluß: "Die Verwaltung wird beauftragt, unter Hinweis auf das Raketenunglück auf der Waldheide vom 11.1.85 bei den zuständigen Stellen (Bündnispartner, Bund und Land) die unverzügliche Beseitigung des Raketenstandortes Heilbronn zu fordern, weil Stationierungsorte grundsätzlich aus Ballungsgebieten zu entfernen sind."

Ein Jahr danach wurde auf Antrag der SPD-Fraktion am 30.1.86 folgen-

den eine öffentliche Diskussion über die gesamten Kriegsvorbereitungen mittels Infoständen zu organisieren. Die FRIDA enthüllte auf einer großen Landkarte die Abschlußrampen und Transportwege der Pershingraketen in Heilbronn und Umgebung. Die DKP nahm Stellung gegen die SDI-Rüstungspläne, die MLPD kritisierte u.a. "Kriegsvorbereitungen gegen Lybien", die VOLKSFRONT zeigte die Ausstellung "Zivilschutz ist Kriegsvorbereitung", und die Alternative Linke Liste behandelte die kommunalen Auswirkungen und Umsetzungen von Zimmermanns Zivilschutzgesetznovelle. Eine Aktionseinheit von 23 Organisationen, darunter DGB, SPD, Grüne,

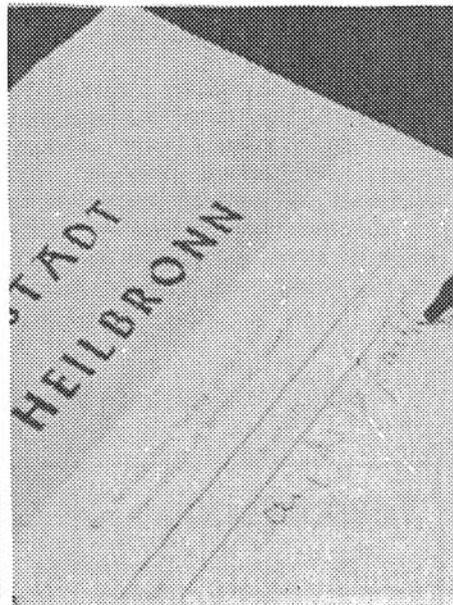
Ergänzungsantrag des OB wurde nur von der CDU mitgetragen und damit abgelehnt.

Im Gemeinderat wurde zum Thema Waldheide kontrovers diskutiert. SPD-Fraktionsvorsitzender Niethammer erklärte vor dem Rat: "Für mich ist unbegreiflich, daß eine deutsche Regierung Land zur Verfügung stellt für eine fremde Macht, die von hier aus andere Länder bedroht ... Wenn die Amerikaner die Sicherheit nicht gewährleisten können, dann sage ich: Haut ab mit den Raketen, dorthin wo der Pfeffer wächst." Für diesen Griff in "die Schublade der Emotionen" und für diesen "Antiamerikanismus" wurde Niethammer von der bürgerlichen Presse und von der Reaktion giftig angegriffen. OB Weinmann erzählte von seinen vielen Gesprächen und Telefonaten und meinte: "Ich tue alles, was dem Bürger gut tut, aber ich achte auch die Gesetze." Die Frage, welche Möglichkeiten im "Rahmen der Gesetze" ein Gemeinderat hat, um gegen die ungeliebte Raketenbasis und die Erweiterung vorzugehen, war ein wichtiger Kern dieser Debatte.

Es wurden weitere Beschlüsse gefaßt wie "baldmöglichste Besichtigung der Waldheide" sowie ein Erfahrungsaustausch mit anderen Stadträten. Ebenfalls wurde beschlossen: "Der Gemeinderat der Stadt Heilbronn bittet die Heilbronner Bürger, ihrem energischen Protest gegen jegliche Erweiterung im Bereich der Raketenstellung Heilbronn durch ihre Unterschrift Ausdruck zu verleihen." Im Rathaus liegen nun offizielle Listen aus (siehe Bild) mit dem Unterschriftentext: "Wir Heilbronner Bürger protestieren energisch gegen jegliche Erweiterung im Bereich der Raketenstellung Heilbronn."

Insgesamt war diese Gemeinderatssitzung nützlich, und es ist ein Stückweit gelungen, die Heilbronner Reaktion zu isolieren. Illusionen in die SPD sind trotzdem fehl am Platz. Im Gegensatz zu den Grünen ist die SPD bereit, für eine beabsichtigte Verlegung und Ausweitung einer US-Kaserne städtische Finanzmittel locker zu machen. Bei den anstehenden "Wörner-Prozessen" (Anläßlich des Wörner-Besuches vor einem Jahr und seiner verspäteten Abreise aus Heilbronn gibt es zwei Strafbefehle über 70 bzw. 30 Tagessätze wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" und "Körperverletzung") wird man die oppositionelle Rolle der SPD am Ort an der vermutlich ausbleibenden Unterstützung messen können.

Nützlich sind die Vorhaben der Alternativen Linken Liste, die einen Arbeitskreis "Waldheide und Zivilschutz" gegründet hat. Als nächstes Vorhaben ist zusammen mit FRIDA und Grüner Gemeinderatsfraktion eine Diskussion über die kommunalen Auswirkungen der Zivilschutzgesetznovelle in Vorbereitung. — (jom, rab)



Die Bilder zeigen die gerodete Fläche, um die erweitert werden soll, und die offiziellen Unterschriftenlisten der Stadt Heilbronn dagegen.

der Tagesordnungspunkt im Gemeinderat zwei Stunden lang heftig beraten: "Bericht der Verwaltung über die bisherigen Bemühungen im Sinne des Gemeinderatsbeschlusses vom 24.1.85 ... sowie Bericht über eventuell seither erbrachte städtische Leistungen zugunsten des Raketengeländes Waldheide." Die Stadtverwaltung hatte dazu einen zehn Seiten umfassenden Bericht vorgelegt. Diese Gemeinderatssitzung wurde mit Spannung erwartet. Kurz zuvor, im Zusammenhang mit Aktionen anläßlich des Jahrestages, waren Erweiterungspläne für die Raketenbasis bekannt geworden, und Wörners Kriegsministerium ließ pünktlich zum Jahrestag den Abschlußbericht über den Unfall verbreiten.

Von örtlichen politischen und christlichen Organisationen wurde der Jahrestag genutzt, um eine breite öf-

DKP und ALL, führten eine Kundgebung durch.

Als Reaktion auf die bekannt gewordenen Erweiterungspläne stellte die SPD zunächst zwei Anträge: 1) Der Gemeinderat protestiert energisch gegen jede Erweiterung des Raketengeländes ... 2) Die Verwaltung wird beauftragt, diesen Protest des Gemeinderates den Bündnispartnern, Bund und Land mitzuteilen. OB Weinmann (CDU) wollte die Beschlußfassung über den ersten Antrag mit folgendem "Ergänzungsantrag" verwässern: "Maßnahmen, die primär der Sicherheit der Stadt Heilbronn und des Umlands dienen (Umweltschutz, Sicherheitsvorkehrungen gegen Terror mit der erforderlichen Behutsamkeit) werden dadurch nicht ausgeschlossen ..." Mit 22 Stimmen (SPD, GRÜNE, FDP, FWV) zu 15 Stimmen (CDU) wurden die SPD-Anträge beschlossen, der

DGB-Hessen

Forderungen für eine hess. Ausländerpolitik

Frankfurt. Die DGB-Landesbezirkskonferenz hat am 31.1./1.2.86 "Gewerkschaftliche Forderungen für eine Ausländerpolitik in Hessen und Frankfurt" verabschiedet. Zu Beginn wird ganz kritiklos "der von der Landesregierung eingeschlagene Weg in der Ausländerpolitik" begrüßt. Diese Politik pauschal zu begrüßen, ist falsch. Die hessischen Erlasse zur Erleichterung der Nachzugsberechtigung von Kindern und Ehefrauen von Ausländern sowie die Erschwerung der Ausweisung bei Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfebezug sind zweifellos wichtig. Andererseits kommt die Landesregierung den Anforderungen der "Hessischen Unternehmerverbände" stark entgegen. In einer schon im Mai 1985 veröffentlichten Broschüre stellen die Kapitalistenverbände ihre "Überlegungen zu einer Ausländerpolitik" dar und wünschen darin v.a. "Rechtsstaatlichkeit" und "Integration". Die Landesregierung äußert dazu: "Bereits seit mehreren Jahren geht die Hessische Landesregierung von dem Grundsatz aus, daß einerseits ... das Verbot der weiteren Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer erhalten bleiben muß, andererseits aber den hier seit langen Jahren lebenden ausländischen Arbeitnehmern ... eine echte Chance zur Integration in unser gesellschaftliches Gefüge geboten werden muß." Unter diesen Umständen ist es schlimm, daß sich der DGB dazu hergibt, die Integration und die "freie politische Betätigung im Rahmen der verfassungsmäßigen Rechtsordnung" zu verlangen. Abschiebung, Verfolgung und Entrechtung beruhen auf dieser Rechtsordnung.

Gut sind die praktischen Forderungen an die SPD-Grünen-Koalition, das (Kommunal)wahlrecht bis 1989 durchzusetzen und "Antragsrecht an kommunale Parlamente, Gleichbehandlung der Ausländervertretung bei der Aufwandsentschädigung mit vergleichbaren kommunalen Einrichtungen und Regelung der eigenen Konstituierung der Ausländervertretung. (Ausländerbeiräte)"

Der DGB-Landesbezirksjugendausschuß stellt in seinem Antrag, der als Material zum o.g. Antrag verwiesen wurde, fest: "Die ausländischen Arbeitnehmer sind weder an der hohen Arbeitslosigkeit schuld, noch nutzen sie den deutschen Sozialstaat aus. Sie sind wie alle Arbeitnehmer die Leidtragenden der un menschlichen nach Profit strebenden Unternehmerpolitik", und zum Zusammenhang mit Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus: "... (es) ist der Stellenwert des Neofaschismus und dessen ideologische und finanzielle Verbindung mit



Forderung nach gleichen Rechten

Unternehmern und den Bonner Rechtsparteien herauszuarbeiten." Die Antragsbegründung: "Die Kampagne vieler Unternehmer gegen 'streikwütige' Ausländer, die Ausländerpolitik und Gesetzgebung der Bundesregierung und die Kampagne der NPD und anderer faschistischer Gruppen gegen die Ausländer sind alle darauf ausgerichtet, die Belegschaften in Deutsche und Ausländer zu spalten. Darauf müssen wir als Gewerkschaftler eine einheitliche Antwort finden." (Anträge C 71 und C72 der DGB-Landesbez.konf. Hessen vom 31.1./1.2.86, Broschüre d. VdU, Konzeption der hess. Landesreg. zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer - rst)

Mietpreisentwicklung

CSU und FDP leugnen Wohn-Notstand und Mietwucher

München. Zwar hat der Verband bayerischer Wohnungsunternehmen Ende Januar mitgeteilt, daß München die teuersten Mieten der BRD hat, nämlich im Schnitt 13,53 DM (kalt) pro Quadratmeter, - doch ganz so schlimm sei die Lage auch wieder nicht: "Mieter können auf dem freien Markt schon wieder Preise um die zehn Mark/Quadratmeter nicht eher zur Ausnahme gehörten und für die meisten Leute immer noch nicht erschwinglich sind! In der Stadtratssitzung am 5.2. haben dann CSU und FDP nachgehakt: Die etwas verlangsamte Steigerung der Mieten in den letzten beiden Jahren sei ein "Erfolg der Bonner Mietgesetzgebung und der Baupolitik Kiesls", des früheren CSU-Oberbürgermeisters. Brunner (FDP) sprach gar von "einer Abwärtsbewegung nie da gewesener Weise". Selbst OB Kronawitter (SPD), der gerne die große Koalition mit der CSU sucht, war dieses Täuschungsmanöver zu peinlich und stellte fest, daß "die Mieten dop-

pelt so stark als die allgemeinen Lebenshaltungskosten und um das Dreibis Vierfache der Realeinkommen gestiegen seien". (SZ 5.2.) Wie der Vertreter von Grünen/ALM bekannt gab, sind im wesentlichen große und teure Wohnungen etwas billiger geworden. Im September 1985 stellte der Stadtplanungsausschuß fest: "Bei neu erstellten freifinanzierten Neubauwohnungen gibt es Vermietungsschwierigkeiten, insbesondere bei Bauherrenmodellen mit Mietgarantien bis zu 17 DM/Quadratmeter ... dies hat Mietpreisrücknahmen zur Folge."

Seit Jahren steigen die Münchner Mieten wesentlich stärker als im Bundesdurchschnitt und stärker als der Preisindex der Lebenshaltung. Als Anhaltspunkt die Ergebnisse von 1984: Der Mietenindex in München stieg um 4,6%, in der BRD um 3,6%. Der Anstieg der Lebenshaltungskosten in München betrug 2,4%.

Für das Gros der Mieter wird es künftig sicherlich keine Verbesserung der Wohn- und Mietsituation geben. Schon allein deswegen, weil das Angebot preiswerter Wohnungen reduziert wird: Nach Schätzungen des Planungsreferats werden jährlich infolge von Abriß, Modernisierungen, Umnutzung und Entfall von Mietpreisbindung bei Sozialwohnungen rund 7000 preisgünstige Mietwohnungen beseitigt. Noch nicht mitgerechnet sind die nicht genehmigten Abbrüche und Nutzungsänderungen. Im Zeitraum von 1981 bis 1984 wurden in München ca. 22000 Miet- und Eigentumswohnungen umgewandelt, wovon rund 19000 Umwandlungen mit Mieterhöhungen verbunden waren. Das Stadtplanungsreferat rechnet künftig mit Umwandlungen gleicher Größenordnung.

Quellenhinweis: Statistisches Jahrbuch München; Bericht Wohnungssituation 1984, Planungsreferat; Sachstandsbericht "Zukünftiges Wohnungsprogramm 1985, Planungsreferat - (dil, ulh)

Wohnkostenbelastung in % des monatl. Familieneinkommens nach Gewährung des Wohngeldes

Belastung	1981	1983	1984
< 10%	2744	1014	741
10-14%	5301	2642	2120
14-18%	6817	4491	4148
18-22%	4905	3850	3712
> 22%	9404	11759	12903
Insgesamt	29171	23756	23624

Die Tabelle zeigt die Anzahl der Haushalte in den jeweiligen Belastungsgruppen. Der Anteil der höchsten Belastungsgruppe (>22%) ist von 1981 auf 1984 von 32% auf 54% angestiegen. Die Wohngeldbezieher haben um 20% abgenommen.

Kommunale Ausländerpolitik

Die Ansiedlung ausländischer Arbeitskräfte im Kreis Emmendingen hatte die Steigerung der Produktivkraft zum Ziel

Emmendingen. Die Anzahl der ausländischen Bevölkerung im Landkreis Emmendingen (Baden-Württemberg) – eigentlich geht es um ausländische Arbeitskräfte – stieg von 1955, ca. zehn Jahre nach dem Krieg, bis 1973 kontinuierlich an. Der Abschluß von Anwerbevereinbarungen mit verschiedenen Ländern (von 1955-68), in denen "Deutsche Kommissionen" (Einrichtungen der Bundesanstalt für Arbeit) "die Anwerbung und Vermittlung von ausländischen Arbeitskräften" vornahm, welche "aufgrund entsprechender Vermittlungsaufträge von Arbeitgebern im Bundesgebiet tätig wurden", ermöglichte den westdeutschen Kapitalisten die Beschaffung und Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus dem Ausland. (1) Nach dem sog. Anwerbestopp (23.11.1973) nimmt die Anzahl ausländischer Beschäftigter stetig ab und liegt 1984 bei insgesamt 4.698 (3,5% der Gesamtbevölkerung) 9% weniger als 1978. Zur selben Zeit beträgt die Ausländerquote in Baden-Württemberg 9,1%. (2)

Ausländer in Waldkirch

Waldkirch hat ca. 18.000 Einwohner und ist zweitgrößte Stadt im Kreis Emmendingen. Der Ausländeranteil liegt heute bei 8,1% oder 1.478 Einwohnern. 1955 gab es lediglich 28 ausländische Beschäftigte, 1960 bereits 117 (fast ausschließlich aus Italien, dem ersten Land mit Anwerbevertrag 1955). Die Anzahl erhöht sich bis 1973 durch gezielte Anwerbung seitens der Industrie auf 1.071 (Ausländeranteil = ca. 1700). Ab 1974 nimmt die Anzahl ausländischer Beschäftigter wieder ab und liegt 1983 bei nur noch 689. Von insgesamt 800 Arbeitslosen (8,1%) sind 135 (16,4%) Ausländer. Im Wirtschaftsbereich Waldkirch, wozu u.a. das Elztal (Nordschwarzwald) und die Gemeinden Kollnau, Gutach, Buchholz gehören, liegt bzw. lag ein Schwerpunkt auf der Textil- und Uhrenproduktion sowie dem Bau- und Metallbereich. Mittlerweile spielt die Uhrenproduktion im Vergleich zur Textilindustrie fast keine Rolle mehr.

Aus dem Erläuterungsbericht des Flächennutzungsplans 1984 für die Stadt Waldkirch ist zu entnehmen, daß die Industriebeschäftigten in Waldkirch und Gutach von 1970-78 von 5.418 um 38% auf 3.364 abgenommen haben: "Der Rückgang der Beschäftigtenzahl ist die Folge des Stellenabbaus bei verschiedenen Firmen des produzierenden Gewerbes in Waldkirch aber auch in Gutach." Vor allem betroffen von Rationalisierungen und z.T. Konkursen waren auch ausländische Arbeiter. "Der Anteil

der ausländischen Beschäftigten sank von 1974-1980 in Waldkirch um 4,6%, in Gutach um 3,3% und in Simonswald um 6,2%" (3). Die Quote der ausländischen Arbeitslosen lag im September 1978 in Ba-Wü bei 3% gegenüber 2,2% insgesamt und bei 8,8% zu 5,2% 1984.

Daß die Ansiedlung der ausländischen Bevölkerung sich faktisch ausschließlich nach den Interessen des dort ansässigen Kapitals entwickelt hat, wird somit deutlich. Im Erläuterungsbericht des Flächennutzungsplans 1960 wird im Abschnitt "Berechnung des Baulandbedarfs für Industrie

wurden. So bei Gütermann (größtes Textilunternehmen im Kreis EM), bei der KWS (Kollnauer Spinn- und Weberei, Tochterges. von Gütermann) sowie SW-Uhingen in Buchholz (ebenfalls Textilien). Die Unterbringung von angeworbenen Arbeitskräften machte Probleme. Nach Waldkircher Volkszeitung: "Ein weit schwierigeres Problem sind die Unterkünfte, obwohl sich die deutschen Betriebe, besonders die großen, mit den Wohnbaracken große Mühe geben" (4). Immer wieder gab es im Laufe der Zeit sozia-



Im Mai 1985 organisierten Politik- und Kulturgruppe zusammen mit dem AK 3. Welt ein internationales Kulturfest unter dem Motto "Gemeinsam gegen Ausländerfeindlichkeit", an dem ca. 900 Besucher teilnahmen. Zwischen türkischen, spanischen u.a. Konzertbeiträgen wurde mit Redebeiträgen, Wandzeitungen und Büchertischen die politischen Aspekte dargeboten.

und Gewerbe" ein Bedarf von "zusätzlichen 850 Arbeitsplätzen" ausgemacht. Bei Beratung des Flächennutzungsplanes sprach der Vertreter des Arbeitsamt Waldkirch die Hoffnung aus, "daß nach Feststellung der vorliegenden Planung bald weitere Wohnungen gebaut werden, damit die befriedigend benötigten Arbeitskräfte für die Industrie herangeholt werden können" (4). Die Vermittlungen für Waldkirchs Industrie mittels den entsprechenden "deutschen Kommissionen" funktioniert. Das Waldkircher Arbeitsamt übernahm die Organisation zur Beschaffung von durch das reaktionäre Ausländergesetz entrechteten, qualifizierten Arbeitskräften. Damals lag die Arbeitslosenquote bei 0,4%.

Arbeits- und Wohnsituation

Bei Betrachtung der räumlichen Verteilung der in und um Waldkirch wohnenden Ausländer fällt auf, daß um die Fabriken herum (vor allem Textilproduktion) Wohngebiete eigens für ausländische Arbeitskräfte geschaffen

le Spannungen um solche "Wohnbaracken", in denen nach wie vor viele Ausländer wohnen.

Einige ausländische Familien mußten zwischen 1974-80 Waldkirch wegen beträchtlichem Abbau von Industriearbeitsplätzen verlassen. Daß 1984 die Arbeitslosenquote bei Ausländern auf 14% gegenüber 16,4% von 1983 sank, liegt nicht zuletzt daran, daß eine weitere Abwanderung seit 1980 stattfand von über 300. Weitere gingen zurück in ihre Heimat. Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit wirkt sich aus. Sie wird u.a. angezettelt seitens der örtlichen Kapitalisten, indem diese vermehrt die Arbeitsämter telefonisch auffordern: "keine Türken bitte" oder "keine Ausländer" etc. Auf dem Fabrikparkplatz einer Schuhfabrik wurde von "Beschäftigten" ein Schild aufgestellt mit der Aufschrift: "Parken für Ausländer verboten". Am Ortseingang eines Vorortes von Waldkirch war lange Zeit "Simonswald – Türkenfreie Zone" zu lesen. Reaktionäre und faschistische Kräfte wirken nicht mehr nur im Hin-

tergrund.

Parallel zur steigenden Arbeitslosigkeit verschärfen sich die Arbeitsbedingungen. Bei KWS z.B., wo heute 23% der Beschäftigten Ausländer sind (hauptsächlich Türken und Italiener), stellt sich das in etwa folgendermaßen dar: Wegen zu niederem Lohn arbeiten v.a. die ausländischen Kollegen Dauernachtschicht, um ihre Familien versorgen zu können. Viele arbeiten unregelmäßige Schichten rund um die Uhr, wobei auch an Wochenenden sowie Feiertags gearbeitet wird, so daß sich die freien Tage unregelmäßig auf die Woche verteilen. Hinzu kommt eine immense Mehrbelastung durch Akkord. Diese brutalen Arbeitsbedingungen führen bei vielen zu schweren Krankheiten. Einige haben bereits Magenoperationen hinter sich. Die psychische und physische Belastung wird oft unerträglich.

Opposition nimmt zu

Die Politik- und Kulturgruppe (PuK) Waldkirch, die sich seit etwa eininhalb Jahren mit der örtlichen Ausländerpolitik auseinandersetzt, hat wie

zuvor schon des öfteren der "AK Ausländischer Mitbürger" gegen die Praktiken der Sozialberatungsstelle für Ausländer, die wegen ständigem Wechsel der Sozialarbeiter öfters geschlossen wurde, protestiert und ein Ausländerzentrum gefordert. Auch die zurückliegende Initiative des AKs für einen Ausländerbeirat, griff die PuK als Forderung erneut auf. Die PuK behandelte dies als mögliche Vorstufe zur Forderung des Kommunalwahlrechts für Ausländer. Jusos, Grüne, evang. Kirchengemeinderat, die offene Liste (DOL mit 2 Sitzen im GR vertreten) u.a. unterstützten diese Initiative. Mit Veranstaltungen zur Ausländerpolitik, gegen Ausländer- und Asylverfahrensgesetz etc., Kulturfesten und Publikationen dazu konnte eine gewisse oppositionelle Bewegung gegen reaktionäre Ausländerpolitik und -feindlichkeit hergestellt werden. Ein kürzlich gegründeter Arbeitskreis "Asylrecht", in dem mehrere Gruppen vertreten sind, befaßt sich mit den sozialen Problemen der Asylbewerber im Kreis sowie dem Fall des Türken Kamil Karhanli. Am 23.02. findet in

Emmendingen auf Initiative der PuK und des AK 3. Welt ein Treffen zur Vorbereitung eines "Marsch für Ausländerfreundlichkeit, Solidarität und Völkerverständigung - gegen Rassismus" statt, zu dem ca. 150 Organisationen und Einzelpersonen eingeladen sind. Kreis-SPD und -Grüne sowie GEW und andere örtliche Gruppen haben bereits Unterstützung zugesichert. DGB und ÖTV begrüßen die Initiative. Die Volksfront Freiburg/Emmendingen hat zur Unterstützung dieser Aktion einen Arbeitskreis eingerichtet.

Quellenhinweis: (1) Bundeszentrale für politische Bildung, Heft 201; (2) Informationen zur Raumordnung. Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung, Heft 6.1985, Thema: "Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland - ein räumliches Problem?"; (3) Erläuterungsbericht des Flächennutzungsplanes 1984; (4) Waldkircher Volkszeitung, 13.09.80; außerdem: Broschüre der PuK Waldkirch, 1985, "Zur Geschichte der Waldkircher Ausländerpolitik" - (kak, ulb, uls, was)

Paßentzug gegen türkische Arbeiter

Am 9.9.1984 trat das neue türkische Paßgesetz in Kraft, durch das die bisher gültigen Papiere in neue, fälschungssichere umgetauscht werden. Seitdem haben die türkischen Konsulate mit einer systematischen politischen Überprüfung aller im Ausland lebenden türkischen Staatsangehörigen begonnen. In mehreren von der FIDEF im Dezember 1985 veröffentlichten und z.T. in den Medien verhandelten Fällen (Westberlin, Idstein/Taunus, Freiburg) sind den Betroffenen die Pässe ohne offizielle Begründung entzogen worden. Stattdessen erhielten sie eine befristete Rückreisebescheinigung mit der Aufforderung, sich in der Türkei zu melden. Sämtliche Versuche von örtlichen Initiativen, Kirchenkreisen, Verbänden, Gewerkschaften, Parteigliederungen der SPD und der Bürgermeisterämter, die Konsulate zur Herausgabe der Pässe zu bewegen, sind bisher fehlgeschlagen. Der Ausländerbeauftragten der Bundesregierung "tut es leid, daß wir... keine Möglichkeit zur Hilfe sehen". Türkische Stellen hätten sich "erfahrungsgemäß nie gesprächsbereit gezeigt". Die Betroffenen versuchen als letzte Möglichkeit, ihren zwar noch legalen, aber völlig ungewissen Aufenthalt in der BRD durch den Erhalt eines westdeutschen Fremdenpasses abzusichern. Erfahrungsgemäß laufen die Antragsverfahren jahrelang, die meisten Bundesländer erteilen in solchen Fällen grundsätzlich keinen Fremdenpaß. Die Stel-

lung von Asylanträgen haben die Betroffenen abgelehnt.

Für die Arbeiterbewegung in Westdeutschland steht einiges auf dem Spiel: Gelingt es nicht, die Zusammenarbeit der westdeutschen und türkischen Behörden zur Vernichtung ihrer politischen Gegner in der BRD und Westberlin zu verhindern, wäre nicht nur eine entscheidende Auseinandersetzung im Kampf gegen das reaktionäre Ausländergesetz verloren. Am Ende würde die Reaktion auch noch behaupten können, nicht sie trage die Verantwortung.

In Freiburg hat sich auf Initiative türkischer Demokraten im Januar ein Solidaritätskomitee gegründet. In Waldkirch konnte eine gut besuchte Veranstaltung durchgeführt werden. Bisher konnte ein Informationsaus-

tausch mit Gruppen aus anderen Städten in der Region nicht hergestellt werden. Auf einer öffentlichen Mitgliederversammlung der Volksfront in Freiburg wurde festgehalten, folgende Fragen zu bearbeiten:

Bestehen Absprachen zwischen BRD- und türkischer Regierung über Paßentzugsmaßnahmen (anstehende Freizügigkeit im Rahmen der EG)? Steht die Einführung fälschungssicherer Reisepässe im Zusammenhang mit den BRD-Sicherheitsgesetzen ("internationale Terrorismuskämpfung")? Können Forderungen zur rechtlichen Absicherung des Aufenthalts von Ausländern auf Grundlage der Forderungen nach Niederlassungsrecht und doppelter Staatsbürgerschaft entwickelt werden?

Ahmet...KAMIL...KARHANLI.....Istanbul...EM...MÜ...
 dan aldygı...TR...Ç...606822..... pasaportunu İTALİ...
 ye mah. ~~XXXXXX~~ üzerine 06.12-21.12.1985 tarihleri ara-
 sında muteber olmak ve yalnız Türkiye dönüşünü sağlamak amacıyla
 pasaport yerine kaim olmak üzere vermiştir.

Diese Bescheinigung wurde Aufgrund einer Verlustanzeige für die oben
 ausgewiesene Person anstelle seines verlorengegangenen Reisepasses
 ausgestellt und ist nur für die Rückreise in die Türkei gültig. Diese
 Bescheinigung hat eine Gültigkeitsdauer von 06.12.1985...
 bis 21.12.1985..

wa-Rulvanistan

Rückreisebescheinigung des türkischen Generalkonsulats: auf türkisch heißt es nicht "Verlustanzeige", sondern "Entzug" des Passes.

GEW-Klage gegen mehr Zeitverträge

Köln. Der GEW-Bundesvorstand hat vor dem Arbeitsgericht Bonn eine Verbandsklage gegen die Tarifgemeinschaft Deutscher Länder erhoben. Die Klage richtet sich gegen die Ausweitung von Fristverträgen im öffentlichen Dienst, insbesondere bei den Lehrern, durch die Anwendung der Bestimmungen im Beschäftigungsförderungsgesetz. Die GEW bezeichnete diese Praxis als "Angriff auf die Tarifautonomie" und "Bruch bestehenden Tarifrechts" und forderte alle Personalräte auf, solchen Fristverträgen die Zustimmung zu verweigern. – (gba)

Erfolg gegen Zeit-Arbeitsverträge

Frankfurt. Das Arbeitsgericht Frankfurt hat erstmalig seit Inkrafttreten des Beschäftigungsförderungsgesetzes gegen eine mit diesem Gesetz begründete Befristung von Arbeitsverträgen entschieden. Der Betriebsrat der Börsendatenzentrale hatte der befristeten Einstellung von drei Sachbearbeitern in der EDV-Nachbearbeitung widersprochen. Er begründete dies u.a. damit, daß keine Neueinstellung sondern die Umwandlung bisher fester

Schweinfurt. 7000 legten am 5.2. die Arbeit nieder und demonstrierten zur Kundgebung von IGM und DGB gegen die Änderung des § 116. Die Redner sprachen vom "Gruselkabinett" und "käuflicher Republik", in der Sache § 116 aber von "Rechtsstaatsverteidigung". Die IGM verwies auf Unterstützung durch KAB, Hans Katzer und "Notstands"-Benda. Die IGM rief nicht explizit zum Streik, sondern nur zum Protest auf. Der Arbeitgeberverband drohte: "rechtswidriger politischer Streik". – (kls)

Arbeitsplätze in befristete Stellen vorliege und daß die Firma nur in dieser Abteilung mit den niedrigsten Löhnen die Befristung einführe. Das Arbeitsgericht gab dem Betriebsrat recht: "Der arbeitsschutzrechtliche Status des Beschäftigungsverhältnisses des befristet eingestellten Mitarbeiters ist geringer als der des unbefristet beschäftigten Arbeitnehmers... Der Abbau des Bestandschutzes von Arbeitsverhältnissen, den das Beschäftigungsförderungsgesetz ermöglicht, ist aber noch keine Rechtfertigung der damit für die betroffenen Arbeitnehmer verbundenen Benachteiligung im Sinne des § 99 Abs.2 Ziffer 4 BetrVG." – (gst)



Debatte zwischen CDA und DGB

Heidenheim. Die Kreisverbände des DGB und der Christlich Demokratischen Arbeitnehmer trafen sich zu einer Diskussion über die Änderung des § 116 AFG. Der CDA-Kreisvorsitzende erklärte, das Streikrecht müsse ein veränderliches Recht der Arbeitnehmer bleiben. "Andererseits darf die Bundesanstalt für Arbeit nicht zur Streikkasse für die Gewerkschaften werden." Er forderte konstruktive Mitarbeit des DGB am § 116. Der 1. Bevollmächtigte der IGM: "Wir gehen keinen Handlungskompromiß ein. Die Waffe eines Generalstreiks darf nicht mehr tabu sein." – (frr)

Bosch: Änderung der Lohngruppenstruktur

Stuttgart. Bei Bosch in Feuerbach ist in den letzten zwei Jahren der Lohngruppendurchschnitt bei Arbeitern angestiegen. Im Lichtwerk zum Beispiel (Generatorenbau, ABS-Fertigung, Scheinwerferfertigung) stieg zwar die Arbeiterbelegschaft seit Juli 1984 von 3080 auf 3700 an, die Anzahl der in der untersten Lohngruppe 2 Beschäftigten ging jedoch um 30 auf weniger als 1000 zurück. Stark zugenommen hat die Anzahl der in Lohngruppe 3 (+ 330) und der in Lohngruppe 4 Beschäftigten (+ 160). Der Grund der Höhergruppierung ist schnell gefunden: Im ganzen Lichtwerk hat sich die Anzahl der Arbeiterinnen nur geringfügig erhöht (+ 20), es wurden fast nur Männer eingestellt, die im 3-Schichtbetrieb oder

verlängertem Zweischichtbetrieb eingesetzt werden. Der höhere Lohngruppendurchschnitt steht also im direkten Zusammenhang mit der Ausweitung der Nachtarbeit und der Verringerung von Frauenarbeitsplätzen. – (ros)

Klassenräume gesundheitsgefährdend

Hamburg. Nach der Renovierung der G5 traten bei Lehrern und Schülern in den Räumen erhebliche Beschwerden (Kopfschmerzen, Sehstörungen, Magenschmerzen u.a.) auf. Mehrere Lehrer wurden krankgeschrieben. Nachdem Messungen im Dezember keine Befunde erbrachten, und die Behörde nichts unternahm, verweigern die Schüler seit dem 31.1. die Benutzung der Räume. Jetzt werden weitere Untersuchungen angeordnet. Schüler der Fachoberschule forderten auf der Bezirksversammlung Nord am 13.2. umfassende Information und Beseitigung der Schadstoffquellen. – (ulj)

Höhergruppierungen an Kassenarbeitsplätzen

Kiel. Zum 1.1.86 sind durch Betriebsvereinbarung alle Kassierinnen des CITTIGroßmarktes Kiel eine Gehaltsgruppe höher gruppiert worden, nachdem dies in der Filiale Flensburg schon durchgesetzt worden war. Die Verbesserung macht DM 335 brutto aus. Nach diesem Zugeständnis versucht die Geschäftsleitung, bei Neueinstellungen durch Einzelverträge 8 DM Stundenlohn durchzusetzen. Der Betriebsrat geht dagegen vor. – (dam)



Auf Antrag des "Times"-Besitzers Rupert Murdoch beschlagnahmte ein Londoner Gericht das gesamte Vermögen der Gewerkschaft SOGAT in Höhe von 56 Mio. DM und verurteilte sie wegen "Mißachtung des Gerichts" zu einer Geldstrafe von 82000 DM. Der Grund: Die Gewerkschaft, in der vor allem Zeitungspacker und andere Druck-Arbeiter organisiert sind, hatte entgegen einem Gerichtsbeschluss ihre Mitglieder im Großhandel angewiesen, die von Streikbrechern in Murdochs neuer Druckerei hergestellten Titel nicht zu bearbeiten. Das ist gesetzlich verboten. SOGAT und die ebenfalls streikende Gewerkschaft NGA wollen jetzt internationale Unterstützung suchen. – (hef)

Politische Zensur an Schulen

Kultusministerium schränkt Koalitionsfreiheit der Lehrer ein

Freiburg. Am 1. Januar 1986 ist in Baden-Württemberg die vom Ministerium für Kultus und Sport (MKS) erlassene Verwaltungsvorschrift "Werbung, Wettbewerbe und Erhebungen" in Kraft getreten. Das MKS charakterisiert den Erlaß in Schulintern 10/85 so: "Als roter Faden zieht sich durch alle Details ein einfacher Gedanke: Werbung, Wettbewerbe, Erhebungen u.a. dürfen dem Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schulen auf keinen Fall widersprechen, sie dürfen den Schulfrieden nicht stören und den geordneten Schulbetrieb nicht gefährden." Diesem Grundsatz folgend ist dann in der Verwaltungsvorschrift u.a. festgelegt: "2.1 Auf Veranstaltungen, die geeignet sind, den Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schulen wesentlich zu fördern und nicht einseitigen Zielen dienen, kann durch Plakate und sonstige Druckwerke hingewiesen werden. Die Entscheidung, ob und in welcher Form das geschehen kann, trifft der Schulleiter." Als einseitige Ziele qualifiziert das MKS "Hinweise auf Demonstrationen, die den Zielen bestimmter politischer Parteien und Bewegungen gelten. Der politische Meinungskampf soll nicht in die Schulen hineingetragen werden." In diesem Zusammenhang ist mit einem verschärften Vorgehen gegen Schülerzeitungen zu rechnen. Schon jetzt heißt es in der "Schülerzeitungsverordnung" des MKS, daß der Schulleiter u.a. dann den Vertrieb einer solchen auf dem Schulgelände untersagen kann, wenn "eine schwere Beeinträchtigung der Aufgaben der Schule zu befürchten ist". Diese Beeinträchtigung wäre demnach jetzt schon dann gegeben, wenn in dieser Zeitung die Schüler ihre "einseitigen" Ziele verfechten und den Rektor nicht gleichzeitig zu Wort kommen lassen oder etwa ein Aufruf für eine Demonstration gegen Kernkraftwerke abgedruckt würde.

Weiter heißt es in dem Erlaß unter 2.3: "Berufsverbände der Lehrer dürfen Mitteilungen an Lehrer verteilen oder an einem ihnen zur Verfügung gestellten Schwarzen Brett aushängen, wenn es sich um spezifische koalitions-gemäße Informationen im Rahmen des Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz handelt." Durch diese Vorschrift wird die gewerkschaftliche Tätigkeit auf die "Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen (GG Art. 9, Abs. 3) eingeschränkt, ja selbst dies wird durch den Kommentar des Erlasses weitgehend unmöglich gemacht. Denn dort heißt es: "Kein Lehrerverband kann im Lehrerzimmer Plakate für allgemeinpolitische Demonstrationen, sei es für oder gegen Kernkraft, für oder gegen Raketenrüstung etc. aufhängen. Das sind eben keine 'spezifischen Informationen im Rahmen des Artikel 9 Abs. 3 Grundgesetz'." Dies bedeutet, daß eine begründungsmäßige Verknüpfung einer Lohnforderung mit der Forderung nach Senkung des Kriegshaushaltes unzulässig ist und ein derartiges Flugblatt auch nicht am Schwarzen Brett hängen darf.

Das MKS trifft also eine genaue inhaltliche Bestimmung der Wahrnehmung des "Koalitionsrechts". Dabei wird es aber nicht bleiben, sondern über diese inhaltliche Einschränkung wie auch über sonstige beabsichtigte Behinderung der gewerkschaftlichen Arbeit wird die Existenz der GEW selbst in Frage gestellt. Schon im Februar 1984 hat das Oberschulamt Tübingen der GEW das Verteilen von Flugblättern an der Gewerblichen Schule II Ulm verboten. Dies ist unter Verweis auf eine Bundesverfassungsgerichtsentscheidung vom 17.2.81 (2 BvR 384/78) und einer Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts vom 27.1.82 (1 AZR 610/80) geschehen. In der BVerG-Entscheidung ist außerbetrieblichen Funktionären der ÖTV das Betreten kirchlicher Einrichtungen verboten worden. In dieser Entscheidung wird als Kernbereich des "Koalitionsrechts" festgehalten: "Elemente der Gewährleistung des Art. 9 Abs. 3 GG sind die Gründungs- und Beitrittsfreiheit, die

Freiheit des Austritts und des Fernbleibens sowie der Schutz der Koalition als solcher." Das Bundesarbeitsgericht stellt fest: "Eine einfach-gesetzliche Vorschrift, die einer Gewerkschaft die von der Klägerin beabsichtigte Werbe- und Informationsstätigkeit in einem Betrieb gegen den Willen des Betriebsinhabers gestattet, gibt es nicht." Diese Gerichte können sich bei solchen Entscheidungen auf den Grundgesetzkommentar Maunz-Düring-Herzog-Scholl stützen, in dem es zur inhaltlichen Ausgestaltung des "Koalitionsrechts" heißt: "Die regelungsmäßige Zurückhaltung des Grundgesetzgebers basiert auf der prinzipiellen ordnungspolitischen Distanz, die der Grundgesetzgeber mit seinem Bekenntnis zur 'neutralen' oder – besser ausgedrückt – offenen Wirtschafts-, Arbeits- und Sozialverfassung verfolgte." "Offen" ist dieses "Koalitionsrecht" also für seine vollständige Beseitigung, und das MKS unternimmt mit seinem Erlaß einen Schritt in diese Richtung. Da es sich dabei auf Gerichtsentscheidungen so grundsätzlichen Charakters stützen kann, muß man davon ausgehen, daß dieses zu einem prinzipiellen Vorgehen gegen die gewerkschaftliche Arbeit in den Betrieben überhaupt ausgebaut werden kann.

Die GEW-Kritik an diesem Erlaß geht an diesem Sachverhalt vorbei, wenn sie ihre Kritik mit "Gewerkschaftliche Betätigung auch in der Schule möglich" (GEW-Lehrerzeitung 19/85) überschreibt; der Erlaß führe zu einer Einschränkung des Koalitionsrechts und weiter: "Den Beweis für die Richtigkeit dieser Befürchtung sieht die GEW dadurch erbracht, daß unmittelbar nach Bekanntwerden der neuen Vorschrift in der Presse 'geradezu aberwitzige Folgerungen' gezogen worden seien, so z.B. die Behauptung, in den Lehrerzimmern dürfte jetzt nicht für die Teilnahme an den Herbstaktionen des DGB geworben werden." Mit Aberwitz haben solche Folgerungen gar nichts zu tun. Man kann die beamtenrechtliche Knebelung der Lehrer nicht angreifen, wenn man – wie es die GEW macht – ausdrücklich betont, "daß sie (die GEW – d.Verf.) jede Werbung in den Schulen ebenso für unzulässig hält wie jede Indoktrination der Schüler durch Lehrer."



aus: Gönner u.a., Geschichte und Politik 2, S. 14, Hamburg 1983 (für 2jährige Berufsschulen)

Genehmigt werden können der neuen Verwaltungsvorschrift zufolge Wettbewerbe, "die den Erziehungs- und Bildungsauftrag fördern." Diese Karte stammt aus dem baden-württembergischen Wettbewerb zu "osteuropäischen und gesamtdeutschen Themen" aus dem Jahre 1985, in der das "Rumpfdeutschland" von 1937 gegenüber der deutschen Volksgemeinschaft klein erscheint, was aber dem Erziehungsziel der Lehrpläne entspricht: "Der Schüler soll die Bereitschaft erwerben, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten, sowie nach außen beharrlich zu vertreten. – (beh, chb)

DK-Arbeitskreis Naturwissenschaft

Dialektischer Materialismus und moderne Naturwissenschaften

Quantenmechanik und Philosophie

Keine physikalische Theorie ist auf der einen Seite so glänzend in der Praxis bestätigt und auf der anderen Seite in der philosophischen Verallgemeinerung ihrer Erkenntnisse so umstritten wie die Quantenmechanik. Die Herausbildung und Entwicklung der Quantenmechanik fand ihren (vorläufigen) Abschluß mit der "Kopenhagener Interpretation" im Jahre 1927. Von Einstein wurde sie einmal als "Bohr-Heisenbergsche Beruhigungsphilosophie oder -religion" bezeichnet, von Vertretern des dialektischen Materialismus, aber auch von Nicht-Marxisten, wurde sie als eine positivistische und idealistische philosophische Deutung kritisiert. Der DDR-Autor U. Röseberg hat nun mit seinem Buch versucht, eine Untersuchung der "philosophischen Fragen der Herausbildung, Interpretation und möglichen Weiterentwicklung" der Quantenmechanik vom Standpunkt des dialektischen Materialismus aus zu leisten. Seine Schlußfolgerungen: Mit der Kopenhagener Interpretation der Quantenmechanik ist keineswegs der Idealismus zur philosophischen Theorie geworden: Auch die Quantentheorie geht davon aus, daß Objekte unabhängig und außerhalb von uns existieren und daß es eine vom Menschen unabhängig und außerhalb von ihm existierende Materie gibt. Allerdings ist der Objektbegriff und das Bild von der Materie in der Quantentheorie ungleich komplizierter als in der klassischen Physik. Daß die klassische Kausalitäts- und Determinismusauffassung (des mechanischen Materialismus) durch die Quantentheorie als zu beschränkt und zu eng erkannt wurde, kann nicht als Verstoß gegen den dialektischen Materialismus betrachtet werden. Dessen Philosophie verlangt auch in keiner Weise, daß es einen prinzipiellen Indeter-

minismus in der Mikrowelt, wie ihn die Kopenhagener Interpretation fordert, nicht geben dürfe. Rösebergs fundierte Untersuchung bietet auch dem nicht physikalisch geschulten Leser wichtige Hinweise für die richtige Beurteilung der Theorieentwicklung: "Eine dialektisch materialistische Analyse, die nach philosophischer Verallgemeinerung der physikalischen Erkenntnisse sucht, die Mittel der Philosophie bei der wei-



Vogel oder Fisch, Welle oder Teilchen, kommt es auf die Betrachtungsweise an?

teren physikalischen Forschung heuristisch nutzt und sich davor hütet, physikalisch offene Fragestellungen durch philosophische Vorentscheidungen zu belasten ..." (U. Röseberg, Quantenmechanik und Philosophie – Standpunkte des dialektischen Materialismus, Vieweg, Reihe Wissenschaft, 1980, 25,80 DM – dif)

"Quarks, Urstoff unserer Welt"

Das Taschenbuch mit dem Titel "Quarks, Urstoff unserer Welt" gehört zu jener Art von Physikbüchern, die versuchen, ganz ohne Mathematik auszukommen und eine qualitative Beschreibung physikalischer Sachverhalte anbieten. Dies ist nicht immer einfach. Und das hier zu besprechende Buch gehört wohl zu den besten seiner Art. Autor des Buches ist der Kernphysiker Harald Fritsch, z.Zt. o. Prof. für theoretische Phy-

sik und Astrophysik in München. Nach anfänglichen Bemerkungen und Erläuterungen über die Elektrodynamik (insbesondere die Bedeutung der Maxwell'schen Gleichungen) und einige Phänomene der Quantenmechanik (d.h. die Existenz diskreter Energiezustände, den Welle-Teilchen Dualismus, den quantenmechanischen Meßprozeß und die Unschärferelation) kommt Fritsch zum eigentlichen Thema seines Buches: zum Aufbau und zur Struktur der Kernteilchen (Nukleonen). Über die Beschreibung von Streuversuchen von Elektronen an Protonen führt er den Leser zu den Teilchen, aus denen die Nukleonen aufgebaut sind – den Quarks und Gluonen. Detailliert und behutsam erläutert er die Theorie mit der die Wechselwirkung der Quarks und der Gluonen beschrieben werden können – die sogenannte Quantenchromodynamik (QCD). Am faszinierendsten dabei ist wohl die Herleitung der Kernkräfte (starke Wechselwirkung) als Unsymmetrie in den Farbladungen der Quarks in Analogie zu der Beschreibung der van der Waals-Kräfte als Unsymmetrie der elektrischen Ladungsverteilung in Atomen und Molekülen. Wesentlicher Schwachpunkt des Buches: Die Beschreibung der Vereinigung der vier fundamentalen Wechselwirkungen in der Natur in einer mathematischen Gruppentheorie. An dieser Stelle stößt eine bloß qualitative Beschreibung wohl unumstößlich an ihre Schranken. (Quarks, Harald Fritsch, Serie Piper, 319 S., 14,80 DM – thk)

Evolution des Universums

Der sowjetische Astrophysiker I.D. Nowikow hat mit diesem kleinen Buch eine bestehende Lücke geschlossen. Bislang war in der BRD leider keine Abhandlung über den Stand der Kosmologie in der Sowjetunion einer breiteren Leserschicht zugänglich. Darüber hinaus ist dieses Büchlein ein idealer Einstieg für den interessierten Laien. Der Leser kann sicher sein, daß keine Vermengung von Mystizismus und Wissenschaft stattfindet, wie dies in so vielen

westlichen populärwissenschaftlichen Büchern der Fall ist. Hervorgehoben werden muß die klare, nüchterne und sehr sachliche Sprache, die die Befassung mit anspruchsvollen kosmologischen Problemen erleichtert. Die vorgestellten physikalischen Theorien werden dabei von Nowikow kritisch hinterfragt: Beweist die Rotverschiebung des Lichtes von entfernten Galaxien auch wirklich eindeutig die kosmische Expansion oder gibt es gleichwertige andere Erklärungen? Und auf die uralte Frage, weshalb nachts der Himmel dunkel ist, gibt Nowikow im Unterschied zu vielen anderen kosmologischen Schriften endlich einmal eine richtige Antwort. Schade nur, daß der Autor auf eine Bibliografie und ein Stichwortverzeichnis verzichtet hat. Erwähnenswert bleibt zum Schluß: Wenn Nowikow im Vorwort feststellt, daß zur Lektüre seines Buches keinerlei Vorkenntnisse notwendig sind, "... sondern nur das Wissen, das der allgemeinen Schulbildung in Astronomie, Physik und Mathematik entspricht" – so deutet dies auf einen hohen Stellenwert der Naturwissenschaften bei der allgemeinen Schulbildung in der Sowjetunion hin. (I.D. Nowikow, Evolution des Universums, Verlag Harri Deutsch, Ffm. 12,80 DM, – dif)

Kosmologie und Philosophie

Kosmologie ist die Wissenschaft von den globalen Zügen der Natur. Sie begann mit den mythischen Spekulationen des Orients und gehört heute zu den exakten kontrollierbaren Naturwissenschaften. Aufbauend auf einem soliden naturwissenschaftlichen Wissen beleuchtet der Autor B. Kanitscheider die Geschichte und Systematik der Kosmologie aus philosophischer Perspektive. Die ersten 134 Seiten handeln von der Geschichte der Kosmologie, beginnend mit den mythischen Kosmologien der Chinesen und Babylonier, bis zum Bild des "neuen Kosmos", das durch die Kopernikanische Revolution eingeleitet wurde. Keine breitgewälzte Aufhäufung bloßer Fakten, sondern in die Tiefe

also nicht, was wirklich geschieht und geschehen wird, sie geben nur an, was geschehen kann." Interessant sind auch Havemanns politisch-philosophischen Ausführungen über die menschliche Handlungsfreiheit. "Freiheit erlangen wir, indem wir die Notwendigkeiten ändern, neue Möglichkeiten schaffen und das Mögliche variieren. Wir können den Grad der Möglichkeit bestimmter Ereignisse vergrößern und anderer verringern. Der Mensch mit seiner aktiven Tätigkeit ist nicht etwa Spielball phantastischer blinder Zufälle, sondern umgekehrt: von der Zufälligkeit der Ereignisse macht er praktischen Gebrauch, um zu erreichen, was er erstrebt . . . Die Freiheit des Menschen beruht gerade darauf, daß die Zukunft der Welt bestimmt werden kann, weil sie es noch nicht ist." (Robert Havemann, Dialektik ohne Dogma? rororo Nr. 683 – doz)

Physik und Philosophie

Der Materiebegriff von Engels und Lenin hat Bestand

Der DK-Arbeitskreis Naturwissenschaften beschäftigt sich mit dem Zusammenhang von moderner Naturwissenschaft und dialektischem Materialismus. Ein Schwerpunkt der bisherigen Arbeit bestand in der Untersuchung ihres wechselseitigen Einflusses am Beispiel der modernen Physik. Diese Aufgabenstellung hat insofern einige Bedeutung, als bis dato grundlegende Vorstellungen über den Aufbau der Elementarteilchen wie über die Entstehung des Universums von vielen Physikern in Zweifel gezogen werden. Die philosophische Verallgemeinerung ihrer Theorien auf der Grundlage von idealistischen Vorstellungen läßt ein Wiederaufleben der Debatte über das Verschwinden der Materie wie über Gott als Erschaffer des Universums erwarten.

Der dialektische Materialismus erscheint demgegenüber gerade dem Naturwissenschaftler als unfähig, die komplexe Entwicklung der Welt zu erklären, geschweige denn als Weltanschauung zu ihrer fortschrittlichen Veränderung dienen zu können. Die folgenden Resultate unserer ersten Überlegungen zu dieser Problematik sind als Thesen zu verstehen, und sollen die Diskussion und den Meinungsstreit fördern, beziehungsweise hervorrufen.

1. Der Zusammenhang von Weltanschauung und moderner Naturwissenschaft wurde schon von den Klassikern als wichtig erachtet und alle haben sich damit beschäftigt. (1), (2), (3), (4)

2. Trotz dieser Bedeutung, die die Klassiker dem Verhältnis von Naturwissenschaften und dialektischem Materialismus zumaßen, haben sich diese wichtigen Schriften nur wenig ausgewirkt. Die "Dialektik der Natur" beispielsweise erschien erstmals 1925 in einer mangelhaften deutschen Ausgabe und es dauerte bis 1955, ehe im Dietz-Verlag dieses Buch erstmals einer größeren Anzahl von Lesern zugänglich wurde. Auch als in der Sowjetunion mit der Machtergreifung des Proletariats der dialektische Materialismus zur bewußten philosophischen Grundlage des naturwissenschaftlichen Forschungsprozesses gemacht werden konnte, wurden moderne naturwissenschaftliche Erkenntnisse lange Zeit mechanisch rezipiert oder sogar mit Berufung auf den dialektischen Materialismus abgelehnt. (Die Resonanztheorie des Chemikers Pauling, die Kybernetik von N. Wiener, viele Aussagen und Konsequenzen der

Relativitätstheorie, der Quantenmechanik, der Genetik und der relativistischen Kosmologie). Das führte zu Beurteilungen des dialektischen Materialismus durch Physiker wie beispielsweise Einstein und Max Born als "reine Scholastik" oder ähnliches und verstärkte noch deren Tendenz, in vermeintlich richtiger philosophischer Verallgemeinerung ihrer Forschungsergebnisse Aussagen zu treffen, die den Idealismus, Positivismus oder Empirismus bestätigten. Nicht zuletzt hatten darunter einige Zweige der Naturwissenschaften in der Sowjetunion zu leiden, was es bürgerlichen Kräften noch heute erlaubt, mit Hinweis auf Rückstände beispielsweise in der Computertechnologie der SU die Fähigkeit des Sozialismus zur allseitigen Entwicklung der Produktivkräfte in Frage zu stellen.

Als eine Ursache für diese Entwicklung mit den angeführten Konsequenzen sehen wir eine starke Tendenz innerhalb der kommunistischen Parteien und der Arbeiterbewegung, den dialektischen Materialismus und die Widerspiegelungstheorie mechanisch und metaphysisch aufzufassen.

3. Im folgenden ein typisches Beispiel, für dessen Darstellung wir etwas Physik darstellen müssen. Das 16. und 17. Jahrhundert hatte auf physikalischem Gebiet die klassische Mechanik hervorgebracht. Ihren Ausgangspunkt hatte sie in der Untersuchung und gesetzmäßigen Fassung der Bewegung der Planeten um die Sonne sowie Experimenten zum freien Fall im Schwerfeld der Erde. Newton formulierte als erster ein Kraftgesetz, aus welchem die Bahnen der Planeten um die Sonne richtig berechnet werden konnten. Es basierte auf dem Trägheitsprinzip, demzufolge ein Körper, sofern auf ihn keinerlei Kraft wirkt, ewig in gleichförmiger, kontinuierlicher Bewegung verharret. Mit Beginn des 20. Jahrhunderts gerieten die bis dahin (in der Praxis erfolgreichen) kontinuierlichen Bewegungsvorstellungen, die aus der klassischen Mechanik auf die gesamte Natur übertragen wurden, in eine Krise, als mit ihrer Hilfe der Aufbau der Atome erklärt werden sollte. Anfänglich stellte man sich ein Atom wie das mikroskopische Abbild des Sonnensystems vor. Die negativ geladenen Elektronen sollten in kontinuierlichen Bahnen um die positiv geladenen Atomkerne kreisen. Elektrische Anziehung und Fliehkraft sollten sich die Waage halten. Leider aber gibt ein bewegtes Elektron nach der klassischen Theorie Strahlung ab, verliert also Energie und muß in diesem Mo-

FRIEDRICH ENGELS

ANTI-DÜHRING

W. I. LENIN

MATERIALISMUS
UND
EMPIRIOKRITIZISMUS

Engels "Anti-Dühring war die erste, zusammenfassende Darstellung des dialektischen Materialismus. Marx hatte den "Anti-Dühring" im Manuskript vollständig gelesen, ein Umstand, auf den Lenin ausdrücklich verweist. (4)

dell irgendwann einmal in den Kern stürzen. Die Stabilität der Atome konnte so also nicht erklärt werden. Ebenfalls wußte man sich keine Erklärung für die Tatsache, daß Atome Strahlung nur in bestimmten Portionen, sogenannten Quanten, aufnehmen konnten oder abgaben.

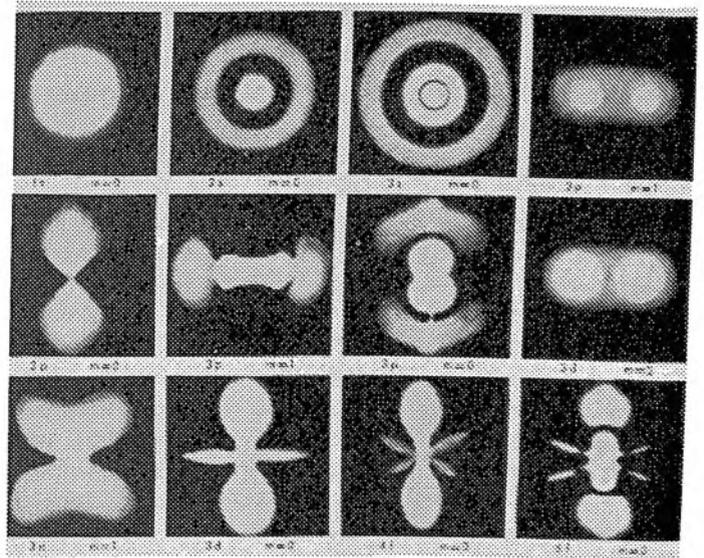
Als erster formulierte Niels Bohr ein neues Atommodell, demzufolge die Elektronen nur in ganz bestimmten "erlaubten" Bahnen um den Kern kreisen dürften. Bei Strahlungsaufnahme sollten die Elektronen eines Atoms, da sie Energie gewonnen hätten, in eine höhere Bahn springen, bei Aussendung von Strahlung in eine tiefere.

Diese "Quantensprünge" widersprachen jeder klassischen Bewegungsvorstellung, die nur kontinuierliche Veränderungen kennt. Man stelle sich vor, der Mond würde plötzlich an die Erde heran- oder wegspringen. Ebenfalls war die Idee der "erlaubten Bahnen" mit keiner klassischen Vorstellung in Einklang zu bringen: Ein Satellit z.B. kann in jeder beliebigen Entfernung zur Erde in eine Kreisbahn gebracht werden. In dieser Situation schrieb ein sowjetischer Physiker, der stellvertretend für eine Gruppe einflußreicher Physiker und Philosophen stand (Timirjazev, 1923, (5)): "Wenn wir uns von der dialektischen Methode leiten lassen, können wir sofort sagen, was uns noch fehlt. In der Welt der Atome sind bislang jene kontinuierlichen Prozesse . . . noch unbekannt, die zu den bereits von uns beobachteten Sprüngen führen. In einem dialektischen Prozess setzt jeder Sprung eine vorangegangene kontinuierliche Entwicklung voraus."

Timirjazev mißbraucht hier das dialektische Prinzip, daß eine quantitative Veränderung in eine qualitative umschlagen kann, für eine naturphilosophische Spekulation über die Ursachen der Sprünge. Ohne konkrete Untersuchung setzt er mit Berufung auf den dialektischen Materialismus voraus, daß den Sprüngen eine quantitative kontinuierliche Veränderung vorausgehen habe. Er mißbraucht damit den dialektischen Materialismus zum Festlegen der zu erzielenden Forschungsergebnisse. Dieses Vorgehen war leider kein Einzelfall, und es gab eine Zeitlang eine starke Strömung in der sowjetischen Physik, die den materialistischen Grundsatz, die Natur so zu erforschen, wie sie wirklich ist, aufgegeben hatte, und dies mit dem Hinweis auf den dialektischen Materialismus legitimierte.

5. Mit der Vertiefung der Erkenntnisse über den Aufbau der Atome und der Bewegungsgesetze der atomaren Welt, die mit der von Heisenberg und anderen formulierten Quantenmechanik ein theoretisches Fundament bekamen, erwiesen sich die bis dahin als fundamental betrachteten Unterschiede zwischen Wellen und Teilchen, Strahlung und Stoff als nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmend. Stoff konnte in Strahlung verwandelt werden, Teilchen zeigten Wellencharakter. Die vom Weltbild der klassischen Physik geprägten Materievorstellungen erwiesen sich als unzureichend, was viele Physiker und Philosophen veranlaßte, vom Verschwinden der Materie zu sprechen und positivistischen sowie empiristischen Tendenzen Auftrieb gab. Leider spielte in der damit einhergehenden Diskussion der Materiebegriff des dialektischen Materialismus, wie ihn Lenin (3) aufbauend auf Engels Definition (6) präzisiert hatte, auch bei vielen sowjetischen Physikern und Philosophen keine Rolle. Sie neigten eher dazu, mit dem Hinweis auf den physikalischen Idealismus das Kind mit dem Bade auszuschütteln und ganze Teile physikalischer Theorien für idealistisch zu erklären. Lenin hatte ausgeführt: "Die einzige Eigenschaft der Materie, an deren Anerkennung der philosophische Materialismus gebunden ist, ist die Eigenschaft, objektive Realität zu sein, außerhalb unseres Bewußtseins zu existieren." (7)

Im Gegensatz zum mechanischen oder anderen Formen des vormarxistischen Materialismus bindet der dialektische



Wellenmechanische Bilder des H-Atomlektrons (nach White). Die Helligkeit gibt die Aufenthaltswahrscheinlichkeit des Elektrons an jeder Stelle wieder. (Nach Finkenburger, Einführung in die Atomphysik)

Materialismus den Begriff der Materie also nicht an Eigenschaften, die unmittelbar Gegenstand naturwissenschaftlicher Forschung sind. Der dialektische Materialismus bestimmt Materie also weder durch die Eigenschaft, über räumliche Ausdehnung zu verfügen, noch Träger von Masse, Ladung oder anderer physikalischer Größen zu sein. Er legt weder fest, daß Materie Stoff sei, noch behauptet er, daß sie Feld sei. (8) Der Fortschritt dieses Materiebegriffs wird deutlich, wenn man sich klarmacht, daß er gegenüber allen Formen und Erscheinungen, die die Naturwissenschaften als Ausdruck der Materie und ihrer Bewegung entdeckt haben, oder entdecken mögen, Bestand hat.

Griffige Formeln wie "Quarks sind Quark" (9) sind durch ihn ebensowenig gedeckt wie philosophische Vorgaben über a priori Eigenschaften der Materie, die es zu entdecken gilt. Physikalische Theorien lassen sich mit Berufung auf diesen Materiebegriff (sowie den dialektischen Materialismus schlechthin) weder widerlegen noch bestätigen. Allerdings zwingt der dialektische Materialismus zur Anerkennung einer objektiven, materiellen Realität, die außerhalb unseres Bewußtseins existiert und zwingt damit zu einer gedanklichen Präzisierung und Überprüfung wissenschaftlicher Modelle und Gesetze in der Hinsicht, daß es Dinge außerhalb unseres Bewußtseins sind, deren Bewegung es zu beschreiben gilt. Er setzt sich damit in bewußten Gegensatz zu idealistischen Philosophien, die nicht von den naturwissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern gerade von den Lücken der Erkenntnis leben. Er ist somit geradezu eine Aufforderung, die Natur (und die Gesellschaft) so zu erforschen wie sie ist und die gewonnenen Erkenntnisse in der Praxis zu überprüfen.

Quellenhinweis: (1) Engels, Anti-Dühring, MEW Bd. 20; (2) Engels, Dialektik der Natur, MEW Bd. 20; (3) Lenin, Materialismus und Empiriokritizismus, Peking, 1976; (4) Lenin, a.a.O. S. 326; (5) Röseberg, U. Quantenmechanik und Philosophie, Vieweg 1978, S. 153; (6) Engels, Dialektik der Natur, S. 251; (7) Lenin, a.a.O. S. 346; (8) Röseberg, U. Physik und Philosophie, Teubner, Leipzig 1982, S. 120; (9) Auf diesen Begriff hatte ein Autor in der KVZ Nr.32/76 eine neue Theorie gebracht, derzufolge die Elementarteilchen aus noch elementarerem Teilchen, den Quarks quasi zusammengesetzt sind. Der Artikel blieb im damaligen KBW nicht unwidersprochen. – (DK Arbeitsgruppe "Naturwissenschaften", bef, dif, doz)

Vorbereitung der 6. o. DK des BWK

Geplante Forschungsvorhaben und Veröffentlichungen 1986/87

Das Zentrale Komitee (ZK) hat sich auf seiner Sitzung am 15./16. Februar 1986 mit den weiteren Forschungsvorhaben des BWK befaßt. Das ZK hält eine verstärkte Planung der wissenschaftlichen Arbeit für nötig. Es verabschiedete eine Liste geplanter Veröffentlichungen, die die Redaktion der Politischen Berichte vorgelegt hatte. Nicht mehr geklärt werden konnte, in welcher Form (Aufsätze, Broschüren, Flugblätter etc.) dies geschehen soll. Das soll bis zum Ende des ersten Halbjahres 1986 entschieden werden.

Als nächstes müssen Geschäftsführer für die einzelnen Themenbereiche gefunden werden, damit an der Planung der Forschungen weitergearbeitet werden kann. Die Arbeitskreise der Delegiertenkonferenz werden zur Delegiertenkonferenz Tätigkeitsberichte abfassen. Das ZK würde begrüßen, wenn sich die DK-Arbeitskreise in ihren Berichten auf die Forschungsvorhaben beziehen würden, ob ihre Forschungsplanungen darin berücksichtigt sind und welche Arbeiten sie abwickeln könnten. Diejenigen, die die Geschäftsführung für eines der Forschungsvorhaben wahrnehmen wollen, sollen sich bei der Redaktion der Politischen Berichte in Köln melden.

Die Mitarbeit an diesen Forschungsvorhaben soll nicht auf BWK-Mitglieder beschränkt sein.

Die Delegiertenkonferenz wird über die Forschungsvorhaben und über die Einrichtung der Arbeitskreise abschließend entscheiden. Das ZK beantragt, daß die Geschäftsführer der einzelnen Forschungsthemen die erweiterte Redaktion der Politischen Berichte bilden.

Redaktion Politische Berichte
Antrag an die 6. o. DK des BWK

16.2.86

1. Die Kritik der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und der diese Politik rechtfertigenden Ideologie und bürgerlichen Nationalökonomie ist bisher kaum geleistet. Sie ist aber nötig, um in den anstehenden Bundestagswahlen diesem Konzept der Bourgeoisie, mit dem sie für ihre imperialistische Expansion Anhänger gewinnen will, theoretisch und praktisch entgegenzutreten zu können. Weder der "kompromißlose Kampf um jeden Arbeitsplatz" und um die 35-Stunden-Woche noch der Kampf um hohen Lohn haben zu sichtbaren Erfolgen gegen diese Politik geführt. Die Forschungsgruppe soll sich mit folgenden Fragen befassen:

– Entwicklung der Arbeitsteilung in der BRD, regionale Wachstumsunterschiede und Lohndifferenzierungen und Regierungsmaßnahmen, um auf diese Entwicklung einzuwirken;

– Lohnflexibilisierung nach unten und die gewerkschaftliche Debatte dazu. Z.B.: Was machen und beraten die Gewerkschaften gegen Teilzeitbeschäftigungen für 300, 400 DM, und was sollten sie machen? Dabei muß besonders die Lage der Ausländer und der lohnabhängigen Frauen berücksichtigt werden.

– Vermögensbildung (z.B. betriebliche Altersversorgung) und andere Bestrebungen zur Festigung von Betriebsgemeinschaften;

– Konzentration, Monopolbildung und staatliche Politik dazu;

– Weltwirtschaftliche Arbeitsteilung, Neuordnung der Weltwährungen, Entwicklungsvorstellungen der Imperialisten für die Staaten der Dritten Welt;

– Kritik der Theoretiker der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.

2. Die Kritik der SPD-Programmdebatte muß fortgesetzt werden. Die SPD hat schon seit längerem Teile der angebotsorientierten Theorie sich zu eigen gemacht und macht sie sich weiter zu eigen. Das beunruhigt viele, damit fallen weitere Rücksichtnahmen der SPD auf die Arbeiterbevölkerung weg.

Zur Kritik der SPD-Programmdebatte gehört insbesondere eine Kritik der imperialistischen Propaganda der SPD, z.B. daß die soziale Demokratie europaweit verwirklicht werden müsse.

Die SPD vertritt internationale Entwicklungsprogramme, die die Expansion der westdeutschen Kapitalisten fördern sollen. Das stellt sie als Hilfe für die armen Länder und als Versöhnung mit ihnen dar ("Marshallplan gegen die Armut" usw.). Eine Kritik dieser Entwicklungshilfe und der sie begleitenden Propaganda ist nötig. Diese Kritik muß sich auch mit den christlichen Theorien zur Entwicklungshilfe auseinandersetzen, die die SPD aufgreift.

3. Die EG ist erneut größer geworden, die Türkei hat einen Aufnahmeantrag gestellt. Die BRD und andere EG-Staaten wollen eher eine Fortsetzung und Modifizierung des Assoziierungsvertrages, um die halbkoloniale Abhängigkeit der Türkei zu befestigen.

– Welches Gewicht bekommt die EG durch diese Ausdehnung ihres Einflusses in der Türkei im Nahen Osten, welche Rolle spielen die EG für die NATO und die NATO für die EG, wie weit sind die Vorbereitungen für eigene Einsatztruppen der EG?

– Verhältnis von "innerer Konsolidierung" und äußerer Expansion der EG, gemeinsame Währung der EG-Staaten, einheitlicher Rechtsraum. Bilden sich europäische Konzerne? Eureka, WEU, Reform des EG-Vertrages.

– Arbeitsteilung in der EG. Rekrutierung ausländischer Arbeitskräfte, Ausländerpolitik der EG und Kapitalexport.

4. Die "zweite Phase der Entspannungspolitik": Welche Interessen verfolgt der Westen gegenüber den Staaten Osteuropas? "Fortsetzung des KSZE-Prozesses" oder stattdessen? Osthandel, innerdeutscher Handel und Menschenrechte, speziell die deutschen Volksgruppenrechte. Finden die Reaktionäre ein Konzept für die Förderung von beidem?

5. Kommunikationsgesellschaft und Staatsapparat. Was ist "Verdatung"? Welche Veränderungen im Produktionsprozeß verbergen sich hinter dem von den Reaktionären propagierten "Fortschritt zur Kommunikationsgesellschaft"? Der Widerstand gegen den maschinenlesbaren Ausweis und weitere Staatsschutzmaßnahmen stößt auf das Problem, daß Ausweise, Meldepflicht und anderes von vielen als Bestandteile jeder Gesellschaft aufgefaßt und hingenommen werden. Welcher Zusammenhang besteht zwischen solchen verbreiteten Auffassungen und den Änderungen im Produktionsprozeß durch neue Kommunikationssysteme u.ä.?

6. Die Arbeiterklasse in Westdeutschland muß ihren politischen Kampf gegen die Bourgeoisie internationalistisch bestimmen. Unter welchen internationalen Bedingungen steht heute dieser proletarische Kampf hier? Hat sich die

Rolle der EG und der BRD in ihr verändert? Was sind die Hauptwidersprüche heute? Der angedeutete umfassende Zusammenhang ist der von Imperialismus, Kampf der unterdrückten Völker und proletarischer Revolution.

7. Geschichte und systematische Begründung einer Bündnispolitik. Welche bestimmten Bedingungen, die sich aus der Untersuchung ergeben, sind für eine Bündnispolitik gegen die Herrschaft der Kapitalistenklasse heute in der BRD entscheidend? Warum ist eine proletarische Partei für diese Bündnispolitik unerlässlich?

In dem Programm des früheren KBW und jetzt des BWK steht, daß die kommunistische Organisation alle Kräfte, klassenindifferent, die für den Kommunismus eintreten, zusammenschließen solle: "Die Partei der Arbeiterklasse, die Kommunistische Partei, ruft in ihre Reihen alle Schichten der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung, soweit diese sich auf den Standpunkt des Proletariats stellen." Demgegenüber wäre, gerade auch auf Grund der Erfahrungen mit der Geschichte des KBW, zu untersuchen und zu begründen, warum die Arbeiterklasse für ihre politische und theoretische Herausbildung zur Klasse für sich einer proletarischen Partei bedarf und nicht einfach nur einer sozialistischen Bündnispartei. Zu untersuchen ist, wie in und durch eine Bündnispolitik diese proletarische Partei gebildet werden kann.

Gerade auch im Zusammenhang der weiteren Entwicklung der Grünen, Reduzierung oder Festigung, müssen wir systematisch begründen können, warum es nicht im Interesse der Arbeiterklasse liegt, sich mit den Mittelschichten organisatorisch klassenunterschiedslos zu verbinden. Denn die antikapitalistischen Interessen der Mittelschichten und der Arbeiterinteressen sind nicht gleich zu setzen. Die proletarische Partei muß sich auf die Arbeiterinteressen beziehen und von dort her eine Bündnispolitik mit anderen Schichten und Klassen formulieren und bestimmen.

8. Konservatismus und Faschismus.

Warum und wie ist die konservative Herrschaftstheorie Mittel für die faschistische Unterdrückung der Arbeiterklasse und für die Aggression gegen andere, insbesondere nichtkapitalistische und sozialistische Staaten? Ansatzpunkt für eine Klärung in diesem Bereich kann eine Untersuchung sein über den Zusammenhang zwischen der Entwicklung des imperialistischen Monopols und der Herausbildung des Volksbegriffs als organischer Schicksalsstruktur, als metaphysischer Geschichtsmacht. Die Bourgeoisie verlangt, daß für das weitere Bestehen und die Größe der von ihr bestimmten Gesamtheit der Überbauverhältnisse, des als "deutsches Wesen" formulierten Geschichtssubjekts, die in dieser als Volk vorhandenen Gesamtheit eingeordneten Klassen tatkräftig eintreten. Grundet sich auf diese Art Gesamtheit die politische Wirkung des Nationalismus?

Die Vorstellung von einer sozialen Befreiung dieser Gesamtheit Volk muß kritisiert werden. Durchzuführen wäre hier die Kritik am Begriff der "Volksouveränität" und dem damit verbundenen Eintreten für "die vollen Souveränitätsrechte beider deutscher Staaten" und dem Kampf für "die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft" (KBW/BWK-Programm).

9. Entwicklung der Ökonomie in sozialistischen Staaten. Wie funktioniert das Wertgesetz? Werden weiterhin Waren wie in einer kapitalistischen Wirtschaft produziert? Wenn nicht, wie bestimmt das Wertgesetz die Änderung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die Veränderung der Klas-

sen, wie ist dann die herrschende Klasse zu definieren? Was ist etwa der Unterschied zwischen den geplanten Vorhaben eines Konzernvorstandes im Kapitalismus und dem Plan in einer nichtkapitalistischen Gesellschaft? Wie kann der Widerspruch zwischen Hand- und Kopfarbeit richtig behandelt werden? Ist die Entfremdung der Arbeit in einer solchen Gesellschaft gleich der im Kapitalismus? Die Wirkkraft z.B. der christlichen Sozialismuskritik setzt an einer fehlenden Teilnahme der Arbeitenden an der Bestimmung ihrer Arbeit an. Kann dieser Kritik an den Erscheinungen entgegnet und der Behauptung der Fortführung einergenauso wie auch im Kapitalismus vorhandenen Entfremdung gründlich widersprochen werden?

10. Mit verschiedenen Kräften haben wir eine Auseinandersetzung über die Bedeutung des Kampfes gegen Rassismus und darüber, was rassistisch ist, begonnen.

Diese Auseinandersetzung muß weitergeführt werden mit dem Ziel, a) wissenschaftliche Argumente gegen rassistische Theorien zu verbreiten; b) eine Front gegen rassistische Festlegungen des Grundgesetzes aufzubauen; c) die Verbindung von Elite- und Rassentheorien kritisch zu untersuchen.

Rassistische Theorien speisen sich aus der kapitalistischen Arbeitsteilung und dienen der Reaktion zu ihrer Rechtfertigung und Aufrechterhaltung.

11. Die Unterstützung der politischen Gefangenen in ihrem Kampf gegen die Folter ist schwierig. Auf welche Kritik der allgemeinen Gestaltung des Gefängniswesens in der BRD können wir uns in der Unterstützung ihres Kampfes beziehen? Untersucht werden muß die Entwicklung des Gefängniswesens in den letzten Jahren und welche Absichten die Bourgeoisie damit verfolgt.

12. Faschismus-Debatte: Die Tendenz des Kapitals zu Faschismus wird von Organisationen wie der NHT bestritten. Dies hat Konsequenzen für die Bündnispolitik gegen die Reaktion. Die Korrektur des KB an seiner Politik des Kampfes gegen Faschisierung hat Konsequenzen für die Frontbildung gegen die Reaktion. Eine Darstellung obiger Standpunkte und eine gründliche theoretische Auseinandersetzung damit sind für unsere Leser wichtig.

Die Auseinandersetzung über Volksfrontpolitik zwischen Dimitroff und Trotzki. Welche Schlüsse sind daraus für die Volksfrontpolitik heute zu ziehen?

13. DKP-Programmdiskussion: Der Parteivorstand der DKP hat zu Diskussionsbeiträgen zu den "Thesen" zum nächsten Parteitag Stellung genommen. Darin kommt zum Ausdruck, daß die Feststellung, der Widerspruch zwischen Krieg und Frieden habe sich zum entscheidenden Widerspruch entwickelt, umstritten ist. Da diese Aussage sehr eng mit der nationalen Frage zusammenhängt und sich auf die Aussagen der DKP zur Bündnispolitik (mit der SPD, aber auch allen Kräften, die "Frieden wollen") auswirkt, soll die Frage nationaler Interessen und die Stellung der Revolutionäre dazu historisch und aktuell in der BRD behandelt werden.

14. Die Politik der Bolschewiki in den Räten und gegenüber anderen Parteien und Klassen in den Jahren 1917 bis 1921. Untersuchung, Darstellung und Kritik, unter Einbeziehung der bisherigen Rezeption der Erfahrungen der russischen Revolution in dieser Zeit durch die revolutionären Sozialisten in der BRD. (siehe Politische Berichte Nr. 20/85 vom 5.10.85)

"Die Westdeutschen Kommunisten bestimmen ihre Politik stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt"

– Überlegungen zur Programmdiskussion –

Vorbemerkung: Der folgende Artikel entstand nach Diskussionen der Herausgeberkonferenz, der Redaktion Politische Berichte und des Fachausschusses Auslandsverbindungen des ZK des BWK. Zu diesem Thema wird der zentralen DK des BWK ein Antrag vorliegen.

Die Politik der Frontbildung gegen die Reaktion ist im BWK (nicht nur dort) im großen und ganzen unumstritten. Die Notwendigkeit, die Kritik an der Reaktion, an Konservatismus und Liberalismus, zu führen und durch Entfaltung von Volksfrontpolitik der Anhangbildung der Reaktion entgegenzuwirken, ist durch die Entwicklung der Kräfteverhältnisse zwischen Reaktion und Fortschritt (und durch die Zusammenarbeit) über einen längeren Zeitraum nachdrücklich bestätigt.

Seit Jahren erstarkt – in der BRD wie international – die Reaktion. In der BRD wurde 1982 die SPD/FDP-Koalition durch eine CDU/CSU/FDP-Koalition abgelöst. In Großbritannien betreibt die Regierung Thatcher seit 1979 und in den USA die Regierung Reagan seit 1980 einen verschärften Kurs der Unterdrückung nach innen und der Expansion und Aggression nach außen. Aus dem allgemeinen Trend schien 1981 vor allem Frankreich zu fallen, mit dem Antritt der sozialistisch geführten Regierung Mitterrand; aber hier konnte die Reaktion die Arbeiterklasse weitgehend isolieren, was sich in den großen Verlusten der KPF und im Anwachsen der faschistischen Kräfte widerspiegelt.

Das Erstarken der Reaktion, das in fast allen imperialistischen Ländern im Zeitraum der letzten sieben, acht Jahre festzustellen ist, fällt zusammen mit der Reorganisation des Imperialismus. Wichtiges Anzeichen dafür ist die Tatsache, daß die Imperialisten die antifaschistischen Revolutionen in Griechenland, Portugal und Spanien abgefangen haben; ihre Niederlage ist durch die Eingliederung der drei Länder in die EG besiegelt. Ein anderes Anzeichen ist, daß die Offensive für eine neue Weltwirtschaftsordnung, die die Länder der Dritten Welt in den 70er Jahren geführt hatten, sang- und klanglos zusammengebrochen ist und daß die Fortschritte, die sie damals erreicht hatten, z.B. durch die OPEC oder andere, ähnliche Zusammenschlüsse, mehr als rückgängig gemacht worden sind.

Bereits diese wenigen Anzeichen lassen einen Zusammenhang zwischen der allgemeinen internationalen Entwicklung und der Entwicklung in den imperialistischen Ländern, speziell in der BRD, erkennen. Die Reaktion mo-

bilisiert für die imperialistische Expansion, und der Erfolg der imperialistischen Expansion vergrößert und festigt ihren Anhang. Die Festlegung des alten KBW- und jetzigen BWK-Programms, daß die Kommunisten ihre unterschiedlichen Aufgaben stets im Rahmen der Hauptwidersprüche in der Welt bestimmen, ist richtig, und der Verzicht auf die Untersuchung der Hauptwidersprüche und ihrer Entwicklungstendenz, den sich die revolutionären Sozialisten in der BRD in den letzten Jahren geleistet haben, macht sich im Kampf gegen die Reaktion als große Schwäche bemerkbar.

In den 70er Jahren, vor allem in der ersten Hälfte, hat sich die marxistisch-leninistische Bewegung in der BRD weitgehend an der Analyse der

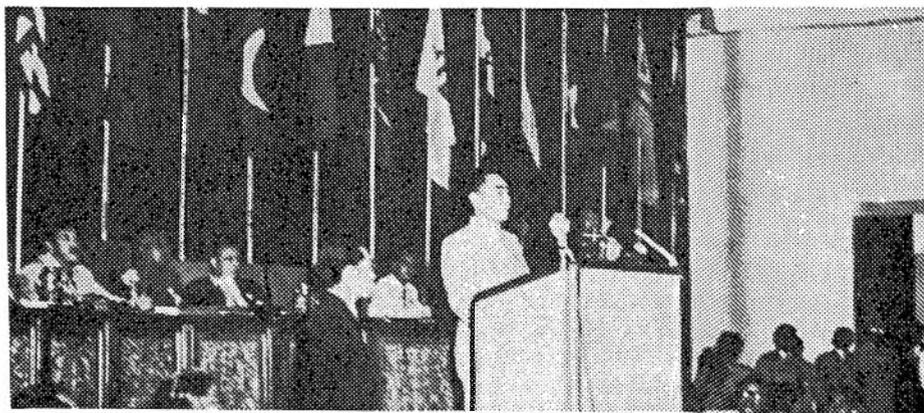
Meinung, daß die grundlegenden Widersprüche diese sind:

Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager;

die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder;

die Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus;

die Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und die Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen." (Ein Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Antwort des ZK der KP Chinas auf den Brief des ZK der KPdSU vom 30. März 1963, zitiert nach: Die Polemik über die



Tschou Enlai 1955 vor der Ersten Afro-Asiatischen Konferenz in Bandung, Indonesien. In der Polemik über die Generallinie wies die KP Chinas Anfang der 60er Jahre zu Recht auf die große Bedeutung der nationalen Befreiungskämpfe in der Dritten Welt für den Fortschritt des Proletariats hin.

Hauptwidersprüche durch die kommunistische Partei Chinas orientiert und auf der aus dieser Analyse entwickelten Linie gekämpft. Wir wissen heute, daß diese Linie den weltweiten Vormarsch der Reaktion nicht aufgehalten hat. Aber warum nicht? Inwieweit ist die damalige Analyse und sind die damals gezogenen strategischen Schlußfolgerungen überholt, inwieweit waren sie falsch? Eine kritische Bestandsaufnahme ist der nötige erste Schritt, um die konstatierte Schwäche zu beheben.

Von der Polemik über die Generallinie zur Theorie der drei Welten

In der Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung hatten die Genossen der KP Chinas 1963 die internationalen Widersprüche so bestimmt:

"Was sind die grundlegenden Widersprüche in der Welt von heute? Die Marxisten-Leninisten sind stets der

Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Oberbaum-Verlag, S. 8/9)

Die Theorie der drei Welten sollte eine Fortentwicklung dieser Beurteilung der internationalen Widersprüche und deren Anwendung auf die aktuelle Situation Anfang der 70er Jahre sein. Die vor allem von Chou Enlai auf dem X. Parteitag der KPCh 1973 entwickelte Theorie lautet in einer knappen Darstellung von 1975 wie folgt:

"Die verschiedenen Grundwidersprüche in der Welt spitzen sich weiter zu. Einerseits entwickelt sich unter den Völkern der Welt schwunghaft die Tendenz zur Revolution; Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung, Völker wollen Revolution – das ist bereits zu einer unwiderstehlichen Strömung der Geschichte geworden. Andererseits ringen die beiden Supermächte, die USA und die Sowjetunion, immer heftiger miteinander um die Welthegeemonie. In allen Weltgegenden rivalisieren sie; der

Schwerpunkt ihres Ringens jedoch liegt in Europa." Und: "Die Dritte Welt ist die Hauptkraft im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemoniestreben." (Tschou En-lai, Bericht über die Tätigkeit der Regierung, 13.1.75, in: Tschou En-lai, Reden und Schriften 1949-1976)

"Die Erste Welt" und das "Ringens der Supermächte um Europa"

Insoweit die KP Chinas mit ihrem Vorwurf an die SU, diese sei eine "Supermacht", deren "Theorie der internationalen Arbeitsteilung" und deren politische Doktrin der "begrenzten Souveränität" anderer sozialistischer Länder angriff, war sie im Recht. Denn Theorie und Doktrin konnten dazu dienen, Annexionen zu begründen. Der Vorwurf, "Supermacht" zu sein, und darauf aufbauend die Theorie der "beiden Supermächte" gehen jedoch viel weiter. Diese Theorie setzt die Sowjetunion und die USA sowohl hinsichtlich der in ihrem Inneren herrschenden Klassen wie auch in ihrer internationalen Politik im wesentlichen gleich. Mit dieser Gleichsetzung hatte die KP Chinas nicht nur aktuell, sondern auch prinzipiell unrecht.

Die Sowjetunion hatte eine Theorie der "internationalen Arbeitsteilung" entwickelt und im RGW auch umgesetzt. Diese Theorie und Praxis schränken die Souveränität der Produzenten in allen an diese "internationale Arbeitsteilung" angeschlossenen Ländern stark ein und sind somit ein schweres Hindernis für die notwendige Fortsetzung des Klassenkampfes in diesen Ländern. Diese "Theorie der internationalen Arbeitsteilung" ist expansionistisch, weil jede Ausdehnung dieser Arbeitsteilung auf mehr Länder und Leute gut und nützlich ist, zumal wenn diese reich an Bodenschätzen sind, oder an "natürlichen Reichtümern" wie Kaffee-, Zucker- und Südfrüchtplantagen. Für die Rechtfertigung des Anschlusses solcher Länder an diese "internationale Arbeitsteilung" bedarf es keineswegs der Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung eines solchen "angeschlossenen" Landes, sondern lediglich genügender Zustimmung unter der Intelligenz bzw. unter den leitenden Klassen des jeweiligen Landes. Diese Theorie rechtfertigt, ja liefert damit Vorwände in großer Zahl auch für die Expansion dieser Sorte Arbeitsteilung nicht nur auf das westliche Europa, sondern auch auf Staaten der Dritten Welt. Mit der Propagierung und praktischen Verfolgung dieser Theorie der "internationalen Arbeitsteilung" trug die Sowjetunion damit ihren Teil dazu bei, den sowieso eher schwachen Widerstand unter der Intelligenz und unter bürgerlichen Kräften der Staaten der Dritten Welt gegen einen Anschluß an den "Weltmarkt" weiter zu untergraben.

Die Sowjetunion verfügte weiter mit der Breschnew'schen "Theorie der begrenzten Souveränität" auch über eine politische Doktrin, die expansionistisch ist. In einem Artikel vom 26. September 1968 führte die "Prawda" unter der Überschrift "Souveränität und internationale Pflichten der sozialistischen Länder" zur Rechtfertigung der Intervention in der CSSR u.a. aus: "Die Völker der sozialistischen Länder, die kommunistischen Parteien haben die uneingeschränkte Freiheit, und sie müssen sie haben, die Entwicklungswege ihres Landes zu bestimmen. Jedoch darf keine Entscheidung von ihrer Seite entweder dem Sozialismus in ihrem Land oder den Grundinteressen der anderen sozialistischen Länder, der ganzen internationalen Arbeiterbewegung, die den Kampf für den Sozialismus führt, Schaden zufügen... Man muß unterstreichen, daß, selbst wenn ein sozialistisches Land danach strebt, eine 'nichtblockgebundene' Position einzunehmen, es allein dank der Stärke der sozialistischen Gemeinschaft und vor allem seiner Hauptkraft, der Sowjetunion, dank der Macht ihrer bewaffneten Kräfte, tatsächlich seine nationale Unabhängigkeit bewahren kann."

Auf der Seite des Westens waren die USA Führungsmacht und sind das auch heute noch. Aber die Absicht des "Rollback" in Europa, der Wiederherstellung kapitalistischer Zustände in Osteuropa, der Rückeroberung dieser Länder, war nie allein Absicht der US-Imperialisten. Sie war immer auch die feste Absicht der westeuropäischen Imperialisten, zumal der westdeutschen, die aus ihrem Ziel, das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen, ja auch nie einen Hehl gemacht hatten. Statt vom "Ringens der Supermächte in Europa" zu sprechen, muß man also richtig davon ausgehen, daß hier Staaten, in denen der Kapitalismus und Imperialismus überwunden sind, auf der einen und imperialistische Staaten auf der anderen Seite sich unmittelbar gegenüberstehen, wobei sicherlich richtig ist, daß die Führungsmächte der beiden "Lager" die USA und die SU waren.

Die These vom "Ringens der beiden Supermächte um Europa" hing eng mit der Beurteilung der aktuellen Lage Anfang der 70er Jahre zusammen. Die USA hatten in Vietnam, Laos und Kambodscha eine schwere Niederlage erlitten. Die in der EG zusammengeschlossenen westeuropäischen Imperialisten erweckten den Eindruck, als gingen sie auf Distanz zu den USA. Die Staaten der Dritten Welt erstarkten (Erstarken der OPEC, Vernichtung des portugiesischen Kolonialreiches, Aufschwung des Befreiungskampfes im südlichen Afrika und in Palästina, Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung usw.). In dieser Situation konnte der Eindruck entstehen

und hatte auch was für sich, daß die Differenzierung innerhalb der imperialistischen Kräfte, also hauptsächlich zwischen EG und USA, die Völker der Dritten Welt bei ihrem Kampf gegen den Imperialismus begünstigen würde. Die USA könnten versucht sein, aus ihrer Niederlage in Südostasien die Folgerung zu ziehen, daß sie diese zum nicht geringen Teil fehlender oder mangelhafter Unterstützung durch ihre westeuropäischen Verbündeten verdankten. Dann würden sie danach streben, ihre westeuropäischen Verbündeten sich strikte zu unterwerfen. Das würde Unruhe und heftige Auseinandersetzungen im westlichen Europa zur Folge haben. In dieser Lage könnte die Sowjetunion, die auf Erweiterung ihrer "internationalen Arbeitsteilung" nach Westeuropa sicherlich strebt, dazu veranlassen, diese Lage zum Intervenieren zu nutzen. Dazu könnte sie z.B. die gerade stattfindenden KSZE-Verhandlungen, die z.B. von Tschou-Enlai in seinem oben zitierten Rechenschaftsbericht ausdrücklich als Beispiel für das "Ringens der beiden Supermächte um Europa" erwähnt werden, zum Scheitern bringen und so die Spannungen in Europa weiter erhöhen usw. usf. Daran ist vermutlich richtig gewesen, daß die internationale Lage nach der Niederlage der USA in Südostasien äußerst instabil war und rasche Änderungen der Kräfteverhältnisse zu erwarten waren. Ausdruck dieser Instabilität war die Besorgnis breiter Massen, durch ihre herrschende Klasse in imperialistische Kriege verwickelt zu werden. Im Westen fand diese Besorgnis Niederschlag in der Friedensbewegung, die eben reale Ursachen hatte und keineswegs durch eingebildete Gefahren ausgelöst wurde. In den Volksdemokratien des östlichen Europa zeigte sich sowohl Widerstandswille gegenüber imperialistischer Aggression wie auch Defaitismus gegenüber expansionistischen, annexionistischen Tendenzen.

Stabilisierung des imperialistischen Lagers

Statt dieser erwarteten Konzentrierung und Zuspitzung der Widersprüche in Europa trat eine andere Entwicklung ein. Die USA und die westeuropäischen Imperialisten verbündeten sich gegen die Staaten der Dritten Welt. In Chile und Zaire verschafften sie sich mittels Militärputsch und Stabilisierung äußerst reaktionärer Regime sichere und billige Versorgung mit dem strategisch unverzichtbaren Kupfer. Gegen das Erstarken der OPEC erzwangen sie mit Notstandsmaßnahmen eine Verbrauchssenkung, die USA unternahm große Anstrengungen, um ihre eigene Ölförderung zu steigern, erschlossen die Ölquellen in Alaska. Die westeuropäischen Imperialisten erschlossen sich die großen Ölfelder der Nordsee und entwickelten dort

ihre eigene Ölförderung äußerst schnell. In allen imperialistischen Ländern wurden Energiesparprogramme in Kraft gesetzt. Die in Paris gebildete "Internationale Energieagentur" koordinierte und überwachte diese Anstrengungen der Imperialisten und half ihnen, ihre Kräfte zusammenzufassen. Zusätzlich begannen bzw. beschleunigten alle imperialistischen Staaten ihre Kernenergieprogramme.

Die imperialistischen Exporte an Waren und ganzen Fabrikanlagen in Staaten der Dritten Welt nahmen rasch zu, damit eng verbunden wuchs die Kreditvergabe imperialistischer Banken an Staaten der Dritten Welt wie nie zuvor. Offen propagierten die Imperialisten das "recycling", das "Zurückschleusen" der an die dritte Welt gezahlten Gelder für deren Rohstoffe in die imperialistischen Staaten als die Aufgabe der Stunde und setzten dafür ihre gewaltigen Bankenapparate ein.

Auf diese Weise organisierten die US-Imperialisten und die westeuropäischen Imperialisten ein gewaltiges imperialistisches "Roll back" gegen die Staaten der Dritten Welt. Dabei gelang es ihnen, in ihrem Inneren einen weitgehenden Konsens gegen die "Ölscheichs" und die Staaten der Dritten Welt herzustellen. Die Erfahrung hat aber gezeigt, daß sie sich dabei zusätzlich auch starke Klasseninteressen innerhalb der Staaten der Dritten Welt zunutzmachen konnten, die einen Anschluß an den imperialistischen Weltmarkt wünschten.

Verschiebung der Kräfteverhältnisse: EG wird Weltmacht

Noch mehr als die US-Imperialisten haben von diesem imperialistischen Roll-back gegen die Staaten der Dritten Welt die westeuropäischen Staaten profitiert, konkret die EG. Ein wesentlicher Grund für die Bildung der EG in den Fünfziger Jahren war die Verteidigung des weltweiten Kolonialbesitzes der europäischen imperialistischen Mächte gewesen. In seinem Aufsatz "Über die Lösung der Vereinigten Staaten von Europa" (LW Band 21, S. 342f., Berlin 1970) hatte Lenin schon zu recht darauf hingewiesen: "Vereinigte Staaten von Europa sind unter kapitalistischen Bedingungen gleichbedeutend mit Übereinkommen über die Teilung der Kolonien. Unter kapitalistischen Verhältnissen ist jedoch jede andere Basis, jedes andere Prinzip der Teilung als das der Macht unmöglich." (S. 344) Und an anderer Stelle im gleichen Aufsatz: "Natürlich sind zeitweilige Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der europäischen

Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien gegen Japan und Amerika verteidigen könnte ..." (S. 345)

Hinzukam noch von Anbeginn der EG-Bildung das gemeinsame Interesse an einem imperialistischen Roll-back gegen die Staaten Osteuropas, angeführt von dem westdeutschen Imperialismus und der von diesem propagierten "Lösung der deutschen Frage". Die Niederlage der europäischen Imperialisten in ihrer Suez-Intervention, der Aufschwung des Befreiungskampfes in Algerien und der erfolglose Ungarn-Aufstand 1956 standen so gleichermaßen "Pate" bei der Gründung der EG.

Dieses erste Interesse bei Bildung der EG – also die Verteidigung des Kolonialbesitzes sowohl gegen die Befreiungskämpfe in den Kolonien selbst wie auch gegen die USA, die zu der Zeit als "antikolonialistische" Macht den EG-Staaten ihren Einfluß und ihre Kontrolle über die Kolonien zunehmend erfolgreich streitig machten – scheiterte weitgehend, wobei der erfolgreiche algerische Befreiungskampf eine wichtige Rolle spielte. Auch die EG konnte den Aufschwung des Befreiungskampfes in den europäischen Kolonien nicht erfolgreich niederschlagen, den meisten Kolonien mußte die staatliche Unabhängigkeit zugestanden werden. Die westeuropäischen imperialistischen Staaten mußten ihre Produktionsapparate reorganisieren. Ein entscheidender Schritt dabei war die massenhafte Rekrutierung ausländischer Arbeiter. Das erlaubte ihnen, den Lohnstandard niedrig zu halten und die Niedriglohnzonen auszuweiten. Damit ging einher die planmäßige Zerrüttung der Ökonomie der an die EG angrenzenden Länder als Vorbereitung der weiteren Expansion. Diese Reorganisation ihrer Produktionsapparate gelang schnell. Schon während des Vietnam-Krieges mußten die USA den Zusammenbruch des weitgehend nach ihren Interessen gestalteten internationalen Währungssystems hinnehmen, die Stellung des Dollar wurde schwer erschüttert. Die mit diesem Währungssystem verbundenen Einrichtungen, insbesondere Weltbank und Weltwährungsfonds, blieben jedoch erhalten und nahmen ihre Aufgaben mit veränderten Kräfteverhältnissen unter den Imperialisten weiter wahr.

Die neue politische Kraft, die die westeuropäischen Imperialisten seit Ende der 60er Jahre, noch deutlicher aber nach der Niederlage der US-Imperialisten in Vietnam und der daran anschließenden Reorganisation der imperialistischen Konterrevolution einnahmen, kann man vermutlich am besten verfolgen an der Entwicklung des Eurodollarmarktes. Anfänglich weitgehend von US-Banken und US-

Niederlassungen in Westeuropa geschaffener Kreditmarkt, auf dem diese sich mittels nach Westeuropa gescheuster Kreditmittel mit den erforderlichen Devisen für ihre laufenden Geschäfte in Westeuropa versorgten, war dieser Eurodollarmarkt auch ein öffentliches Zeichen für die Verschuldung und damit Abhängigkeit der westeuropäischen Mächte von der imperialistischen Führungsmacht USA. Mit dem Zerfall des Weltwährungssystems ist die Bedeutung dieses "Eurogeldmarktes" nicht etwa verschwunden, sondern hat vielmehr noch mehr zugenommen. Nun sind es aber nicht mehr allein und auch nicht mehr wesentlich US-Banken, die die Kreditgeschäfte auf diesem Markt abwickeln, sondern zunehmend auch wieder westeuropäische Banken, z.B. die westdeutschen in Luxemburg und London. So exportierten die in der EG zusammengeschlossenen imperialistischen Staaten in den vier Jahren von 1979 bis 1982 nach einer Statistik der OECD insgesamt 142,5 Mrd. Dollar Kapital an Staaten der Dritten Welt – als Kredite, "Entwicklungshilfe", Direktinvestitionen, Portfolioinvestitionen (also Kauf von Wertpapieren, Aktien usw.). Der Kapitalexport der USA in Staaten der Dritten Welt belief sich in der gleichen Zeit auf 75,6 Mrd. Dollar. (Nach: Geographical Distribution of financial flows to developing countries, OECD, 1984, S. 250) Seitdem dürfte dieses Übergewicht der westeuropäischen Imperialisten beim Kapitalexport in die Dritte Welt noch deutlich stärker geworden sein. Gleichzeitig stiegen die westeuropäischen Imperialisten vom Schuldner der USA zum Gläubiger der USA auf. Heute sind die westeuropäischen Imperialisten zusammen nicht nur die größte Handelsmacht der Welt – das sind sie schon lange –, sondern auch wieder die größten internationalen Gläubiger und damit die größten Kapitalexporthoren. Die inzwischen ziemlich zahlreichen Bestrebungen zu einer Zusammenfassung auch der militärischen Kräfte der westeuropäischen Imperialisten haben in diesem ökonomischen Wiederaufstieg der westeuropäischen Mächte ihre materielle Grundlage und machen diese auch zunehmend aggressiver. Das erste Mal, daß die westeuropäischen Mächte auf diese Weise sowohl als Zusammenrottung von imperialistischen Gläubigern wie auch als Rivale der USA wieder militärisch auftraten, war der Malwinen-Krieg. Zum ersten Mal seit sehr langer Zeit mußten die USA wieder eine europäische militärische Intervention auf dem amerikanischen Kontinent hinnehmen. Gegenüber den USA war der Malwinenkrieg insofern durchaus auch eine Art westeuropäischer "Rache für Suez". Gegenüber den lateinamerikanischen Staaten war dieser Krieg zudem eine frühe Warnung von seiten ihrer euro-

päischen Gläubiger, daß man von seiten der imperialistischen Staaten bei den absehbaren bzw. schon begonnenen "Umschuldungs" Krisen auch vor gewaltsamem Eingreifen nicht zurückschrecken werde.

Ebenfalls eine wichtige Rolle bei dieser Reorganisation des imperialistischen Weltmarkts und bei der Niederwerfung der Staaten der Dritten Welt durch die Imperialisten dürften die AKP-Lome-Abkommen gespielt haben und noch weiterhin spielen, weil diese die Zusammenarbeit zwischen den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik, also die regionale wirtschaftliche und politische Kooperation dieser Staaten untereinander, behindern und erschweren und diese stattdessen zwingen, wenn sie schon ihre Entwicklung durch Kooperation mit anderen beschleunigen wollen, diese Kooperation mit den westeuropäischen Staaten zu vollziehen. Der stellvertretende Vorsitzende der EG-Kommission, Henning Christophersen, hat diesen neuerlichen Führungsanspruch der westeuropäischen Imperialisten erst vor kurzem in einem Aufsatz so beschrieben: "Wenn 320 Millionen Menschen mit einem Bruttosozialprodukt, das ebenso groß ist wie das amerikanische, doppelt so groß wie das sowjetische und dreimal so groß wie das japanische, keinen wesentlichen Einfluß auf die internationalen Wirtschaftsbedingungen haben, dann stimmt etwas nicht. Wenn zwölf Staaten, die über die gesamte hochentwickelte Technologie verfügen, die es überhaupt gibt, die die besten Universitäten, die am meisten aufgeklärte Bevölkerung der Erde und oben drein die strategisch beste Position auf dem Erdball haben, nicht in der Lage sind, wesentlichen Einfluß auf globale politische Verhältnisse zu nehmen, so stimmt etwas nicht. Wenn zwölf Völkerschaften, die sich jahrhundertlang bekämpft haben, nun jedoch schon 30 Jahre lang friedlich und verträglich nebeneinander leben, nicht darauf hinarbeiten, diese überwältigende Tatsache in ein Höchstmaß an globalem Einfluß umzusetzen, so stimmt ebenfalls etwas nicht." (Europa Archiv 2/1986, S. 43) Westeuropa wieder als Ordner der Welt?

Schlußfolgerungen

Die "Theorie der drei Welten" war ein Versuch der KP Chinas, auf Grundlage einer Beurteilung der aktuellen Entwicklung der internationalen Widersprüche zu einer Neubestimmung der Aufgaben des Proletariats sowohl in der Volksrepublik China wie auch in anderen Ländern zu kommen. Dieser Versuch enthielt, wie die Entwicklung gezeigt hat, gravierende Fehler. Dennoch können sich Leute, die z.B. in der BRD unter Berufung auf Tschou-Enlai und später auf die Theorie der Drei Welten zur Vaterlandsverteidigung oder sogar zur "nationalen Revolu-

tion" aufrufen, keineswegs rundheraus auf die KP Chinas berufen. Die Bestimmung des Widerspruchs zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder als einer der Hauptwidersprüche in der Welt war durch diese Theorie der Drei Welten nicht aufgehoben, und der KBW hatte z.B. in seinem Programm ausdrücklich festgehalten: "Allen sozialchauvinistischen und sozialimperialistischen Versuchen, der westdeutschen Arbeiterklasse irgendwelche gemeinsamen Interessen mit ihrer Bourgeoisie vorzutauschen und sie dadurch auf deren Seite zu zerren, treten die Kommunisten jederzeit entgegen." Andere Organisationen hatten festgehalten: "Der Hauptfeind steht im eigenen Land." Diese Festlegungen waren auch durch die Theorie der Drei Welten nicht aufgehoben, und ganz konsequent führte deshalb das Überwechseln von Leuten aus den revolutionären Organisationen auf Positionen der Vaterlandsverteidigung, auch wenn sie sich dabei teilweise auf Tschou-Enlai beriefen, entweder zur Spaltung der bestehenden Organisationen oder sogar zu deren völligem Verschwinden.

Ein Fehler der Theorie der drei Welten war die Beurteilung der westeuropäischen Imperialisten. Die von der KP Chinas formulierte historische Tendenz: "Staaten wollen Unabhängigkeit" ist durch die Entwicklung der EG nicht gedeckt. Die westeuropäischen Monopole schaffen sich im Rahmen der EG das Staatsgebilde, das ihrem Interesse an weltweiter Expansion optimal entspricht. Die dadurch bewirkte Eindämmung der Konkurrenz der Monopole untereinander steigert ihre Schlagkraft und Aggressivität gegen die imperialistische Konkurrenz, gegen die Staaten der Dritten Welt und gegen die sozialistischen Länder.

Ein zweiter Fehler dieser Theorie war die Beurteilung der Staaten der Dritten Welt, ihrer Geschlossenheit, der in diesen Staaten wirkenden Klassenkräfte. Sicher, typische Vertreter der alten Kompradorenklassen in diesen Ländern waren Anfang der 70er Jahre verschwunden oder verschwanden auch noch in den folgenden Jahren – der Schah des Iran, Haile Selassie von Äthiopien, Somoza von Nikaragua, Duvalier von Haiti und vielleicht ja nun auch Ferdinand Marcos auf den Philippinen. Aber die Entwicklung hat gezeigt, daß in diesen Ländern auch außerhalb dieser typischen Kompradorenklassen starke Klassen, die durchaus nicht einfach Kollaborateure oder Kompradoren imperialistischer Herrschaft sind, einen Anschluß an den imperialistischen Weltmarkt wünschen und dafür kämpfen, daß in diesen Ländern also Klassenkräfte wirken, die durchaus verschiedene Interessen gegenüber den Imperialisten verfolgen, was den Imperialisten Ge-

legenheit zur Spaltung bot und weiterhin bietet. Auch die Bourgeoisie in diesen Ländern und große Teile der Intelligenz wünschen den Anschluß an den Weltmarkt. Die Gründe dafür sind vielfältig. Bourgeoisie und Mittelklassen in den Staaten der Dritten Welt wünschen den Import westlicher Waren und Technologie zwecks Steigerung ihres eigenen Konsums und Angleichung ihrer Lebensführung an die der Bourgeoisie und der lohnabhängigen Mittelklassen in den imperialistischen Ländern, zwecks Ausdehnung ihrer Geschäfte und weil sie sich von diesem Anschluß an den imperialistischen Weltmarkt auch eine Stärkung und Sicherung ihrer eigenen Stellung gegenüber der Arbeiterklasse und den armen Bauern in ihren Ländern versprechen und von imperialistischer Seite ja auch oft genug bekommen. Bekanntlich haben auch in China solche Kräfte zunächst die Oberhand gewonnen.

Uns scheint, daß eine Neubestimmung der Hauptwidersprüche in der Welt auch für die weitere programmatische Auseinandersetzung der revolutionären Sozialisten in der BRD unumgänglich ist. Die KP Chinas hatte 1963 bei der Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung folgende Hauptwidersprüche formuliert:

"Die Widersprüche zwischen dem sozialistischen und dem imperialistischen Lager;

die Widersprüche zwischen Proletariat und Bourgeoisie innerhalb der kapitalistischen Länder;

die Widersprüche zwischen unterjochten Nationen und Imperialismus;

die Widersprüche zwischen den verschiedenen imperialistischen Staaten und die Widersprüche zwischen den verschiedenen monopolkapitalistischen Gruppierungen."

Diese Analyse entspricht nicht mehr den realen Verhältnissen. Insbesondere ist die Herausbildung der neuen Mittelklassen eine Tatsache, die die Bedingungen des Klassenkampfes in den kapitalistischen Ländern, in den sozialistischen Ländern wie auch in den Staaten der Dritten Welt bzw. den unterjochten Nationen entscheidend verändert hat. Eine Neubestimmung der Hauptwidersprüche müßte also berücksichtigen:

– den Widerspruch zwischen werktätigen Klassen und Monopolbourgeoisie und die Widersprüche innerhalb der werktätigen Klassen in den kapitalistischen Ländern;

– den Widerspruch zwischen (beherrschter und ausgebeuteter) Hand- und (herrschender) Kopfarbeit in den sozialistischen Ländern;

– den Widerspruch zwischen werktätigen und ausbeutenden Klassen und innerhalb der werktätigen Klassen zwischen Kopf- und Handarbeit in den Staaten der Dritten Welt. – (doz, rül, scc, wom)



Hetze gegen Asylbewerber

Im vergangenen Jahr ist die Zahl der Asylbewerber erneut auf über 73000 gestiegen. Die Zerrüttung vieler Staaten der Dritten Welt unter dem Druck imperialistischer Ausplünderung und Niederlagen im Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und einheimische Reaktionen in diesen Ländern haben die Lage vieler Leute so hoff-

nungslos gemacht, daß manche Schlep- pern ins Netz gehen, vor allem aber viele verzweifelt Asyl suchen. Das sollen sie künftig noch weniger bekommen: In der Union mehren sich die Kräfte, die nach den Einschränkungen des Asylrechts in den letzten Jahren nun auch den Verfassungsartikel zum Asylrecht ändern wollen. Eine Aktionseinheit gegen die Asylpolitik der Reaktion wird dringend.

Philippinen: Ende der US-Marcos-Diktatur?

Zwei Millionen Menschen demonstrierten am Sonntag gegen die neuerliche Ausrufung von Marcos zum Staatspräsidenten. Die katholische Kirchenhierarchie hat die Wahlmanipulationen durch Marcos beklagt und unterstützt alle "gewaltlosen" Aktionen gegen das Marcos-Regime. Fast die gesamte Geschäftswelt der Hauptstadt Manila hat sich gegen Marcos gestellt; ihr Kandidat ist Frau Aquino. Angeblich sollen große Teile des Offizierskorps Marcos die Loyalität aufgekündigt haben. Welche politischen und sozialen Kräfte bestimmen die Opposition gegen Marcos, und was ist ihre Programmatik? Welche Optionen verfolgen die USA angesichts des Niedergangs der Marcos-Diktatur?



Schulen in Bayern

Der 82/83 in Kraft getretene Lehrplan für die Grundschule in Bayern betont: "Die innere Reform des Unterrichts hat zu einem eindeutigen Vorrang der Lernziele gegenüber dem Lehrstoff geführt. Damit sind die Bildungsziele der Verfassung . . . wieder in den Vordergrund getreten". Art. 131 (3): "Die Schüler sind im Geiste der Demokra-

tie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen." 1986/87 wird an den Hauptschulen ein neuer Lehrplan zur Erprobung eingeführt, der "die in der Grundschule begonnene Erziehungsarbeit" fortführen soll. Das neue Schulfinanzierungsgesetz soll die kommunale, staatliche und private Schulgesetzgebung in ein Gesetz gießen.

Rundreise der PAC-Delegation

"Apartheid ist nicht reformierbar, sondern das System muß vollständig zerstört werden." Der Befreiungskampf des azanischen Volkes ist Teil des weltweiten Kampfes gegen den Imperialismus, und Azania ist heute eines der schwächsten Glieder in der Kette des Imperialismus. Der Befreiungskampf Azanias ist eine Unterstützung des Kampfes des Proletariats gegen weltweite Reaktion und Imperialismus. Der PAC tritt gegen die Unterstützung des südafrikanischen Siedlerregimes durch die westlichen Imperialisten und die Bundesregierung auf. Wir dokumentieren und berichten von der Rundreise des PAC-Vorsitzenden Johnson P. Mlambo und des UNO-Vertreters des PAC, Gora Ebrahim.



Politische Berichte

Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten – erscheint vierzehntäglich, Preis 2,50 DM

Nachrichtenhefte

erscheinen vierzehntäglich mit sieben verschiedenen Heften, Preis pro Heft:

- Stahl- und Metallindustrie 1,20 DM
- Druckindustrie 0,50 DM
- Chemie und übrige Industrien 0,50 DM
- Handel, Banken, Versicherungen 0,80 DM
- Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr 1,20 DM
- Schul- u. wehrpflichtige Jugend 0,80 DM
- Kommunalverbände, Landwirtschaft und kleine Selbständige 1,20 DM

Herausgeber

Zentrales Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten (BWK)
5000 Köln 1, Kamekestr. 19
Tel.: 0221/51 73 76
Sie erscheinen im Verlag GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H.

5000 Köln 1, Kamekestr. 19

Tel.: 0221/51 74 57

Im Verlag GNN erscheint vierzehntäglich: Arbeitsgemeinschaft für Revolutionäre Hochschulpolitik – Nachrichten, Analysen, Protokolle – Hrsg. Koordinationsausschuß der Arbeitsgemeinschaft. Bezugsbedingungen wie Nachrichtenhefte. Preis je Heft 0,80 DM

Bezugsbedingungen:

Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 42,90 DM, ein Jahresabonnement Politische Berichte 85,80 DM (13 bzw. 26 mal Politische Berichte zu 2,50 DM plus Portopauschale von 0,80 DM je Lieferung). Preise für Nachrichtenhefte bzw. Politische Berichte und Nachrichtenhefte entsprechend, also Einzelpreise plus 0,80 DM Portopauschale mal Anzahl der Lieferungen.

Bestellungen sind zu richten an:

GNN Verlagsgesellschaft
5000 Köln 1, Kamekestr. 19

GNN Verlagsgesellschaft Schleswig-Holstein/Hamburg
Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76

GNN Verlagsgesellschaft Westberlin
Pritzwalkerstr. 10, 1000 Westberlin 21

GNN Verlagsgesellschaft Niedersachsen/Bremen
Große Düwelstr. 55, 3000 Hannover

BWK Nordrhein-Westfalen
Kamekestr. 19, 5000 Köln 1

GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg
M2, 17, 6800 Mannheim

GNN Verlagsgesellschaft Bayern
Lerchenauer Str. 18a, 8000 München 40
Bestellungen für Politische Berichte wegen der Lokalbeilagen bitte an die Anschrift im jeweiligen Bundesland richten.

Herausgeber für das Zentrale Komitee des Bundes Westdeutscher Kommunisten: Christoph Cornides, Jörg Detjen, Brigitte Düring, Martin Fochler, Christiane Schneider; 5000 Köln 1, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 73 76
GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft Politische Berichte, m.b.H., 5000 Köln, Kamekestraße 19, Telefon 0221/51 74 57. Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; für Auslandsberichterstattung: Wolfgang Müller; für Aus Verbänden und Parteien: Ulrike Detjen; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Kultur und Wissenschaft – Diskussionsbeiträge: Angela Lux; für Spezialberichte, Sozialstatistik: Alfred Küstler. Druck: Graphischer Betrieb Henke, Rollenoffset, Köln. – Beilagenhinweis: Einem Teil der Auflage liegen Nachrichtenhefte bei.